Anatomie der Staatssicherheit
Geschichte, Struktur und Methoden

— MfS-Handbuch —

Vorbemerkung

Mit dem Sturz der SED-Diktatur forderte die Demokratiebewegung in der ehemaligen DDR 1989/90 auch die Öffnung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG), am 20. Dezember 1991 mit breiter Mehrheit vom Parlament des vereinten Deutschlands verabschiedet, schaffte dafür die Grundlage.

Zu den Aufgaben des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gehört die "Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes" (§ 37 StUG). Dazu trägt dieses Kompendium "Anatomie der Staatssicherheit" bei. Das vorliegende Handbuch liefert die grundlegenden Informationen zu Geschichte und Struktur des wichtigsten Machtinstruments der SED.

Seit 1993 einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der Abteilung Bildung und Forschung, gelangen die abgeschlossenen Partien des MfS-Handbuches ab Herbst 1995 als Teillieferungen zur Veröffentlichung. Damit wird dem aktuellen Bedarf unterschiedlicher Institutionen und Interessenten Rechnung getragen: den Opfern des MfS, die sich – zum Beispiel durch persönliche Akteneinsicht – jetzt noch einmal mit ihrem Lebensweg befassen, oder etwa Gerichten und Politikern, die in das konspirative Dickicht der DDR-Geheimpolizei vordringen wollen, sowie Behörden, Journalisten und interessierten Bürgern. Schließlich soll es den Historikern dienen; sie können wohl am ehesten ermessen, welche Anstrengungen erforderlich sind, binnen kurzer Frist ein Werk wie dieses zu erarbeiten.

Gemessen an vergleichbaren wissenschaftlichen Publikationen mit Handbuchcharakter, erscheinen die Teillieferungen des MfS-Handbuch zu einem sehr frühen Zeitpunkt. Die Autoren konnten nicht auf einen fortgeschrittenen Forschungsstand mit entsprechend gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen zurückgreifen, sie waren vielmehr gezwungen, grundlegende Befunde erst zu erarbeiten. Da die archivische Bearbeitung der Aktenbestände des BStU noch längst nicht erledigt ist, mussten die Forschungen zum vorliegenden Werk auf der Grundlage noch nicht vollständig erschlossener Bestände erfolgen. Kleinere Korrekturen und Ergänzungen dürften daher voraussichtlich bis zur Publikation der definitiven Buchfassung noch anfallen, in der zu gegebener Zeit sämtliche Teillieferungen zusammengefasst werden.

Die nachfolgende Übersicht über das Gesamtwerk ermöglicht die Einordnung der jeweils vorliegenden Teillieferung (Fettdruck). Bereits erschienene Teile sind in diesem Inhaltsverzeichnis des MfS-Handbuches mit einem Punkt gekennzeichnet(•).

Die Herausgeber danken allen, die zur Erarbeitung des Handbuches beitragen: den einzelnen Autoren und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Bildung und Forschung, wo die "Anatomie der Staatssicherheit" entsteht, jenen der Abteilung Archivbestände, die das Vorhaben mit Engagement unterstützen, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Auskunft und der Außenstellen, denen wir manchen wertvollen Hinweis verdanken.

Die Herausgeber　　　　　　　　　　　　　　　　　　　Berlin, August 1995

Ü B E R S I C H T   Ü B E R   D A S   G E S A M T W E R K

ANATOMIE DER STAATSSICHERHEIT

– MfS-Handbuch –

Silke Schumann

Die Parteiorganisation der SED im MfS

MfS-Handbuch, Teil III/20

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Schutzgebühr für diese Lieferung: 5,00 €

3. Auflage
Berlin 2002

ISBN 978-3-942130-23-3

urn:nbn:de:0292-97839421302339

Inhalt

1 Zusammenfassung

Die SED-Betriebsparteiorganisation im MfS war keine Diensteinheit, sie unterstand zumindest formal nicht dem Minister für Staatssicherheit, sondern Parteiinstanzen außerhalb des Staatssicherheitsdienstes. Betriebsparteiorganisationen gab es laut Statut überall dort, wo in einem volkseigenen Betrieb oder im Staatsapparat mindestens drei SED-Mitglieder arbeiteten.[1] Sie hatten die Aufgabe, die "führende Rolle der Partei" in Betrieben, Institutionen und Verwaltungen durchzusetzen. Sie sollten allen Mitarbeitern, auch den parteilosen, mittels politischer Propaganda die Ziele der Partei einsichtig machen und sie zu hohen Leistungen an ihrem Arbeitsplatz motivieren. Zudem besaßen sie das Recht, die Tätigkeit der Leitungen von Betrieben und Institutionen zu überwachen. Im Staatsapparat waren ihre Kontrollbefugnisse allerdings eingeschränkt.[2]

Anfang der fünfziger Jahre waren alle SED-Mitglieder innerhalb des MfS in einer einzigen Betriebsparteiorganisation organisiert. Sie besaß den Rang einer "nichtterritorialen" Landes- bzw. Bezirksparteiorganisation, war also den Parteiorganisationen der Länder bzw. der Bezirke der DDR gleichgeordnet. Nach dem 17. Juni 1953 wurde die Bezirksparteiorganisation aufgelöst. An ihre Stelle traten die "nichtterritoriale" Kreisparteiorganisation in der Zentrale des MfS[3] (MfS Berlin), je eine Parteiorganisation in jeder MfS-Bezirksverwaltung sowie je eine Grundorganisation in jeder MfS-Kreisdienststelle, die jeweils von Instanzen des territorialen Parteiapparates angeleitet wurden. Für einzelne Arbeitsbereiche des MfS wie das Wachregiment, zeitweise auch die HV A und die Hauptabteilung I, galten besondere Parteistatuten oder -instruktionen.

Drei Sonderbedingungen prägten die Parteiarbeit im MfS: die im Vergleich zum DDR-Durchschnitt der Berufstätigen außerordentlich hohe Zahl von SED-Mitgliedern und -Kandidaten unter seinen Angehörigen (1987: 81,7 Prozent), der konspirative Charakter der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit sowie die Zugehörigkeit des MfS zu den "bewaffneten Organen" mit ihrem Prinzip der "militärischen Einzelleitung". Die hohe Anzahl Parteimitglieder ließ die Propagandaarbeit unter den parteilosen Mitgliedern in den Hintergrund treten und entkleidete die SED im MfS der innerbetrieblichen Avantgardefunktion, die gewöhnliche Betriebsparteiorganisationen besaßen. Konspiration und militärische Einzelleitung begrenzten die Möglichkeiten der Kontrolle von Arbeitsprozessen durch die Parteiorganisation zusätzlich zum Parteistatut.

---

1 Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 22. Mai 1976 (künftig: Statut der SED 1976), Abschnitt 56, dokumentiert in: Fricke, Karl Wilhelm (Hg.): Programm und Statut der SED vom 22. Mai 1976. 2. Aufl., Köln 1982, S. 109–139, hier 129.

2 Vgl. ebenda, Abschnitte 57 und 63, S. 130–134; Neugebauer, Gero: Partei und Staatsapparat in der DDR. Aspekte der Instrumentalisierung des Staatsapparats durch die SED. Opladen 1978, S. 146–154.

3 Von Juli 1953 bis November 1955 war der Staatssicherheitsdienst als Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS) in das DDR-Innenministerium eingegliedert. Die Bezeichnung SfS wird im folgenden lediglich in Aussagen verwendet, die sich ausschließlich auf diese Zeitspanne beziehen.

Zentrale Aufgabe der Parteiorganisation im MfS war die Erziehung der MfS-Angehörigen. Sie hatte in erster Linie die Vermittlung des richtigen politischen Bewusstseins zum Inhalt, daneben galt sie der charakterlichen und moralischen Bildung der MfS-Mitarbeiter im sozialistischen Sinne sowie der Einübung von militärischer Disziplin, hoher Arbeitsmoral und Leistungsbereitschaft. Die einzelnen Arbeitsfelder der Parteiorganisation ergaben sich aus diesem Erziehungsprogramm: Als erstes ist hierbei die interne organisatorische Arbeit zu nennen. Zweitens betrieb die SED im MfS Kaderarbeit für Parteiämter und war gleichzeitig intensiv in die Kaderarbeit für dienstliche Funktionen involviert. Drittens disziplinierte sie ihre Mitglieder und Kandidaten bei Abweichungen von der politischen Linie der SED, bei Vernachlässigung der Parteiarbeit, bei privatem Fehlverhalten sowie schließlich, in Absprache mit den dienstlichen Instanzen, bei dienstlichen Vergehen. Viertens war sie an der Kultur- und Sportarbeit im MfS sowie der Vermittlung sozialistischer und tschekistischer Traditionen intensiv beteiligt. Fünftens kümmerte sie sich in Zusammenarbeit mit den dafür zuständigen dienstlichen Abteilungen um die sozialen Belange der Mitarbeiter. Sechstens leitete sie die Massenorganisationen im MfS an und veranlasste siebtens ihre Mitglieder, im Rahmen der "politischen Massenarbeit" gesellschaftliche Funktionen außerhalb des MfS zu übernehmen. Das achte Arbeitsfeld, die ideologische Schulung, war wegen des extrem politischen Charakters der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit von besonderer Bedeutung. Sie vermittelte den MfS-Angehörigen die von der Parteiführung vorgegebenen politischen Feindbilder und damit die Voraussetzung für die Bestimmung der wirklichen oder vermeintlichen Gegner des SED-Regimes in der täglichen Arbeit. Überdies sollte sie die Mitarbeiter zu einer Überzeugungsgemeinschaft zusammenschmieden und so gegen "feindliche" Anschauungen immunisieren, denen vor allem die Mitarbeiter der operativen Abteilungen häufig ausgesetzt waren.

Dienstliche und Parteihierarchie waren im MfS formal streng getrennt, jedoch über Personalunionen eng miteinander verwoben. So war etwa der Erste Sekretär der SED-Kreisparteiorganisation in der Berliner Staatssicherheitszentrale Mitglied im Kollegium, dem höchsten dienstlichen Beratungsgremium des MfS. Umgekehrt saß immer mindestens ein Stellvertreter des Ministers im Sekretariat der Kreisleitung, dem wichtigsten Parteigremium im MfS. Dies schuf viele Möglichkeiten gegenseitiger informeller Einwirkung. Der Grad der Beteiligung der Parteiorganisation an der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit ist nach Tätigkeitsbereichen zu differenzieren: In der operativen Arbeit hatten die Parteifunktionäre keine Mitwirkungsrechte, ja sie konnten wegen des konspirativen Charakters der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit noch nicht einmal verlangen, darüber im Detail informiert zu werden. Dagegen besaßen sie in der Kaderarbeit ausgedehnte Beratungs- und Konsultationsrechte, die spätestens seit Ende der fünfziger Jahre auch zum Teil in dienstlichen Weisungen niedergelegt wurden: Sie bezogen sich auf einzelne Kaderentscheidungen ebenso wie auf die "politisch-ideologische" und "politisch-moralische" Überwachung des Kaderbestandes als Ganzes. Selbst die weitgehendsten Befugnisse der SED-Parteiorganisation im MfS in dienstlichen Belangen waren jedoch auf Beratungsrechte beschränkt, ein regelrechtes Vetorecht von Parteifunktionären

schloss das Prinzip der militärischen Einzelleitung aus. Insgesamt ergibt sich bereits für die fünfziger Jahre der Eindruck einer zwar nicht formellen, aber faktischen Unterordnung der SED-Parteileitung im Staatssicherheitsdienst unter die dienstliche Leitung.

Im ganzen gesehen bestand die Aufgabe der SED im MfS nicht in der Überwachung der eigentlichen operativen Arbeit, schon gar nicht im Sinne von Eingriffen in dienstliche Befugnisse. Die Umsetzung der Feindbilder der politischen Führung in Strategien zur Verfolgung politischer Gegner blieb der dienstlichen Leitung des MfS vorbehalten; so betrachtet setzte die SED-Parteiführung "die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse" primär über die politische Anleitung der MfS-Führung und damit die dienstlichen Strukturen durch. Ein von dienstlichen Notwendigkeiten entlasteter Parteistrang diente aber der weltanschaulich unterfütterten Mobilisierung der Mitarbeiter zu hohen Arbeitsleistungen, der Durchsetzung der kaderpolitischen Prinzipien der SED bis in die unteren Ränge des Geheimapparates sowie der ideologischen Formierung der MfS-Angehörigen. Die SED-Betriebsparteiorganisation war damit trotz ihrer begrenzten Kompetenzen ein wichtiges Instrument der Bindung des Staatssicherheitsdienstes an seine politische Führung.

2 Die SED-Parteiorganisation im MfS in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre

2.1 Die Organisationsstruktur

Der MfS-Kaderbestand besaß den Charakter einer weltanschaulichen Eliteformation. 81,7 Prozent aller Staatssicherheitsangehörigen waren 1987 in der SED organisiert, während im DDR-Durchschnitt nur jeder fünfte Berufstätige das SED-Parteibuch besaß.[4] Die knapp 74.000 Mitglieder und Kandidaten[5] verteilten sich auf mehrere SED-Gliederungen: auf die Kreisparteiorganisation in der Berliner Zentrale des MfS, je eine Parteiorganisation in jeder Bezirksverwaltung und je eine Grundorganisation in jeder Kreisdienststelle.[6]

Die größte und wichtigste war die SED-Gliederung in der Berliner MfS-Zentrale. Obwohl als "Kreisparteiorganisation" bezeichnet, besaß sie eigentlich den Status einer Bezirksparteiorganisation: Sie wurde direkt vom ZK angeleitet, die Größe ihrer Leitung orientierte sich an der Größe der territorialen Bezirksleitungen, außerdem unterhielt sie eine Bezirksparteischule. Ansonsten aber entsprach ihr Aufbau im wesentlichen dem anderer Betriebsparteiorganisationen. Wie diese war sie gemäß dem "Produktionsprinzip" entlang der dienstlichen Struktur unterteilt. Große Diensteinheiten wie die Hauptabteilung Personenschutz (HA PS) oder die Verwaltung Rückwärtige Dienste (VRD) besaßen "Parteiorganisationen" (PO). In kleineren Diensteinheiten wie etwa den Hauptabteilungen XVIII (Wirtschaft) oder XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) bestanden lediglich Grundorganisationen (GO). Die Partei- und Grundorganisationen waren der inneren Struktur der Diensteinheiten entsprechend weiter in Abteilungsparteiorganisationen (APO) und Parteigruppen ausdifferenziert.[7]

Wie in großen Industriebetrieben kamen auch in der Berliner MfS-Zentrale alle zwei bis drei Jahre Delegierte der einzelnen Partei- und Grundorganisationen zu Kreisdelegiertenkonferenzen zusammen, um gemäß Statut die Kreisleitung als exekutives Organ der Kreisparteiorganisation zu bestimmen sowie die Kreisrevisionskommission einzusetzen, die das Finanzwesen und die organisationstechnische Arbeit der Partei überwachte. Die Kreisleitung im MfS Berlin hatte 1986 fünfundsiebzig Mitglieder und fünfzehn Kandidaten,[8] das entsprach der Größe einer klei-

---

4 Die SED in Zahlen, in: Spittmann, Ilse (Hg.): Die SED in Geschichte und Gegenwart. Köln 1987, S. 226–229, hier 226.

5 SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 4.11.1987: "Abschlußbericht über die Anzahl der erfassten Änderungen zu den Personalangaben der Mitglieder und Kandidaten der Partei im Jahre 1987"; BStU, ZA, KL-SED 923, Bl. 749. Die Signaturangaben zum Bestand der SED-Kreisleitung beruhen auf einer Grobsortierung des Bestandes. Durch die künftige Feingliederung werden sich Signaturänderungen ergeben.

6 Vgl. den Beschluß zum "Parteiaufbau in den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit" (künftig: Parteiaufbau Staatssicherheit 1980). In: Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 24.9.1980; SAPMO-BA; DY 30, J IV 2/3-3122, Bl. 59–68.

7 Vgl. Übersicht über die Teilnahme an Parteiversammlungen im IV. Quartal 1986, ohne Autor, ohne Datum; BStU, ZA, KL-SED 923, Bl. 115.

8 SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 15.2.1986: "Wahlprotokoll der Wahlkommission der 18. Delegiertenkonferenz", S. 2–5; BStU, ZA, KL-SED 637, o. Pag., unerschlossenes Material.

neren territorialen Bezirksleitung.[9] Sie bestimmte, wenigstens der Form nach, die Mitglieder der Kreisparteikontrollkommission (KPKK), die für Parteiverfahren zuständig waren, außerdem die sechzehn Mitglieder des Sekretariats, des ranghöchsten Parteigremiums im MfS.[10] An dessen Spitze standen die Sekretäre der Kreisleitung. 1989 waren dies der erste Sekretär Generalmajor Horst Felber, der zweite Sekretär Oberst Rolf Scheffel und der Sekretär für Agitation und Propaganda Oberst Karl-Heinz Ecke. Dem Statut nach waren die genannten Ämter zwar Wahlfunktionen, ihre Besetzung wurde jedoch stets vor der formellen Wahl durch ihnen vorgesetzte Parteigremien gemäß der verschiedenen Nomenklaturordnungen[11] bestimmt. In den achtziger Jahren gehörten der Erste und Zweite Sekretär der Kreisleitung zur Nomenklatur des Sekretariats des ZK und der Sekretär für Agitation und Propaganda zur Kontrollnomenklatur der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen.[12] Die Mitglieder der KPKK samt ihrem Vorsitzenden, Oberst Johannes Schindler, wurden nach ihrer Wahl von der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) bestätigt.[13]

Weitere Institutionen der SED-Kreisleitung im MfS Berlin waren ihre ständigen Kommissionen: die Kommission für Traditionsarbeit, die Kommission zur "Betreuung alter verdienter Parteimitglieder", die Kultur- und die Frauenkommission sowie die Arbeitsgruppe für "politische Massenarbeit", deren ehrenamtlich arbeitende Mitglieder das Sekretariat der Kreisleitung ernannte.[14]

Obwohl offiziell getrennt, waren Parteileitungen und dienstliche Leitungen im MfS personell eng miteinander verknüpft. Der Erste Sekretär der SED-Kreisleitung im MfS Berlin war Mitglied des Kollegiums, des obersten dienstlichen Beratungsgremiums. Umgekehrt gehörte einer der stellvertretenden Minister, Generaloberst Rudi Mittig, dem Sekretariat der Kreisleitung an.[15] Die Kreisleitung selbst bestand zu einem großen Teil aus MfS-Angehörigen in leitenden Dienststellungen: Neben 42 hauptamtlichen Partei- und FDJ-Funktionären und lediglich drei einfachen operativen Mitarbeitern waren dort im Mai 1985 vertreten: der Minister, drei seiner Stellvertre-

---

9 Vgl. Henkel, Rüdiger: Im Dienste der Staatspartei. Über Parteien und Organisationen der DDR. Baden-Baden 1994, S. 28.

10 "Abschluß der Kreisdelegiertenkonferenz". Schlußansprache Horst Felbers auf der 18. SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 15.2.1986 (künftig: Abschluß der SED-Kreisdelegiertenkonferenz 1986), S. 1 f.; BStU, ZA, KL-SED 637, o. Pag., unerschlossenes Material.

11 Zum Begriff Nomenklatur vgl. Glaeßner, Gert-Joachim: Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates. Opladen 1977, S. 239–244.

12 Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch, Teil IV/1). Hg. BStU. Berlin 1995, S. 6 f.; vgl. auch Parteiaufbau Staatssicherheit 1980, Bl. 60. Dort werden alle Sekretäre der Kreisleitung und der Vorsitzende der KPKK der Nomenklatur des Sekretariats des ZK zugeordnet.

13 Vorsitzender der ZPKK an Ersten Sekretär der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 25.2.1986; BStU, ZA, KL-SED 573, Bl. 4.

14 Vgl. Abteilung Parteiorgane des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 20.2.1986: Vorlage für die Sitzung des Sekretariats der Kreisleitung; BStU, ZA, KL-SED 595, Bl. 1003–1016; Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 18.7.1989; BStU, ZA, KL-SED 191, Bl. 1269–1277, hier 1276; Sektor Kader des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 10.8.1989: Arbeitsplan für die Zeit vom 1.8.1989 bis 30.4.1990; BStU, ZA, KL-SED 595, Bl. 367–381, hier 373.

15 Abschluß der SED-Kreisdelegiertenkonferenz 1986, S. 1.

ter, 18 Leiter und zehn stellvertretende Leiter von Hauptabteilungen bzw. selbständigen Abteilungen, zehn Abteilungsleiter und drei mittlere leitende Kader.[16] Die Parteileitung im MfS Berlin ist also keinesfalls als Vertretung der MfS-Basis zu verstehen, vielmehr konnten dort vor allem leitende Mitarbeiter ihre Interessen zum Ausdruck bringen.

Die Partei- und Grundorganisationen der einzelnen Diensteinheiten, die von der Kreisleitung angeleitet wurden, besaßen mehrköpfige Parteileitungen, häufig "Zentrale Parteileitungen (ZPL)" genannt, denen ebenfalls wie der Kreisleitung ein Sekretärstrio vorstand. Auch auf dieser Ebene wiederholte sich die enge Verbindung zwischen Parteiämtern und dienstlichen Ämtern: Der Leiter eines Dienstbereichs oder sein Stellvertreter waren in der Regel Mitglied der gleichgeordneten Parteileitung.[17]

Eine Besonderheit stellte die SED-Gliederung im Wachregiment "Feliks Dzierzynski" dar, die ebenfalls zur Kreisparteiorganisation in der Berliner MfS-Zentrale gehörte.[18] Weil das Wachregiment im Gegensatz zu den übrigen Diensteinheiten des MfS eine militärische Formation war, orientierte sich sein Parteiaufbau an dem der Nationalen Volksarmee:[19] An der Spitze der Parteiorganisation stand der Leiter der Politabteilung, der nicht gewählt, sondern ernannt wurde. Er war einerseits einer Parteiinstanz, der SED-Kreisleitung im MfS Berlin, rechenschaftspflichtig, andererseits aber als "Stellvertreter für politische Arbeit" in dienstlicher Hinsicht Untergebener des Kommandeurs des Wachregiments. Dieses Prinzip der doppelten Unterstellung setzte sich bis in die unteren hierarchischen Ebenen fort. Die hauptamtlichen SED-Funktionäre im Wachregiment waren also in die dienstliche Hierarchie integriert.[20]

Die Kreisparteiorganisation im MfS Berlin wurde numerisch als Parteiorganisation 18-01 bezeichnet, die SED-Gliederung im Wachregiment führte trotz ihrer Zugehörigkeit zur Kreisparteiorganisation eine eigene Nummer 18-00. In den MfS-Bezirksverwaltungen bestanden "Parteiorganisationen mit Zentralen Parteileitungen"[21], die als Parteiorganisationen 18-02 bis 18-18 firmierten.[22] Sie waren von der SED-Kreisleitung in der Berliner MfS-Zentrale weitgehend un-

---

16 Sektor Kader des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin im Mai 1985: "Soziale Struktur und Zusammensetzung der Mitglieder und Kandidaten der SED-Kreisleitung"; BStU, ZA, KL-SED 582, o. Pag., unerschlossenes Material; "Vorschläge für die Zusammensetzung der SED-Kreisleitung (18. KDK)" im MfS Berlin, ohne Autor, ohne Datum [1986]; ebenda.

17 Vgl. den Entwurf eines "Handbuchs" [für die Parteiarbeit in den Grundorganisationen] (künftig: Handbuch Parteiarbeit), ohne Datum, ohne Autor, Kapitel 2.1: Funktionen und Verantwortlichkeiten in der Leitung der Grundorganisation; BStU, ZA, KL-SED 401, o. Pag., unerschlossenens Material.

18 Parteiaufbau Staatssicherheit 1980, Bl. 59 f.

19 Zum Parteiaufbau in der NVA vgl. Thomas M. Forster: Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, 6. Aufl., Köln 1983, S. 188–203.

20 "Instruktion für das leitende Parteiorgan (Politorgan) und für die Parteiorganisation der SED im Wachregiment Berlin 'Feliks Dzierzynski' des MfS" vom Februar 1974, S. 5 f. u. 19; BStU, DSt 102254.

21 Parteiaufbau Staatssicherheit 1980, Bl. 62.

22 Die Ziffern 18–08 und 18–09 waren nicht besetzt; vgl. SED-Kreisleitung im MfS Berlin an den Minister für Staatssicherheit vom 18.9.1970: [Festlegung neuer Bezeichnungen für die einzelnen Parteiorganisationen im MfS]; BStU, ZA, SdM 998, o. Pag. 18–08 war ursprünglich die Bezeichnung der Parteiorganisation in der 1982 aufgelösten Objektverwaltung Wismut; mit der Numerierung 09 war 1952 die SED-Gliederung in der Deutschen Grenzpolizei belegt worden, die mit Unterbrechungen bis 1957 zum MfS gehörte.

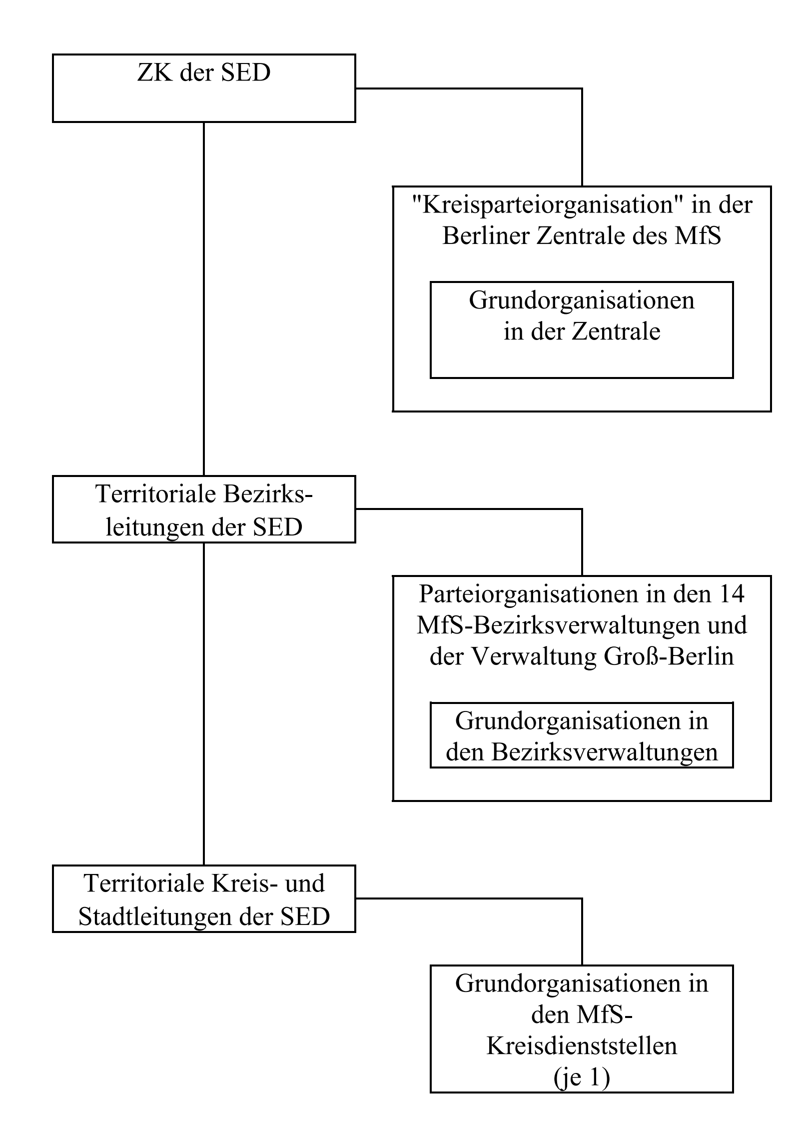
abhängig. Der Erste Sekretär der örtlichen Bezirksleitung leitete sie an; ihm assistierte die Abteilung für Sicherheitsfragen des Bezirksparteiapparates. Auch die SED-Grundorganisationen in den MfS-Kreisdienststellen wurden vom territorialen Parteiapparat, in diesem Fall dem Ersten Sekretär der jeweiligen Kreis- oder Stadtleitung und seinem Mitarbeiter für Sicherheitsfragen, betreut. Lediglich bei der Registrierung der Parteimitglieder und -kandidaten im MfS sowie ihrer statistischen Erfassung besaßen die territorialen Bezirks-, Kreis- und Stadtleitungen aus Gründen der Konspiration keine Kompetenzen.[23] In diesem Arbeitsbereich leitete die SED-Kreisleitung im MfS Berlin die Parteiorganisationen in den MfS-Bezirksverwaltungen an und diese wiederum die SED-Gliederungen in den Kreisdienststellen.[24]

23 Vgl. Hausmitteilung des ZK-Abteilungsleiters für Sicherheitsfragen Walter Borning an Erich Honecker, Sekretär für Sicherheitsfragen, vom 5.4.1970; SAPMO-BA, DY, IV A 2/12/128, o. Pag.

24 Vgl. zum gesamten Absatz: Parteiaufbau Staatssicherheit 1980, Bl. 62–68.

Übersicht 2

Der SED-Parteiaufbau im MfS 1989 (ohne Wachregiment "Feliks Dzierzynski")



Die SED-Kreisleitung im MfS Berlin, die Parteileitungen in den größeren Hauptabteilungen und Abteilungen sowie die "Zentralen Parteileitungen" in den MfS-Bezirksverwaltungen besaßen eigene bürokratische Apparate mit hauptamtlich in der Parteiarbeit beschäftigten Mitarbeitern, die dienstrechtlich Angestellte des MfS waren.[25] Den größten Apparat besaß die SED-Kreisleitung im MfS Berlin mit 159 Mitarbeitern.[26] Allerdings bezieht diese Zahl die Mitarbei-

---

25 Sie werden in den Kaderstatistiken des MfS als solche aufgeführt; vgl. z. B. Kaderbestandsmeldung 30.9.1989, Bl. 2; BStU, ZA, HA KuSch, Abt. Plg. 15 (3), o. Pag., unerschlossenes Material. Für die Mitarbeiter des Parteiapparates galt die Besoldungsordnung des MfS; SED-Kreisleitung im MfS Berlin: "Katalog zur Besoldung der hauptamtlichen Parteiarbeiter [...] auf der Grundlage des Rahmenkatalogs zur Besoldungsordnung des MfS" vom November 1986; BStU, ZA, HA KuSch, Abt. Plg. 8, o. Pag., unerschlossenes Material.

26 Stand: Oktober 1989; Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), Mitarbeiterstatistik in der hinteren Umschlagklappe.

ter der Apparate der Massenorganisationen im MfS Berlin ein, die in den MfS-Personalstatistiken nicht getrennt ausgewiesen sind. Die Apparate der "Zentralen Parteileitungen" in den Bezirksverwaltungen waren mit 6 bis 13 Mitarbeitern sehr viel kleiner.[27] Der Apparat der Kreisleitung galt als Diensteinheit des MfS und war dem Minister dienstlich direkt unterstellt.[28]

Nach Aufbau und Aufgabenzuweisung dürfte sich der Apparat der SED-Kreisleitung im MfS Berlin kaum von den Apparaten anderer Parteileitungen in großen Betrieben und Institutionen unterschieden haben: Laut Arbeitsordnung hatte er Vorlagen für Sekretariats- und Kreisleitungsbeschlüsse zu entwerfen und nach der Beschlussfassung für deren Durchführung zu sorgen. Außerdem sollte er die Behandlung von ZK- und Parteitagsbeschlüssen im MfS Berlin organisieren, die Partei- und Grundorganisationen der Diensteinheiten anleiten und Analysen über die Parteiarbeit fertigen.[29] 1989 bestand der Apparat aus der Abteilung Parteiorgane, der Abteilung Agitation und Propaganda und dem Büro des Sekretariats. Außerdem gehörten die Kreisparteikontrollkommission und die Parteischule "Robert Mühlpforte" dazu.

Die Abteilung Parteiorgane vereinigte unter ihrem Dach Sektoren für organisations- und finanztechnische Aufgaben, für die Anleitung der Partei- und Grundorganisationen, für die Kaderarbeit, die Parteiinformation sowie die Veteranen- und Traditionsarbeit.[30] Zur Abteilung Agitation und Propaganda gehörten der Sektor Kultur sowie der Sektor Agitation und Propaganda, die Bildungsstätte der Kreisleitung, die für die Ausbildung der Propagandisten des Parteilehrjahres zuständig war,[31] und die "Kreisschule des Marxismus-Leninismus", die Funktionärsschulungen durchführte. Die Bezirksparteischule "Robert Mühlpforte" dürfte einer Abteilung gleichgestellt gewesen sein. Sie unterstand direkt dem Sekretariat der Kreisleitung und wurde vom Sekretär für Agitation und Propaganda angeleitet; so zumindest war es bei ihrer Gründung 1974 vorgesehen.[32]

2.2 Aufgaben und Tätigkeitsgebiete

Die SED-Parteiorganisation im MfS arbeitete im Vergleich zu anderen Betriebsparteiorganisationen unter besonderen Bedingungen. Diese waren erstens durch den hohen Anteil von Parteimitgliedern im MfS bestimmt. Dadurch wurde die Betriebsparteiorganisation der weltan-

---

27 Vgl. die Kaderbestandsmeldungen der MfS-Bezirksverwaltungen vom Oktober 1989; BStU, ZA, HA KuSch, Abt. Plg. 10 (3), o. Pag.

28 Befehl 20/86 des Ministers vom 14.11.1986, S. 1; BStU, ZA, DSt 103330.

29 "Arbeitsordnung des Apparates der SED-Kreisleitung" (Beschluß des Sekretariats der SED im MfS Berlin vom 30.11.1976); BStU, ZA, KL-SED 613, Bl. 298–325, hier 302 f. Die Ordnung dürfte bis zur Auflösung des MfS gültig gewesen sein.

30 Ermittelt aus den Entwürfen der Rahmenfunktionspläne für Angehörige der Abteilung Parteiorgane, alle datiert auf den 15.3.1989; BStU, ZA, KL-SED 594, Bl. 140–253.

31 Zu den Bildungsstätten vgl. Alfred Klose: Die Entwicklung der Bildungsstätten der SED in den sechziger Jahren. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 30 (1988), S. 218–223.

32 "Grundsätze für die Arbeit der Parteischule (Beschluß des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 30.7.1974)", (künftig: Grundsätze für die Arbeit der Parteischule); BStU, ZA, SdM 1039, Bl. 8–10.

schaulichen Avantgardefunktion entkleidet, die sie in Produktionsbetrieben besaß. So waren Parteiversammlungen in Produktionsbetrieben Zusammenkünfte eines elitären Zirkels der Belegschaft, dessen Mitglieder die dort erhaltenen Direktiven in den Dienstbesprechungen den parteilosen Mitarbeitern gegenüber durchzusetzen hatten. Im Staatssicherheitsdienst dagegen unterschied sich die personelle Zusammensetzung von Parteiversammlungen und Dienstbesprechungen kaum, was der Tendenz nach zu einer Verwischung der spezifischen Funktionen dieser Veranstaltungen führte.

Zweitens mussten die Parteifunktionäre berücksichtigen, dass im MfS als bewaffnetem Organ das Prinzip der militärischen Einzelleitung galt. Eine dritte Sonderbedingung für die Parteiarbeit entstand durch das hohe Maß an interner Konspiration, das die geheimpolizeilich-geheimdienstliche Arbeit verlangte. Vor allem letzteres stand wesentlichen Instrumenten der Parteiarbeit, wie etwa der rückhaltlosen Offenlegung von Verfehlungen der Parteimitglieder in der Mitgliederversammlung, diametral entgegen. Darin spiegelte sich ein generelles Dilemma der SED-Parteiführung: Sie musste einerseits ihren Geheimapparat möglichst eng an sich binden, durfte ihn aber andererseits nicht durch eine zu intensive Kontrolle seiner Funktionsfähigkeit berauben. Die grundsätzliche Entscheidung, wie mit diesem Zielkonflikt umzugehen sei, fiel außerhalb der Betriebsparteiorganisation: Die SED-Parteiführung und der Minister für Staatssicherheit, der dieser angehörte, gaben den Handlungsspielraum für die SED im MfS vor. Er war bereits im Laufe der fünfziger und sechziger Jahre abgesteckt worden. Innerhalb dieses Rahmens arbeitete die SED im MfS auf der Grundlage derjenigen Dokumente, die für alle Betriebsparteiorganisationen verbindlich waren: Statut und Programm der Partei sowie die jeweils aktuellen Beschlüsse. Die folgende Beschreibung der Tätigkeitsbereiche wurde anhand des Materials zur SED-Kreisparteiorganisation im MfS Berlin erstellt, dürfte im wesentlichen jedoch auch für die Parteiorganisationen in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen gelten.

2.2.1 Kaderarbeit

Analytisch lassen sich hier zwei Ebenen trennen: Erstens betrieb die Kreisparteiorganisation Kaderarbeit mit dem Ziel, ihre eigenen Funktionärsstellen zu besetzen. Die Kreisleitung und die Parteileitungen in den Diensteinheiten arbeiteten nach eigenen Nomenklaturen und darauf beruhenden Kaderprogrammen.[33] Hauptverantwortlicher für die Kaderarbeit in der Kreisparteiorga-

---

[33] Vgl. "Auszug aus dem Beschluß des Sekretariats der SED-Kreisleitung vom 30.8.1977 über Maßnahmen der SED-Kreisleitung zur Verwirklichung des Beschlusses des Sekretariats des ZK vom 7.6.1977 über die Arbeit mit den Kadern" (künftig: Nomenklaturkaderordnung 1977). In: Rolf Scheffel: "Analyse und Verallgemeinerung von Leitungs- und Arbeitserfahrungen in der Kaderarbeit in der Herausbildung neuer revolutionärer Parteifunktionäre (dargestellt am Beispiel einer Parteiorganisation in den Sicherheitsorganen)", Diplomarbeit an der Parteihochschule Karl Marx, eingereicht am 6.7.1982; BStU, ZA, KL-SED 49, Bl. 378 und 304–376, hier 370–376; 2. Sekretär der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 10.6.1987: "Einschätzung zum Stand der Erfüllung des Kaderprogramms des Sekretariats der SED-Kreisleitung"; BStU, ZA, KL-SED 583, o. Pag., unerschlossenes Material; Sektor Kader des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 12.6.1987: "Analyse der Kaderprogramme der Leitungen der PO/GO für den Zeitraum 1986–1990"; ebenda.

nisation war der zweite Sekretär, Oberst Rolf Scheffel, die täglich anfallenden Arbeiten erledigte der Sektor Kader in der Abteilung Parteiorgane des Apparats der Kreisleitung.[34] Ihn unterstützte die Kaderkommission der Kreisleitung, die Grundsatzfragen der Kaderarbeit erörtern und die personelle Besetzung weniger bedeutender Parteifunktionen sowie die Teilnehmerliste einiger Parteischullehrgänge genehmigen sollte.[35]

Zweitens wirkten die Parteifunktionäre im MfS auf vielfältige Weise an der Kaderarbeit für dienstliche Funktionen mit. Sie waren beispielsweise an der Ausarbeitung von Kaderprogrammen für die Diensteinheiten beteiligt,[36] an Beurteilungen einzelner Mitarbeiter[37] oder an sogenannten "Leistungsgesprächen", die der dienstliche Vorgesetzte und der zuständige Parteifunktionär gemeinsam mit dem Mitarbeiter führten.[38] Das Sekretariat der Kreisleitung ließ sich immer wieder vom Leiter der Hauptabteilung Kader und Schulung, Generalleutnant Günter Möller,[39] oder von den SED-Leitungen in den Diensteinheiten[40] über Kaderarbeit und Personalsituation in der Staatssicherheit berichten. Die Mitwirkung der Parteifunktionäre an der Kaderarbeit hatte die dienstliche MfS-Leitung bereits in den sechziger Jahren in dienstlichen Bestimmungen fixiert.[41] Eine zweite Grundlage bot der Beschluss des Sekretariats des ZK zur Kaderarbeit aus dem Jahre 1977, der alle Betriebsparteiorganisationen beauftragte, in ihren Betrieben oder Verwaltungen die Kaderplanung zu beeinflussen und deren Umsetzung zu kontrollieren.[42]

In der täglichen Praxis bildeten die innerparteiliche und die diensteinheitenbezogene Kaderarbeit im MfS eine Einheit. Vorgesetzte und Parteisekretäre dürften in der Regel die langfristige Kaderplanung und konkrete Besetzungswünsche für einzelne dienstliche oder Parteifunkti-

---

34 Vgl. Abteilung Parteiorgane des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 15.3.1989: Funktionsplan für die Dienststellung des Sektorenleiters Kader; BStU, ZA, KL-SED 594, Bl. 212–214; dies. am 15.3.1989: Rahmenfunktionsplan für die Dienststellung des Instrukteurs für Kaderarbeit; ebenda, Bl. 215–217; Sektor Kader des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 10.8.1989: Arbeitsplan für die Zeit vom 1.8.1989 bis 30.4.1990; BStU, ZA, KL-SED 595, Bl. 367–381.

35 2. Sekretär der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 19.8.1983: "Aufgaben der Kaderkommission der SED-Kreisleitung"; BStU, ZA, KL-SED 918, o. Pag., unerschlossenes Material; Sektor Kader des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin: Arbeitsplan für die Zeit vom 1.8.1989 bis 30.4.1990; BStU, ZA, KL-SED 595, Bl. 367–381, hier 374 f.

36 Erich Mielke: Referat auf der Zentralen Parteiaktivtagung der SED im MfS am 16.5.1986 "zur Auswertung des XI. Parteitages", S. 184; BStU, DSt 103286.

37 Vgl. z. B. Grundorganisation XVIII am 27.9.1985: "Information über den Stand der Erfüllung der vom Sekretariat der Kreisleitung der SED im Ergebnis der Berichterstattung vom 29.1.1985 gestellten Aufgaben", S. 6 f.; BStU, ZA, KL-SED 224, o. Pag., unerschlossenes Material.

38 Leitung der Parteiorganisation VIII: "Hinweise zur Führung von Leistungsgesprächen", zur Kenntnis genommen in der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 16.7.1985; BStU, ZA, KL-SED 224, o. Pag., unerschlossenes Material.

39 Vgl. z. B. Leiter der HA KuSch am 23.6.1987: "Ausführungen vor dem Sekretariat der Kreisleitung. Thema: Ergebnisse und Erfahrungen bei der weiteren allseitigen und schöpferischen Durchsetzung der Prinzipien der Kaderpolitik der Partei im MfS [...]"; BStU, ZA, KL-SED 583, o. Pag., unerschlossenes Material.

40 Vgl. z. B. Parteiorganisation A vom 19.8.1986: "Ergebnisse und Schlußfolgerungen in Auswertung des XI. Parteitages der SED und Anforderungen an die politisch-ideologische und erzieherische Arbeit [...]. Berichterstattung der Leitung der Parteiorganisation A am 9.9.1986 an das Sekretariat der Kreisleitung (künftig: Bericht der PO A vom 19.8.1986), S. 9 f.; BStU, ZA, KL-SED 583, o. Pag., unerschlossenes Material.

41 Vgl. Kapitel 3.2.1.

42 "Beschluß des Sekretariats des ZK über die Arbeit mit den Kadern" vom 7.6.1977. In: Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 7.6.1977; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/2605, Bl. 36–54, hier 45.

onen miteinander abgesprochen haben. Künftige Führungskader der MfS-Diensteinheiten wurden vielfach zunächst über Parteipositionen erprobt und umgekehrt spätere hauptamtliche Parteifunktionäre vorher eine Zeitlang in mittleren dienstlichen Leitungspositionen eingesetzt.[43] Die Kreisleitung arbeitete überdies eng mit der Hauptabteilung Kader und Schulung zusammen. Deren Leiter Möller war Mitglied des Sekretariats.[44] Einer seiner Stellvertreter saß in der bereits erwähnten Kaderkommission,[45] der Leiter des Bereichs Disziplinar, im Jahre 1989 Oberst Klaus Fügner, und ein weiterer Abteilungsleiter der Hauptabteilung Kader und Schulung, Oberst Erwin Zillich, gehörten der Kreisparteikontrollkommission an.[46]

2.2.2 Ideologische und "fachliche" Schulung

Im MfS gab es vier Schulungsrichtungen: die marxistisch-leninistische Politschulung, die Fachausbildung, die Allgemein- und Berufsausbildung sowie die militärische Ausbildung.[47] Die letzteren drei Schulungsformen lassen sich als "Fachschulung" im weiteren Sinne begreifen. Zentrales Tätigkeitsfeld der SED-Kreisparteiorganisation war die Politschulung oder ideologische Schulung. Die marxistisch-leninistische Ideologie erfüllte im MfS grundsätzlich dieselben Funktionen wie in anderen Herrschaftsbereichen des SED-Regimes: Sie sollte die Entscheidungen der SED-Parteiführung legitimieren und die Menschen für deren Verwirklichung mobilisieren. Daneben diente sie der Erzeugung einer homogenen Weltanschauung in der Gesellschaft, die sie im Innern integrieren und nach außen durch gemeinsame Feindbilder abgrenzen sollte.[48] Letzteres besaß für die Tätigkeit des Repressionsapparates eine zentrale Bedeutung. Denn der Staatssicherheitsdienst bestimmte seine Opfer in Abhängigkeit von der marxistisch-leninistischen Ideologie und ihrer jeweils aktuellen Auslegung durch die Parteiführung.[49] Über die ideologische Schulung bekamen die MfS-Mitarbeiter die politischen Feindbilder vermittelt, die die Voraussetzung für die Identifizierung wirklicher oder angenommener politischer Gegner waren. Außerdem sollte sie die Mitarbeiter gegen "feindliche" Anschauungen immunisieren, denen zumindest die Mitarbeiter der operativen Abteilungen regelmäßig ausgesetzt waren. Eine besondere Bedeutung gewann diese Funktion in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ange-

---

43 Protokoll der Sitzung des Sekretariats der Kreisleitung am 23.6.1987; BStU, ZA, KL-SED 928/6, Bl. 206–209, hier 209.

44 Abschluß der SED-Kreisdelegiertenkonferenz 1986; BStU, ZA, KL-SED 637, o. Pag., unerschlossenes Material.

45 2. Sekretär der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 19.8.1983: "Aufgaben der Kaderkommission der SED-Kreisleitung", S. 1; BStU, ZA, KL-SED 918, o. Pag., unerschlossenes Material.

46 Abschluß der SED-Kreisdelegiertenkonferenz 1986, S. 2; Protokoll der Sitzung der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 1.7.1987; BStU, ZA, KL-SED 42, Bl. 1438.

47 Vgl. Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), S. 31 f.

48 Vgl. Kuppe, : Zur Funktion des Marxismus-Leninismus. In: Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland". Hg. vom Deutschen Bundestag. Baden-Baden, Frankfurt (Main) 1995, Bd. III: Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, S. 1370–1400, hier 1380–1384.

49 Vgl. Baule, Bernward: Die politische Freund-Feind-Differenz als ideologische Grundlage des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). In: Deutschland Archiv 26 (1993), S. 170–184; Süß, Walter: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung (BF informiert, 17/1997), BStU, Berlin 1997, S. 25–34.

sichts von "Glasnost" und "Perestroika" in der Sowjetunion,[50] welche DDR-Führung und MfS-Leitung vor allem als Gefahr für die ideologische Geschlossenheit der SED und damit als Bedrohung ihrer Herrschaft wahrnahmen.[51]

Die ideologische Schulung vermittelte den Parteimitgliedern politische Tagesinformationen über die neueste Linie der Partei und marxistisch-leninistisches Grundwissen. Erstere erhielten die SED-Mitglieder und Kandidaten bei allen Zusammenkünften der Partei im MfS. Über wichtige ZK-Tagungen oder Parteitage berichtete meist nicht der Erste Sekretär der Kreisleitung, sondern der Minister persönlich oder einer seiner Stellvertreter. Sie fassten deren Ergebnisse in Kreisleitungssitzungen[52] oder auf Parteiaktivtagungen[53] zusammen und leiteten aus ihnen Folgerungen für die MfS-Arbeit ab. Ihre Referate wurden anschließend in den verschiedenen Zusammenkünften der Partei- und Grundorganisationen ausführlich behandelt. Die Übersetzung politischer Vorgaben der SED-Führung in geheimpolizeilich-geheimdienstliche Strategien war Sache der dienstlichen MfS-Leitung.[54] Die Parteiorganisation hatte jedoch dafür zu sorgen, dass diese Strategien bis in die untersten Ebenen der Hierarchie bekanntgemacht und politisch begründet wurden.

Daneben schulte die Kreisparteiorganisation ihre Mitglieder und Kandidaten in eigenen Lehrgängen, die neben aktueller politischer Information vor allem ideologisches Grundwissen vermittelten.[55] Das Fußvolk absolvierte das Parteilehrjahr. Funktionäre der SED und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) im MfS, aber auch junge operative Mitarbeiter und mittlere leitende Kader der Diensteinheiten, studierten in den Lehrgängen der Bezirksparteischule sowie der "Kreis- und Betriebsschule des Marxismus-Leninismus". Zentrum der politischen Funktionärsschulung war die Bezirksparteischule "Robert Mühlpforte" der SED-Kreisleitung in Berlin-Köpenick, so benannt nach dem früheren Leiter der Hauptabteilung Kader und Schulung. Geleitet von Oberst Peter Gräßler, diente sie der Aus- und Weiterbildung von Kadern, die als Funktionäre in den Parteileitungen oder als mittlere leitende Kader in den Diensteinheiten vorgesehen

---

50 Vgl. Rudi Mittig: Referat in der Sitzung der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 15.12.1988: "Aufgaben der Kreisparteiorganisation in Auswertung der 7. Tagung des ZK"; BStU, ZA, KL-SED 6, Bl. 2812–2889, hier 2876–2878.

51 Vgl. Oldenburg, Fred: Das entgleiste Bündnis. Zum Verhältnis DDR–Sowjetunion im Zeichen von Perestrojka und "neuem Denken". In: Kuhrt, Eberhard; Buck, Hannsjörg F.; Holzweißig, Gunter (Hg.): Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, Opladen 1996, S. 199–228; Süß, Walter (Hg.): Erich Mielke und KGB-Vize Leonid Schebarschin über den drohenden Untergang des Sozialistischen Lagers. Mitschrift eines Streitgesprächs am 7. April 1989 (BF informiert, 1/1993), BStU, Berlin 1993.

52 Vgl. etwa Rudi Mittig: Referat in der SED-Kreisleitungssitzung im MfS Berlin zu den "Aufgaben der Kreisparteiorganisation in Auswertung der 7. Tagung des ZK der SED"; BStU, ZA, KL-SED 6, Bl. 2812–2889.

53 Vgl. z. B. Erich Mielke: Referat auf der Zentralen Parteiaktivtagung der SED im MfS am 16.5.1986 "zur Auswertung des XI. Parteitages", S. 184; BStU, ZA, DSt 103286.

54 Vgl. die Bemerkung des Ersten Sekretärs der SED im MfS Berlin, Horst Felber, in der Kreisleitungssitzung am 13.8.1984, "dass in Übereinstimmung mit dem Genossen Minister die durch diesen auf der Dienstkonferenz am 12.9.1984 gegebenen politischen Einschätzungen und Orientierungen zur gegenwärtigen Lage und den sich daraus für das MfS ergebenden Aufgaben umfassend in das Referat der Kreisparteiaktivtagung [am 13.9.1984] aufgenommen wurden"; Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im MfS Berlin am 13.9.1984; BStU, ZA, KL-SED 42, Bl. 419 f., hier 419.

55 Vgl. zur Parteischulung im allgemeinen: Neugebauer: Partei und Staatsapparat, S. 168–173.

waren.[56] Sie führte Bezirksparteischullehrgänge, Kurse der "Kreisschule des Marxismus-Leninismus" und spezielle Kurzlehrgänge durch.[57] In erster Linie studierten dort Mitarbeiter der Berliner MfS-Zentrale, Teilnehmer aus den Bezirksverwaltungen waren selten. 1986/87 absolvierten 151 Mitarbeiter staatssicherheitsinterne Bezirksparteischullehrgänge[58], 590 schlossen MfS-eigene Kreis- und Betriebsschulkurse ab.[59] Daneben war aber auch das Parteischulstudium außerhalb des MfS üblich: Vor allem die Mitarbeiter der Bezirksverwaltungen besuchten Parteischulen der territorialen SED-Leitungen. Besonders verdiente Kader wurden zur Parteihochschule "Karl Marx", in Einzelfällen auch zur Parteihochschule der KPdSU in Moskau gesandt.

Die ideologische Schulung war keine alleinige Domäne der Partei: Auch die dienstlichen Leiter sollten ihre Untergebenen im täglichen Umgang politisch erziehen.[60] Überdies bestanden die Lehrpläne von Fach- und Hochschulen wie der Juristischen Hochschule des MfS etwa zu einem Drittel aus politischem Unterricht.[61] Dennoch spielte Parteischulung eine wichtige Rolle. Für Führungspositionen war der Besuch bestimmter Parteischullehrgänge in der Regel unabdingbare Voraussetzung. Dadurch war das Parteischulungssystem in das allgemeine betriebliche Fortbildungssystem im MfS eingebunden.

Die Gesamtverantwortung für die politische Schulung und Erziehung trug der Sekretär für Agitation und Propaganda Oberst Karl-Heinz Ecke. Er wurde von der Abteilung Agitation und Propaganda der Kreisleitung unterstützt. Unter anderem verfasste diese in den achtziger Jahren monatliche Berichte über die politisch-ideologische Haltung der Mitglieder und Kandidaten, die im Sekretariat der SED-Kreisleitung besprochen wurden. Darin beschrieb sie vor allem, welche Parteidokumente im Berichtszeitraum in der Kreisparteiorganisation behandelt worden waren, wie sich das Parteilehrjahr entwickelte und auf welche Weise Diskussionen zu aktuellen politischen Fragen verliefen.[62] Die Berichte trugen zusammen mit den meist im Anhang angefügten

---

56 Parteischule "Robert Mühlpforte" am 18.7.1986: "Konzeption für die Weiterführung der Aus- und Weiterbildung von Kadern an der Parteischule 'Robert Mühlpforte' nach dem XI. Parteitag der SED"; BStU, ZA, KL-SED 928/2, Bl. 1–10, hier 1.

57 Parteiaufbau Staatssicherheit 1980; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3-3122, Bl. 61; Parteischule "Robert Mühlpforte" am 15.8.1987: "Analyse über die Arbeit der Parteischule 'Robert Mühlpforte' im Studienjahr 1986/87 und Aufgabenstellung für das Jahr 1987/88"; BStU, ZA, KL-SED 928/6, Bl. 215–221, hier 215.

58 Ebenda.

59 Abteilung Agitation und Propaganda des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 29.7.1987: "Abschlußeinschätzung der Kreis- und Betriebsschule des Marxismus-Leninismus und Schlußfolgerungen für die Weiterführung der Lehrgänge 1987/88"; BStU, ZA, KL-SED 928/6, Bl. 223–231, hier Bl. 231.

60 Vgl. Erich Mielke: Referat auf der Zentralen Parteiaktivtagung der SED im MfS am 16.5.1986 "zur Auswertung des XI. Parteitages", S. 189; BStU, DSt 103286; Suckut, Siegfried (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur "politisch-operativen Arbeit". Berlin 1996, S. 105 f.

61 Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), S. 31.

62 Vgl. z. B. Abteilung Parteiorgane des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 11.7.1983: "Information über Inhalt und Ergebnisse der politisch-ideologischen Arbeit und des innerparteilichen Lebens der PO/GO (Juni 1983); BStU, ZA, KL-SED 224, o. Pag., unerschlossenes Material; Abteilung Parteiorgane des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 18.1.1988: Information über Inhalt und Ergebnisse der politisch-ideologischen Arbeit und des innerparteilichen Lebens in den PO/GO (Dezember 1987); BStU, ZA, KL-SED 501, o. Pag., unerschlossenes Material.

Quartals- oder Halbjahresberichten[63] über Disziplinierungen in den Partei- und Grundorganisationen wesentlich zur Überwachung der ideologischen Stabilität des MfS-Kaderbestandes bei.

Auch auf die "fachliche" Schulung nahm die SED im MfS Berlin in gewissem Umfang Einfluss. 1985 untersuchte beispielsweise eine Brigade der SED-Kreisleitung die Parteiarbeit an der Juristischen Hochschule (JHS). Dabei befasste sie sich auch mit Kaderproblemen, mit der Arbeitsorganisation und mit der Leitungstätigkeit des Rektors: Beispielsweise kritisierte die Brigade den Kleinkrieg, den einzelne Institute gegeneinander führten. Außerdem wies sie darauf hin, dass leitende Funktionäre ein Auseinanderfallen von Forschung und Lehre befürchteten, da der Rektor die Forschungstätigkeit einseitig privilegiere.[64]

In den Diensteinheiten waren die Parteileitungen an der Planung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zumindest für die Angehörigen der Kaderreserve beteiligt, die auch ihre Delegierung zu Fach- und Hochschulen umfasste. Einige Partei- oder Grundorganisationen von Diensteinheiten hielten überdies selbst oder in Zusammenarbeit mit den dienstlichen Leitungen als "Fachschulung" bezeichnete Veranstaltungen ab, die zwar keine Kenntnisse in der operativen Arbeit, aber Spezialwissen über deren Gegenstand vermittelten: So luden dienstliche und Parteileitung der HV A 1987 Spezialisten für Mikroelektronik und für den Außenhandel zu Vorträgen ein.[65]

2.2.3 Disziplinierung

Wie alle SED-Gliederungen disziplinierte auch die Parteiorganisation im MfS ihre Mitglieder und Kandidaten in der Regel dadurch, dass sie sie bei Verfehlungen vor der Mitgliederversammlung der Grundorganisation zur Rede stellte. Vor parteiinterner Öffentlichkeit hatten die Betroffenen ihre Schuld einzugestehen und sich nach dem rituellen Muster von "Kritik und Selbstkritik"[66] mit den Ursachen ihres Fehlverhaltens auseinanderzusetzen. Nach kommunistischer Ideologie lag jedem Vergehen in letzter Instanz eine ideologische "Unklarheit" oder gar

---

63 Vgl. z. B. Abteilung Parteiorgane des Apparates der SED-Kreisleitung vom 30.7.1987: "Information über Inhalt und Ergebnisse der politisch-ideologischen Arbeit und des innerparteilichen Lebens in den PO/GO (Juli 1987)" mit "Anlage: Zusammenfassung wesentlicher parteierzieherischer Probleme aus den Berichterstattungen der PO/GO über parteierzieherische Auseinandersetzungen im 1. Halbjahr 1987"; BStU, ZA, KL-SED 583, o. Pag., unerschlossenes Material.

64 Sekretariat der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 15.5.1985: "Bericht über den Einsatz einer Brigade des Sekretariats der SED-Kreisleitung in der PO Hochschule" (JHS), insbes. S. 5 und 12; Zweiter Sekretär der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 4.6.1985: "Mündliche Information an das Sekretariat über den Brigadeeinsatz in der PO Hochschule" (JHS), insbes. S. 2–5; Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 4.6.1985; alle Dokumente BStU, ZA, KL-SED 582, o. Pag., unerschlossenes Material. Zur JHS vgl. Förster, Günter: Die Juristische Hochschule des MfS (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch, Teil III/6). Hg. BStU. Berlin 1996.

65 Bericht der PO A vom 19.8.1986, S. 3; BStU, ZA., KL-SED 583, o. Pag., unerschlossenes Material.

66 Vgl. Hollander, Paul: Kritik und Selbstkritik. In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Bd. III, Basel, Wien 1969, Sp. 1124–1134; Schultz, Joachim: Der Funktionär in der Einheitspartei. Kaderpolitik und Bürokratisierung in der SED. Stuttgart, Düsseldorf 1956, S. 67–72; Unfried, Berthold: Rituale von Konfession und Selbstkritik: Bilder vom stalinistischem Kader. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (1994), S. 148–164.

eine Entfernung von der Parteilinie zugrunde, die der Betroffene zu nennen und mit offener und zumeist tätiger Reue zu bereinigen hatte. Die Mitgliederversammlung konnte "parteierzieherische Maßnahmen" wie die "Kritik", die "Missbilligung" oder die "Verwarnung" des Beschuldigten beschließen.[67] 1988 betraf dies 477 SED-Mitglieder und Kandidaten im MfS Berlin;[68] das entsprach ungefähr einem Prozent der Mitarbeiter.[69] Mitunter führte die Grundorganisation aber auch ein förmliches Parteiverfahren durch.[70] In Parteiverfahren wurden häufig höhere Strafen verhängt, die von der "Rüge" über die "strenge Rüge" bis zum "Ausschluss" aus der SED reichten. Außerdem konnten Mitglieder und Kandidaten durch "Streichung" aus der Partei entfernt werden.[71] Im MfS Berlin mussten sich 1988 327 SED-Mitglieder in Parteiverfahren verantworten: Verhängt wurden 10 "Missbilligungen" oder "Verwarnungen", 119 "Rügen", 154 "strenge Rügen", 15 "Streichungen" und 29 "Ausschlüsse".[72]

Es ist kennzeichnend für das Selbstverständnis des MfS als Parteigeheimdienst, dass ein "Ausschluss" aus der SED einen weiteren Dienst des Betroffenen im MfS grundsätzlich ausschloss.[73] Die "Streichung" ging wohl in der Regel ebenfalls mit der Entlassung einher, auch wenn sie im engeren Sinne keine Parteistrafe darstellte, sondern den Betroffenen lediglich in den Zustand der Parteilosigkeit zurückversetzen sollte, falls er sich aus Sicht der SED als zu "unreif" für eine Mitgliedschaft erwiesen hatte. In der Praxis scheint die MfS-Kaderabteilung Kündigungen meist vor der Beendigung des Parteiverfahrens ausgesprochen zu haben, da sie schwerere Vergehen in der Regel gleichzeitig in einem dienstlichen Disziplinarverfahren behandelte und dieses häufig schneller als das entsprechende Parteiverfahren abgeschlossen war.

Die bestimmenden Gremien im Parteistrafenwesen waren im MfS Berlin wie in anderen Kreisparteiorganisationen auch die Kreisparteikontrollkommission und das Sekretariat der Kreislei-

---

67 Statut der SED 1976, Abschnitt 8. In: Fricke (Hg.): Programm und Statut, S. 115.

68 Parteikontrollkommission der SED im MfS Berlin vom 6.12.1988: Bericht über die Arbeit im Jahre 1988 (künftig: PKK-Bericht 1988); BStU, ZA, KL-SED 56, Bl. 106–121, hier 109; die von der Abteilung Parteiorgane am 14.2.1989 verfasste "Zusammenfassung wesentlicher Probleme aus den Berichterstattungen der PO/GO über parteierzieherische Auseinandersetzungen 1988"; BStU, ZA, KL-SED 191, Bl. 1112–1115, hier 1112 f., verzeichnet davon abweichend 456 Fälle, von denen 336 in der Mitgliederversammlung und 120 in Leitungssitzungen behandelt worden seien. 429 Fälle hätten mit einer Bestrafung geendet.

69 Die Anzahl der Mitglieder und Kandidaten der Kreisparteiorganisation im MfS Berlin für das Jahr 1988 ist unbekannt. Deshalb wurde hilfsweise auf die Mitarbeiterzahl im MfS Berlin einschließlich des Wachregiments (37 665 + 9 861 = 47 526) als Bezugsgröße zurückgegriffen; Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), S. 101.

70 Lediglich die Angehörigen übergeordneter Parteileitungen waren von der Parteigerichtsbarkeit der Grundorganisationen ausgenommen: Sie sollten laut Statut zwar in den Mitgliederversammlungen zur Rede gestellt werden; eine Parteistrafe konnte aber nur die Parteileitung beschließen, der sie angehörten; Statut der SED 1976, Abschnitt 11. In: Fricke (Hg.): Programm und Statut, S. 116.

71 Statut der SED 1976, Abschnitte 7 und 8; ebenda, S. 114 f.

72 PKK-Bericht 1988, Bl. 108.

73 Vgl. SED-Kreisleitung im MfS Berlin: "Referat: Zur Auswertung der Beratung des Sekretariats zur Analyse der Parteiverfahren in der Beratung mit den 1. Sekretären der PO und Sekretären der GO am 15.2.1989" (künftig: Zur Auswertung der Beratung vom 15.2.1989); BStU, ZA, KL-SED 510, Bl. 823–880, hier 868 f.

tung.[74] Die KPKK bestand 1988 aus elf Mitgliedern und fünf Kandidaten. Sie wurden zwar von der Kreisleitung gewählt, mussten aber von der ZPKK bestätigt werden.[75] Vorsitzender war zum Schluss Oberst Johannes Schindler.[76] Er gehörte in dieser Funktion auch dem Sekretariat der Kreisleitung an. Die KPKK beriet die Grundorganisationen bei der Durchführung von Parteiverfahren, überprüfte die von ihnen gefassten Beschlüsse und war erste Revisionsinstanz, wenn Mitglieder gegen die über sie verhängten Strafen Widerspruch einlegten. Daneben führte sie eigene Parteiverfahren durch, entweder auf eigene Initiative oder im Auftrag des Sekretariats der Kreisleitung. Ihre Arbeitsgruppen untersuchten ganze Parteikollektive auf ihre Statutentreue. Schließlich bearbeitete die KPKK Eingaben von Mitarbeitern oder nicht dem MfS angehörenden Personen.[77] Die KPKK wurde von der ZPKK und vom Sekretariat der SED-Kreisleitung im MfS Berlin angeleitet und beaufsichtigt.[78] Letzteres bestätigte auch die von der KPKK vorgelegten Parteistrafenbeschlüsse der Grundorganisationen.

Grundsätzlich besaß die SED gegenüber ihren Mitgliedern eine umfassende Disziplinierungskompetenz, die sich auf sämtliche Lebens- und Arbeitsbereiche bezog. Geahndet wurden die Partei im engeren Sinne betreffende Vergehen von der Vernachlässigung des politischen Studiums bis hin zur ideologischen Abweichung von der Parteilinie, daneben Straftaten und kleinere Rechtsverletzungen, außerdem private Verfehlungen wie Ehebruch oder Trunksucht. Auch für dienstliche Verstöße mussten sich die SED-Mitglieder vor der Partei verantworten. Im MfS betraf dies beispielsweise Verletzungen der Konspiration, Fernbleiben vom Arbeitsplatz oder unkorrektes Verhalten gegenüber Kollegen, Vorgesetzten oder auch Untergebenen. Durch die konspirativen Notwendigkeiten der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit sowie das Prinzip der militärischen Einzelleitung wurde die Disziplinierungskompetenz der SED im MfS allerdings begrenzt. Dienstlich relevante Verfehlungen der Mitarbeiter konnte die Parteiorganisation letztlich nur in Abstimmung mit den zuständigen dienstlichen Instanzen untersuchen und bestrafen.[79] Dabei dürfte sie sich häufig auf die Ergebnisse dienstlicher Untersuchungen gestützt haben. Die abschließende Entscheidung über eine Parteistrafe fiel in solchen Fällen häufig erst nach der disziplinarischen Bestrafung, mitunter sogar mehrere Monate später.[80]

---

74 Vgl. Arnold, Otfrid; Modrow, Hans: Das Große Haus. Struktur und Funktionsweise des Zentralkomitees der SED. In: Modrow, Hans (Hg.): Das Große Haus. Insider berichten aus dem ZK der SED. Berlin 1994, S. 11–70, hier 45 f.

75 Vgl. Erich Mückenberger, Vorsitzender der ZPKK an Horst Felber, den Ersten Sekretär der SED im MfS Berlin vom 25.2.1986; BStU, ZA, KL-SED 573, Bl. 4.

76 Vgl. KKK Johannes Schindler; BStU, ZA.

77 Vgl. PKK-Bericht 1988, Bl. 107–119; "Grundsätze für die Arbeit der Parteikontrollkommissionen der SED. (Beschluß des Sekretariats des ZK vom 23.2.1972)" (künftig: Beschluß des Sekretariats des ZK vom 23.2.1972). Parteiinternes Material Nr. 2214, hrsg. vom Büro des Politbüros, S. 4 f.; BStU, ZA, KL-SED 265, o. Pag., unerschlossenes Material.

78 Vgl. PKK-Bericht 1988, Bl. 107 und 118; Parteikontrollkommission im AfNS Berlin vom 30.11.1989: "Bericht über die Arbeit im Jahre 1989" (künftig: PKK-Bericht 1989); BStU, ZA, KL-SED 510, Bl. 125–135, hier 134; Beschluß des Sekretariats des ZK vom 23.2.1972, S. 4 f.

79 Vgl. Kapitel 3.2.3.

80 KPKK der SED im MfS Berlin vom 22.11.1984: Bericht über die Arbeit im Jahre 1984 (künftig: KPKK-Bericht 1984); BStU, ZA, KL-SED 510, Bl. 5–29, hier 10; vgl. auch "Ausführungen des Vorsitzenden der

Eine enge Zusammenarbeit dienstlicher und Parteiinstanzen ergab sich auch daraus, dass die "fachliche" und die politische Erziehung der MfS-Angehörigen als eine Einheit angesehen wurde. Dies entsprach dem Selbstverständnis der SED, dass das politische Bewusstsein des einzelnen seine Arbeitsleistung bestimme.[81] Im MfS schloss das Einzelleitungsprinzip auch die Verantwortung der dienstlichen Leiter für die politische Erziehung ihrer Untergebenen ein.[82] Dienstliche Disziplinarpraxis und Parteidisziplinierung waren daher eng miteinander verflochten: Auf der Ebene der Kreisleitung arbeitete die KPKK eng mit dem Bereich Disziplinar der Hauptabteilung Kader und Schulung zusammen. Ihr Leiter war Mitglied der KPKK. Der Bereich Disziplinar informierte die KPKK über wichtige Disziplinarfälle und stellte die Ergebnisse dienstlicher Untersuchungen für Parteiverfahren zur Verfügung.[83] In den Diensteinheiten konnten die dienstlichen Vorgesetzten oder ihre Stellvertreter über ihren Sitz in der jeweils gleichgeordneten Parteileitung und über Gespräche mit dem zuständigen Parteisekretär Einfluss auf Parteiverfahren nehmen. "Bis auf wenige Ausnahmen", so stellte die KPKK 1984 fest, "gibt es in Vorbereitung der Verfahren ein enges Zusammenwirken und eine gründliche Abstimmung zwischen den Parteileitungen und Leitern der Diensteinheiten."[84]

Umgekehrt legte die Kreisparteileitung Wert darauf, dass in Disziplinarverfahren von Anfang an der Parteisekretär mit eingebunden wurde.[85] Dabei konnte sie sich auch auf die Disziplinarordnung stützen, die den Vorgesetzten vorschrieb, bei der Behandlung von Disziplinverstößen "rechtzeitig und eng mit den Partei- und FDJ-Sekretären zusammenzuarbeiten".[86] Die frühe Einschaltung der Parteileitungen sollte dafür sorgen, dass die Höhe der Disziplinarstrafe der zu erwartenden Parteistrafe in etwa entsprach und auf diese Weise "Widersprüchen zwischen Parteibeschluss und dienstlicher Entscheidung"[87] vorbeugen. Sie gab dem Parteisekretär in gewissem Umfang die Möglichkeit, beratend auf die Höhe der dienstlichen Strafe einzuwirken. So konnte er beispielsweise auf die Entlassung eines Beschuldigten dringen, wenn er dessen Ausschluss aus der SED für angemessen hielt, da letzterer, wie erwähnt, eine weitere Beschäftigung des Disziplinierten im MfS unmöglich machte.

Die enge Verzahnung von dienstlicher und Parteidisziplinierung dürfte auch auf die hohe Anzahl Parteiangehöriger im MfS zurückzuführen sein. Während die Parteigerichtsbarkeit in den Produktionsbetrieben in der Regel höchstens 15 bis 20 Prozent der Belegschaft erfasste, war ihr im Staatssicherheitsdienst der größte Teil der Mitarbeiter unterworfen, wodurch die Disziplinie-

---

PKK zur Sekretariatssitzung am 13.12.1988" (künftig: Ausführungen des PKK-Vorsitzenden am 13.12.1988); BStU, ZA, KL-SED 56, Bl. 98–105, hier 105.

81 Vgl. Glaeßner: Herrschaft durch Kader, S. 76 f.; Stalin, Josef: Fragen des Leninismus. Berlin (Ost) 1950, S. 718 f.

82 Vgl. Suckut (Hg.): Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 105 f.

83 Zur Auswertung der Beratung vom 15.2.1989, Bl. 868.

84 KPKK-Bericht 1984, Bl. 10; vgl. auch KPKK der SED im MfS Berlin vom 5.11.1985: Bericht über die Arbeit im Jahre 1985 (künftig: KPKK-Bericht 1985); BStU, ZA, KL-SED 510, Bl. 30–48, hier 37.

85 Ausführungen des PKK-Vorsitzenden am 13.12.1988, Bl. 104.

86 Ordnung 14/85 "über Disziplinarbefugnisse und disziplinarische Verantwortlichkeit im MfS (Disziplinarordnung)", ohne Datum, S. 6; BStU, ZA, DSt 103201.

87 Zur Auswertung der Beratung vom 15.2.1989, Bl. 868.

rungsinstanzen gleichsam gedoppelt wurden. Aus Sicht der MfS-Angehörigen scheinen dienstliche und Parteidisziplinierung weitgehend als Einheit wahrgenommen worden zu sein. Ein ehemaliger Mitarbeiter beschrieb 1992 die KPKK als eine von fünf Überwachungsabteilungen im MfS, die "so bekannt wie gefürchtet" gewesen seien.[88] Die KPKK war nicht nur Parteiinstitution, sondern gleichzeitig Teil des staatssicherheitsinternen Überwachungssystems, das die Mitarbeiter unter extrem hohen Anpassungsdruck setzte. In sein Räderwerk zu gelangen, konnte für einen MfS-Angehörigen die Vernichtung seiner beruflichen und sozialen Existenz bedeuten.

2.2.4 Soziale Betreuung

Da lediglich die wenigen Zivilbeschäftigten des MfS Mitglieder des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) waren,[89] ist zu vermuten, dass die Parteiorganisation hier Funktionen übernahm, die in anderen Betrieben hauptsächlich die Betriebsgewerkschaftsleitungen ausübten.[90] In Zusammenarbeit mit den administrativen Diensteinheiten kümmerte sie sich um die sozialen Belange der Mitarbeiter, um Wohnungsprobleme, Pausenzeiten, Kinderferienlager und vieles mehr.[91] Freilich war diese Betreuung keineswegs Selbstzweck. Wie nahezu alle Aktivitäten der Parteiorganisation dienten sie letztlich dem Ziel, die Arbeitsleistung der Mitarbeiter zu verbessern. Deshalb trug die Betreuung, ähnlich wie beim FDGB, einen Doppelcharakter: Während sich die Partei einerseits durchaus für die Bedürfnisse der Mitarbeiter engagierte, musste sie andererseits die Interessen des MfS bezüglich Arbeitseffektivität, Konspiration sowie Verteilung und sparsamer Verwendung von materiellen Ressourcen gegenüber ihren Mitgliedern durchsetzen.[92]

Der Einfluss der SED auf die soziale Betreuung der Mitarbeiter wurde ebenso wie in anderen Arbeitsbereichen über die personelle Verflechtung von Dienst- und Parteihierarchie abgesichert. Der Leiter der Verwaltung Rückwärtige Dienste (VRD), der mit über 3.700 Mitarbeitern größten Diensteinheit im Versorgungsbereich,[93] war Mitglied im Sekretariat der Kreisleitung,[94] im Gegenzug saß der zweite Sekretär der Kreisleitung in der 1983 auf Befehl des Ministers eingerichteten Kommission Sozialpolitik. Diese sollte Untersuchungen über die Arbeits- und Lebens-

---

88 Die übrigen sind dienstliche Instanzen: die Arbeitsgruppe 1 des Bereichs 2 der ZAIG, die Abteilung 5 in der HA IX, die Abteilung 1 der HA II sowie der Bereich Disziplinar der HA KuSch; vgl. Knauer, Gerd: Innere Opposition im Ministerium für Staatssicherheit? In: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 718–727, hier 721.

89 Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), S. 29.

90 Gill, Ulrich: FDGB. Die DDR-Gewerkschaft von 1945 bis zu ihrer Auflösung 1990. Köln 1991, S. 69.

91 Vgl. z. B. Abteilung Agitation und Propaganda des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 15.3.1988: "Information zu einigen Problemstellungen der Lage in den Wohnheimen"; BStU, ZA, KL-SED 106/II, Bl. 247–251; Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 14.7.1987, S. 2–5; BStU, ZA, KL-SED 583, o. Pag., unerschlossenes Material.

92 Vgl. ebenda.

93 Vgl. Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, bearbeitet von Roland Wiedmann (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch, Teil V/1).Hg. BStU. Berlin 1995, S. 160–171.

94 Bis 1988 Generalmajor Günther Müller. Für seinen Nachfolger als VRD-Leiter, Oberst Manfred Weihmann, läßt sich der Nachweis nicht führen. Möglicherweise war dessen Aufnahme ins Sekretariat auch erst mit den für 1990 angesetzten Parteiwahlen geplant.

bedingungen der MfS-Angehörigen anstellen und Vorschläge zu ihrer Verbesserung machen.[95] Das Sekretariat der SED-Kreisleitung ließ sich immer wieder von den Leitern des Versorgungsbereichs über ihre Arbeit informieren.[96] Kommissionen der Kreisleitung betreuten überdies bestimmte Gruppen von MfS-Mitarbeitern, beispielsweise die Frauen oder die älteren Parteimitglieder, die sogenannten "Parteiveteranen".

Überdies konnten sich die Mitarbeiter mit ihren persönlichen Problemen an die Parteileitungen oder die KPKK wenden. 1987 wurden im MfS Berlin an die SED-Kreisleitung 54,[97] die Parteileitungen in den Diensteinheiten 141[98] und die KPKK 13 schriftliche Eingaben[99] gerichtet.[100] Der größte Teil stammte von MfS-Angehörigen, darüber hinaus wandten sich unter anderem zwei Oberschulen, sechs geschiedene Ehefrauen von Staatssicherheitsmitarbeitern und acht nicht näher bezeichnete "Bürger der DDR" an die SED im MfS Berlin.[101] Viele der Eingabenverfasser beschrieben Schwierigkeiten im Umgang mit Kollegen, Vorgesetzten oder Parteifunktionären.[102] Eine große Rolle spielten daneben Wohnungsprobleme,[103] außerdem wurden "Fragen der sozialistischen Moral" sowie des Verhaltens von MfS-Angehörigen in der Öffentlichkeit angesprochen.[104] Dahinter verbargen sich auch Probleme mit Ehepartnern oder Kindern. Inwieweit Beschwerden bei der SED zum Erfolg führten, lässt sich schwer sagen. Immerhin riskierte der Eingabenverfasser selbst unangenehme Aussprachen, falls die Parteileitung sein Anliegen als ungerechtfertigt und als dem von MfS-Mitarbeitern geforderten ideologischen Bewusstseinsstand unangemessen ansah. Auf jeden Fall aber signalisierten die Eingaben Schwierigkeiten und Konflikte, die die Funktionsfähigkeit des Geheimapparates beeinträchtigen konnten, und die die SED im MfS deshalb durch entsprechende Maßnahmen oder zumindest durch ideologische Argumentationen und Beschwichtigungen aus dem Weg zu räumen suchte.

---

95 Befehl 12/83 des Ministers vom 1.7.1983; BStU, ZA, DSt 100733.

96 Vgl. z. B. die "Berichterstattung des Mitglieds des Sekretariats der Kreisleitung und Leiters der VRD zur Durchsetzung der Sozialpolitik der SED im MfS" vor dem Sekretariat der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 14.7.1987; BStU, ZA, KL-SED 583, o. Pag., unerschlossenes Material. Zur Diskussion siehe Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 14.7.1987, S. 2–5; ebenda.

97 SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 17.3.1988: "Information über die im Jahre 1987 an die SED-Kreisleitung gerichteten Eingaben und die Ergebnisse ihrer Bearbeitung" (künftig: Eingaben an die SED-Kreisleitung 1987); BStU, ZA, KL-SED 928/4; Bl. 132–137, hier 132.

98 Ebenda, Bl. 136.

99 Zum Eingabenwesen der SED siehe Werner, Oliver: "Politisch überzeugend, feinfühlig und vertrauensvoll"? Eingabenbearbeitung in der SED. In: Timmermann, Heiner (Hg.): Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR. Berlin 1996, S. 461–479; Jochen Staadt: Eingaben. Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat, 24), Berlin 1996, insbes. S. 27–32.

100 KPKK der SED im MfS Berlin vom 8.12.1987: Bericht über die Arbeit im Jahre 1987 (künftig: KPKK-Bericht 1987); BStU, ZA, KL-SED 510, Bl. 55–69, hier 65.

101 Eingaben an die SED-Kreisleitung 1987, Bl. 132.

102 Dies betraf 28 Eingaben an die Kreisleitung und 93 an die Leitungen der Partei- und Grundorganisationen; ebenda, Bl. 132 f. und 136 f. Die Eingaben an die KPKK sind nicht genau aufgeschlüsselt.

103 14 Eingaben an die Kreisleitung und 25 an die Leitungen der Partei- und Grundorganisationen; vgl. ebenda. Wohnungsfragen waren offenbar auch in anderen Parteileitungen ein häufiger Gegenstand von Eingaben; vgl. Werner: Politisch überzeugend, S. 470 f.

104 10 Eingaben an die Kreisleitung und 11 an die Partei- und Grundorganisationen. 2 bzw. 12 Eingaben galten "sonstigen Problemen"; vgl. Eingaben an die SED-Kreisleitung 1987, Bl. 132 und 136 f.

2.2.5 Kultur-, Traditions- und Sportarbeit

Da kulturelle Betätigung in der SED als Teil der Ausbildung der sozialistischen Persönlichkeit galt,[105] förderte die Parteiorganisation eine Vielzahl kultureller Aktivitäten der Mitarbeiter des MfS, von der Kreisarbeitsgemeinschaft "Schreibende Tschekisten" bis zur "Kreisarbeitsgemeinschaft Diskotheken", die die MfS-Mitarbeiter zu "Disko-Moderatoren und Disko-Technikern" weiterbildete.[106] Betreut wurden diese Gruppen vor allem von der Kulturkommission der SED-Kreisleitung, wahrscheinlich unter Assistenz des Sektors Kultur in der Abteilung Agitation und Propaganda der SED-Kreisleitung.

Des weiteren war die Parteiorganisation maßgeblich an der sogenannten "Traditionsarbeit" im MfS beteiligt. Sie sollte neben allgemeinen sozialistischen Werten wie etwa der Freundschaft zur Sowjetunion ein spezifisch tschekistisches Traditionsbewusstsein vermitteln. Zu diesem Zweck beteiligte sich die SED im MfS an der Gestaltung von Gedenkveranstaltungen, die der Entwicklung der Arbeiterbewegung und der Geschichte von DDR und UdSSR sowie ihrer Geheimdienste galten.[107] Sie kümmerte sich um die Einrichtung von "Traditionskabinetten", die unter anderem propagandistisch gefärbte Ausstellungen zur Geschichte des MfS und seiner einzelnen Diensteinheiten zeigten. Außerdem organisierte sie die Verleihung "tschekistischer Traditionsnamen" an FDJ-Kollektive, Volkskunstgruppen, Schulen oder Kinderheime sowie Vorträge alter verdienter MfS-Mitarbeiter vor jungen Kadern. Mit diesen Aufgaben befassten sich vor allem zwei Kommissionen der Kreisleitung: die Kommission Traditionsarbeit[108] und die Kommission für die Arbeit mit den Parteiveteranen.[109] Beiden Kommissionen war ein Instrukteur der Abteilung Parteiorgane im Apparat der Kreisleitung beigegeben, der gleichzeitig als ihr Sekretär fungierte.[110]

---

105 Vgl. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 22.5.1976. In: Fricke (Hg.): Programm und Statut, S. 45–106, hier 88.

106 Abteilung Agitation und Propaganda des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 29.9.1989: "Vorschlag zur Auszeichnung für besondere Leistungen auf geistig-kulturellem und volkskünstlerischem Gebiet in Erfüllung der Beschlüsse des Sekretariats der SED-Kreisleitung"; BStU, ZA, KL-SED 49, Bl. 12–17.

107 Vgl. z. B. Sekretariat der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 23.6.1987: "Bericht des Sekretariats an die Kreisleitung (Kreisleitungssitzung am 1.7.1987)"; BStU, ZA, KL-SED 42, Bl. 1280–1308, hier 1284.

108 Vgl. SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 16.4.1983: Beschluß des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 26.4.1983 "zur Bildung der 'Kommission zur Wahrung und Weiterführung der revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung, des antifaschistischen Widerstandskampfes und des tschekistischen Kampfes (Kommission Traditionsarbeit)' bei der Kreisleitung", Entwurf; BStU, ZA, KL-SED 681, o. Pag., unerschlossenes Material; SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 27.9.1983: Arbeitsordnung der Kommission Traditionsarbeit. Entwurf zum Beschluß des Sekretariats der SED-Kreisleitung vom 11.10.1983; ebenda; Kommission Traditionsarbeit bei der Kreisleitung vom 2.5.1985: "Bericht über die Ergebnisse und Erfahrungen bei der Verwirklichung der Beschlüsse des Sekretariats der SED-Kreisleitung zur Traditionsarbeit und -pflege und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit"; BStU, ZA, KL-SED 582, o. Pag., unerschlossenes Material.

109 Kommission zur Betreuung alter verdienter Parteimitglieder vom 22.12.1987: "Bericht über Ergebnisse und Erfahrungen in der Arbeit mit alten verdienten Parteimitgliedern und Veteranen des MfS im Jahre 1987", insbesondere S. 1–4; BStU, ZA, KL-SED 507, ohne Blattzahl, unerschlossenes Material.

110 Abteilung Parteiorgane des Apparates der SED-Kreisleitung vom 15.3.1989: Funktionsplan für die Dienststellung des Instrukteurs für Traditionsarbeit; BStU, ZA, KL-SED 594, Bl. 176–178, hier 176; Abteilung

Schließlich unterstützte die Parteiorganisation die Sportgemeinschaft Dynamo, den Sportverein des Ministeriums des Innern, des Zolls und des Staatssicherheitsdienstes. Von der Leitung des SV Dynamo Hohenschönhausen ließ sich ihr Büro immer wieder Bericht erstatten,[111] außerdem unterstanden einige der führenden Funktionärspositionen der Sportgemeinschaft der Nomenklatur der Kreisleitung[112].

2.2.6 "Politische Massenarbeit"

Mit Hilfe der sogenannten "politischen Massenarbeit" versuchte die SED, die nicht zur Partei gehörigen Teile der Bevölkerung von ihrer Politik zu überzeugen. Innerhalb des MfS spielte die politische Massenarbeit wegen der geringen Anzahl Parteiloser unter den Mitarbeitern keine große Rolle. Die Kreisparteiorganisation hielt ihre Mitglieder jedoch dazu an, sich außerhalb des MfS beispielsweise in den örtlichen Volksvertretungen als Wahlhelfer bei Wahlen oder als Elternbeirat zu engagieren. Die politische Massenarbeit sollte einerseits den Kontakt der im allgemeinen recht abgeschotteten MfS-Mitarbeiter zur übrigen Bevölkerung herstellen, galt aber auch als Mittel zur Erziehung der Parteimitglieder.[113] Für die "politische Massenarbeit" besaß die SED im MfS Berlin eine eigene Arbeitsgruppe, die in etwa den Status der ständigen Kommissionen der Kreisleitung besessen haben dürfte.[114]

2.2.7 Anleitung der Massenorganisationen

Im MfS gab es Kreisorganisationen der Freien Deutschen Jugend, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, dem die Zivilbeschäftigten im MfS angehörten. Gemäß der "führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse" hatte die SED im MfS Berlin diese politisch anzuleiten. Deshalb waren die Sekretäre der Massenorganisationen Mitglieder in den Parteileitungen jeder hierarchischen Ebene und erstatteten dort regelmäßig Berichte über ihre Arbeit. Die SED beaufsichtigte die Kaderarbeit der Massenorganisationen, und die Parteimitglieder waren angehalten, sich in DSF, FDGB oder FDJ zu engagieren.[115]

Parteiorgane des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 15.3.1989: Funktionsplan für die Dienststellung des Instrukteurs für die Arbeit mit alten verdienten Parteimitgliedern und Veteranen des MfS; ebenda, Bl. 221–223, hier 221.

111 Sekretariat der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 9.2.1987: "Bericht des Sekretariats an die Kreisleitung" (Kreisleitungssitzung vom 18.2.1987); BStU, ZA, KL-SED 42, Bl. 1122–1148, hier 1146–1148.

112 Nomenklaturordnung 1977; BStU, ZA, KL-SED 49, Bl. 375 f.

113 Vgl. Handbuch Parteiarbeit, Kapitel 1.4. Die politische Massenarbeit; BStU, ZA, KL-SED 401, o. Pag., unerschlossenes Material.

114 Sektor Kader des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 10.8.1989: Arbeitsplan für die Zeit vom 1.8.1989 bis 30.4.1990; BStU, ZA, KL-SED 595, Bl. 367–381, hier 373.

115 Handbuch Parteiarbeit, Kapitel 2.5 Die politische Führung der Massenorganisationen; BStU, ZA, KL-SED 401, o. Pag., unerschlossenes Material.

2.2.8 Interne organisatorische Arbeit

Sie umfasste alle Tätigkeiten, die die Voraussetzung für die inhaltliche Arbeit der Parteiorganisation waren, also beispielsweise die Organisation von Sitzungen, die Festlegung von Arbeitsabläufen, die Mitgliederregistrierung und die Einziehung der Beiträge. Dazu gehörte auch die innerparteiliche Anleitung, die sich aus zwei Komponenten zusammensetzte: Die SED-Kreisleitung gab Parteibeschlüsse, Analysen zur Parteiarbeit oder andere ideologisch-politische Informationen nach unten an die Parteileitungen in den Diensteinheiten weiter. Dies geschah durch Gremiensitzungen, seminaristische Beratungen sowie durch die Instrukteure der Abteilung Parteiorgane.[116]. Daneben kontrollierte sie die Durchführung ihrer Beschlüsse, indem sie sich über die Lage in den Partei- und Grundorganisationen informierte: durch die Parteiinformation, durch Berichte der Parteileitungen vor dem Büro der Kreisleitung sowie durch Brigadeeinsätze, in denen eine Arbeitsgruppe der Kreisleitung sporadisch den Zustand bestimmter Partei- oder Grundorganisationen überprüfte.

2.3 Mobilisierung der Mitarbeiter und ideologische Formierung

Einige Aktivitäten der Parteiorganisation dienten unmittelbar der Steigerung der Arbeitseffizienz des MfS. 1988 organisierte die SED-Kreisleitung beispielsweise einen Erfahrungsaustausch zur Verwendung der elektronischen Datenverarbeitung im MfS[117] und legte dessen Ergebnisse der Leitung des Ministeriums vor. Sie wies auf Rationalisierungsreserven hin[118] und forderte die Parteileitungen auf, die anscheinend nicht immer innovationsfreudigen Mitarbeiter vom Nutzen der EDV für ihre Arbeit zu überzeugen.[119] Dies verweist auf die Funktion der SED-Gliederungen, den MfS-Angehörigen Weisungen der dienstlichen Leitungen, meist unter Rückgriff auf ideologische Argumentationen, nahezubringen und so deren Befolgung sicherzustellen.

Im Rahmen ihrer Erziehungsfunktion war die SED-Kreisparteiorganisation überdies in den "sozialistischen Wettbewerb" eingebunden, durch den die Mitarbeiter zu hohen Arbeitsleistungen stimuliert werden sollten.[120] So hatten die Leiter der Diensteinheiten die Parteileitungen beispielsweise bei der Mobilisierung der Mitarbeiter für die eifrige Teilnahme an der "Besten-" und

---

116 Vgl. die Rahmenfunktionspläne vom 15.3.1989 für die Mitarbeiter der Instrukteurgruppe; BStU, ZA, KL-SED 594, Bl. 140–151 und 158–166.

117 Abteilung Parteiorgane des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 30.9.1988: "Information zu politisch-ideologischen und erzieherischen Anforderungen, um die zentrale Führung, Leitung und Koordinierung der Nutzung von Büro- und Personalcomputern im MfS im Interesse eines effektivsten Einsatzes [...] weiter zu qualifizieren"; BStU, ZA, KL-SED 13, Bl. 273–277, hier 273.

118 Ebenda, Bl. 275 f.

119 Ebenda, Bl. 276; vgl. auch Arbeitsgruppe des Stellvertreters des Ministers an Schwanitz vom 21.10.1988: "Meinungsäußerung zur Information der Kreisleitung"; ebenda, Bl. 278–281 sowie die überarbeitete Fassung der Information der Kreisleitung vom 3.1.1989; ebenda, Bl. 257–272.

120 Vgl. Kurt Erdmann: Sozialistischer Wettbewerb. In: DDR-Handbuch, Bd. 2, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 3. Aufl., Köln 1985, S. 1192–1208, hier 1192.

an der "Neuererbewegung"[121] einzubeziehen und sie zum Teil auch bei entsprechenden Auszeichnungen zu konsultieren.[122] Das Sekretariat der Kreisleitung ließ sich über den Fortgang der Wettbewerbsbewegung berichten und äußerte sich im Einzelfall auch durchaus kritisch. 1988 stufte es etwa den Bericht des Vorsitzenden des "Zentralen Büros für Neuererwesen" (ZBfN), welches das betriebliche Vorschlagswesen zu leiten und zu koordinieren hatte,[123] als ungenügend ein. Er berücksichtige das Vorschlagswesen in den operativen Diensteinheiten zu wenig und würdige kaum die positiven Ergebnisse der EDV-Einführung. Das Sekretariat empfahl dem zuständigen stellvertretenden Minister Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, einen neuen Bericht erstellen zu lassen und schlug sogar die Ablösung des ZBfN-Vorsitzenden vor.[124] Die Führung der verschiedenen Wettbewerbsaktionen lag allerdings beim dienstlichen Leiter,[125] in dessen Ermessen es gelegen haben dürfte, inwieweit er dabei den Parteileitungen Einblicke in das dienstliche Geschehen erlaubte. Weitere Forschungen müssen erweisen, inwieweit die SED im MfS hier, ähnlich wie vielleicht bei der sozialen Betreuung der Mitarbeiter, Funktionen übernommen hat, die in anderen Bereichen von den Betriebsgewerkschaftsleitungen[126] erfüllt wurden.

Die Mobilisierung der MfS-Angehörigen zu hohen Arbeitsleistungen war jedoch mehr als ein besonderes Teilgebiet der Tätigkeit der SED-Betriebsparteiorganisation. Denn sie durchzog als Ziel ihre gesamte Arbeit. Die soziale Betreuung sollte die Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter erhalten und verbessern. Die ideologische Schulung sollte die MfS-Angehörigen dazu befähigen, potentielle Regimefeinde ausfindig zu machen, ihnen Einsichten in die ideologischen Hintergründe der MfS-Arbeit vermitteln und sie auf diese Weise für ihre berufliche Tätigkeit besonders motivieren. Mittels ihrer Disziplinierungsaktivitäten sorgte die Partei dafür, dass dienstliche Verfehlungen dem Kollektiv bekannt gemacht wurden und auf ideologische Ursachen zurückgeführt wurden. Über das Ritual von "Kritik und Selbstkritik" sollte sich nicht nur der Beschuldigte unterwerfen, es sollten auch künftige Täter abgeschreckt werden.

Entscheidend an allen Aktivitäten der SED zur Leistungssteigerung war ihr ideologischer Akzent. Die Betriebsparteiorganisation hatte die Aufgabe, Leistungsappelle und Bestrafungen ideologisch zu begründen und so das politische Bewusstsein zu stärken, weil dieses nach sozialisti-

---

121 Mit der "Neuererbewegung" wollte die SED das betriebliche Vorschlagswesen systematisieren und fördern; vgl. Martin Hartmann: Die Neuererbewegung. Das betriebliche Vorschlagswesen in der DDR, Köln 1988.

122 Vgl. Ordnung 22/85 "über die Bestenbewegung im MfS" (künftig: Bestenordnung 1985) vom 10.12.1985, S. 2; BStU, ZA, DSt 103247; Ordnung 1/88 vom 16.3.1988 "über die Führung und Organisation der Neuererbewegung im MfS" (künftig: Neuererordnung 1988), S. 6, 10, 16 und 18 f.; BStU, DSt 103467; 1. Durchführungsbestimmung des Stellvertreters des Ministers Schwanitz vom 21.3.1988 zur Ordnung 1/88, S. 5 und 10; ebenda.

123 Vorsitzender des ZBfN an den Minister für Staatssicherheit vom Februar 1988: "Bericht über die Ergebnisse und die Entwicklung der Neuerertätigkeit im MfS im Jahre 1987"; BStU, ZA, KL-SED 507, o. Pag., unerschlossenes Material; vgl. zur Funktion des ZBfN im MfS die Neuererordnung 1988, S. 8. Zu den BfN im allgemeinen siehe Hartmann: Neuererbewegung, S. 61–63.

124 Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 8.3.1988, S. 2 f.; BStU, ZA, KL-SED 507, o. Pag., unerschlossenes Material.

125 Vgl. z. B. Bestenordnung 1985, S. 2; Neuererordnung 1988, S. 5 und 10.

126 Vgl. Gill: FDGB, S. 68 f.

scher Auffassung die Arbeitsleistung bestimmte.[127] Außerdem war hohe Arbeitsdisziplin ein integraler Bestandteil der sogenannten "sozialistischen Moral", deren alleiniger Maßstab der Nutzen jeder Handlung für die sozialistische Gesellschaft bildete.[128] Die Ideologisierung aller Strategien zur Steigerung der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Effizienz hatte die Funktion, den Geheimapparat an die politische Führung zu binden. Die Tätigkeit der Parteiorganisation lässt sich somit auch als Mittel zur Arbeitseffektivierung unter den Bedingungen einer Weltanschauungsdiktatur begreifen.

---

127 Vgl. Glaeßner: Herrschaft durch Kader, S. 76 f.; J. Stalin: Fragen des Leninismus, S. 718 f.

128 Vgl. Herbert Marcuse: Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied, 2. Aufl., Berlin 1969, S. 201–205 und 217–225.

3 Entwicklungsgeschichte

3.1 Personelle und organisatorische Entwicklung

3.1.1 Die Bezirksparteiorganisation VII c und ihre Auflösung

Ein systematischer organisatorischer Aufbau der Parteistrukturen scheint innerhalb des MfS erst einige Zeit nach dessen offizieller Gründung richtig in Gang gekommen zu sein. Dafür spricht zumindest eine Aussage des ersten Ministers für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, der zufolge bei seinem Dienstantritt eine Parteiorganisation lediglich "in den Anfängen" bestanden habe und erst er, Zaisser, dafür gesorgt habe, dass einige Mitarbeiter für eine hauptamtliche Parteitätigkeit freigestellt wurden.[129] Zu diesen gehörte auch Generalinspekteur[130] Otto Walter, der ab Sommer 1950 als Erster Sekretär an der Spitze der SED im MfS stand. Er war ein altgedienter KPD-Funktionär, hatte schon vor 1933 in mehreren KPD-Bezirksleitungen gearbeitet und das "Dritte Reich" in Haftanstalten und im KZ Sachsenhausen überlebt. Bereits im Mai 1949 war er Mielke für den Aufbau des Staatssicherheitsdienstes zugeordnet worden.[131]

Spätestens seit dem Herbst 1951 trug die Parteiorganisation den Namen "Landesverband VII c" der SED.[132] In ihm waren alle Untergliederungen der SED im MfS Berlin und den Dienststellen der Staatssicherheit in den Ländern und Kreisen der DDR zusammengefasst. Die SED im MfS bildete einen "nichtterritorialen Landesverband", war also den Landesleitungen der fünf Länder der DDR gleichgeordnet und von deren Weisungen unabhängig. Im Herbst 1951 wurde sie vertikal stärker untergliedert: Im MfS Berlin sowie in den Landesverwaltungen entstanden "nichtterritoriale Kreisparteiorganisationen". Im Sommer 1952 wurden die Länder der DDR in Bezirke umgewandelt. Das MfS bekam nunmehr statt der fünf Länderverwaltungen 14 Bezirksverwaltungen; die Verwaltungen Groß Berlin und "Wismut" blieben erhalten. Die Betriebsparteiorganisation glich ihren Parteiaufbau der neuen MfS-Struktur an und gründete in jeder neugebildeten Bezirksverwaltung eine neue nichtterritoriale Kreisparteiorganisation. Der Landesverband wurde nunmehr als "Bezirksverband" oder "Bezirksparteiorganisation" VII c bezeichnet (vgl. Übersicht 3). Im Frühjahr 1953 gehörten ihm auch die Parteigliederungen der Wacheinheiten, der Grenz- und der Transportpolizei an.[133]

---

129 Protokoll des 15. ZK-Plenums vom 24.–26.7.1953, Redebeitrag Wilhelm Zaisser; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/119, Bl. 187–201, hier 190 f.; vgl. auch seine ähnlich lautende Aussage auf der Kreisdelegiertenkonferenz der SED im MfS Berlin am 14./15.6.1952; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 504–514, hier 504.

130 Ab 1953 Generalmajor.

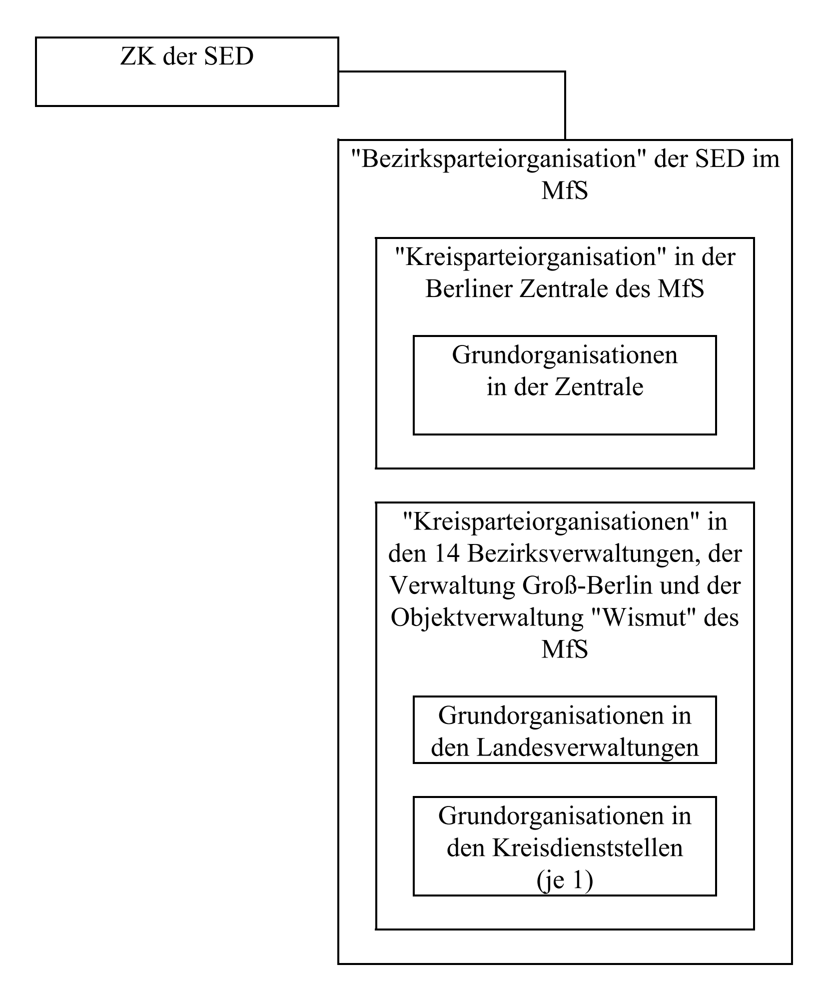
131 Vgl. Silke Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre, Berlin 1997, S. 48 f.

132 Die Ziffern I–VI waren den territorialen Landesverbänden in den fünf Ländern/Provinzen und Groß-Berlin zugeordnet, mit VII a–d wurden die nichtterritorialen Parteiorganisationen in den einzelnen bewaffneten Organen bezeichnet.

133 Vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 49.

Übersicht 3:

Der SED-Parteiaufbau im MfS im Frühjahr 1953 (ohne militärische Verbände)[134]



Ab 1948 hatte die SED in den Polizeisparten der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI), der Vorgängerin des Ministeriums des Innern, eine neue Parteistruktur eingeführt, die sich erkennbar am Vorbild der sowjetischen Roten Armee orientierte. Die neugegründeten "Politorgane" stellten vom Grundsatz her eine Anpassung des Parteistatuts an die Bedürfnisse bewaffneter Verbände und das militärische Prinzip von Befehl und Gehorsam dar. Die Parteiarbeit in der Polizei wurde nicht von den gewählten Leitungen der einzelnen Parteigliederungen geleitet. Ihnen waren "Polit-Kultur-Leiter" (PK-Leiter) übergeordnet, denen zur Unterstützung sogenannte "Polit-Kultur-Abteilungen" (PK-Abteilungen) unterstellt waren. Anders als die Ersten Sekretäre von Betriebsparteileitungen wurden die PK-Leiter nicht gewählt, sondern auf dem Dienstwege ernannt. Überdies waren sie in die dienstliche Hierarchie eingebaut, indem sie als Erste Stellvertreter der Leiter der jeweiligen Organisationseinheiten in Polizei und DVdI fungierten und deren Befehle und Anweisungen gegenzuzeichnen hatten.[135]

---

134 Der Einbau der Parteihierarchie in die dienstliche Hierarchie über den "Stellvertreter für politische Arbeit" in der Berliner Zentrale des MfS bzw. die "PK-Stellvertreter" in den Bezirksverwaltungen ist hier nicht berücksichtigt.

135 Vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 46–48.

Der Parteiaufbau im MfS wies anfangs eine gewisse Ähnlichkeit mit den Politkulturorganen der DVdI auf: So bestätigte das Politbüro im Oktober 1951 den Ersten Sekretär Otto Walter zusätzlich als Leiter einer Hauptabteilung Politkultur im MfS. In dieser Funktion war Walter gleichzeitig "Stellvertreter des Ministers für politische Arbeit".[136] Bis 1953 erhielten auch die MfS-Bezirksverwaltungen solche Stellvertreter für politische Arbeit oder "PK-Stellvertreter", die ebenfalls Politkulturabteilungen leiteten und gleichzeitig als Erste Sekretäre der Parteiorganisationen in den Bezirksverwaltungen fungierten. Von einem Gegenzeichnungsrecht für Befehle ihrer Vorgesetzten ist bei den Stellvertretern für politische Arbeit, anders als bei den "Politkulturleitern" der DVdI, allerdings nichts bekannt.

Dem Ersten Sekretär der Bezirksparteiorganisation im MfS stand ein Sekretariat zur Seite, das im Sommer 1953 fünf hauptamtlich als Parteifunktionäre arbeitende Mitglieder besaß. Es fungierte als exekutives Organ der Landes- bzw. Bezirksleitung der SED im MfS. Die Bezirksleitung entsprach auf dieser Ebene dem, was auf zentraler Ebene das ZK darstellte. Die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der Bezirksleitung und ihrem Sekretariat auf der einen Seite und der "Hauptabteilung Politkultur" auf der anderen Seite ist nicht exakt zu ermitteln, jedoch ergibt sich der Eindruck, dass ersteres letzterem übergeordnet war. Schließlich besaß die Bezirksparteiorganisation eine Bezirksparteikontrollkommission (BPKK) als oberste Instanz für Parteiverfahren innerhalb des MfS. Auf der Ebene der zur Bezirksparteiorganisation gehörenden Kreisparteiorganisationen, die in der Berliner Zentrale des MfS und seinen Bezirksverwaltungen bestanden, wiederholte sich das organisatorische Schema: In jeder Kreisparteiorganisation gab es eine Kreisleitung und ein Sekretariat, eine Abteilung Politkultur und eine Kreisparteikontrollkommission, darüber hinaus außerdem ein Parteiaktiv.[137]

Kurz nach dem Aufstand am 17. Juni 1953 ließ Ulbricht das Ministerium für Staatssicherheit zum Staatssekretariat im Innenministerium hinunterstufen und den ersten Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, absetzen. Er beschuldigte ihn, gemeinsam mit dem Chefredakteur des Parteiorgans "Neues Deutschland", Rudolf Herrnstadt, eine parteifeindliche Fraktion gebildet zu haben mit dem Ziel, den Generalsekretär zu stürzen. Auf dem 15. ZK-Plenum im Juli 1953 warf er Zaisser vor, im MfS "Tendenzen der Überheblichkeit gegenüber der Partei" gefördert zu haben – ein im kommunistischen Politikverständnis extrem schwerer Vorwurf. Der Minister habe die Staatssicherheit so geführt, dass sie "faktisch von der Parteiführung isoliert" worden sei.[138] Auch die SED-Parteiorganisation im MfS geriet in die Kritik. Als wesentliche

---

136 Protokoll der Politbürositzung vom 30.10.1951; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2/173, Bl. 18; Befehl Nr. 60/51 des Ministers vom 3.11.1951; BStU, ZA, HA KuSch, Kaderakte Otto Walter, KS 25/84, Bl. 28.

137 Vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 51 f. Parteiaktive gab es auf verschiedenen hierarchischen Ebenen der SED. In ihnen wurden, ausgewählt von den jeweiligen Parteileitungen, engagierte Parteimitglieder, Parteifunktionäre und wichtige Staats- und Wirtschaftsfunktionäre zusammengefasst; vgl. Neugebauer: Partei und Staatsapparat, S. 31–33.

138 Walter Ulbricht: Die gegenwärtige Lage und der neue Kurs der Partei (2. Teil). Referat auf dem 15. ZK-Plenum vom 24.–26.7.1953 (künftig: Ulbricht: Referat auf dem 15. ZK-Plenum); SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/119, Bl. 92–141, hier Bl. 102 f. und 109. Vgl. auch: Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei. Ent-

Ursache für das Versagen der Staatssicherheit am 17. Juni 1953 diagnostizierte Ulbricht, dass "die Parteiorganisation im Ministerium für Staatssicherheit sich in einem ideologisch und organisatorisch vernachlässigten Zustand" befinde. Die Leitung des MfS habe die Parteiarbeit im MfS gehemmt und als "nebensächliche Angelegenheit" behandelt.[139] Bezeichnenderweise behauptete Ulbricht, dass die Parteiorgane im MfS vom Zentralkomitee "unabhängig" gewesen seien.[140] In der Entschließung des Plenums wurde schließlich auch die organisatorische Unabhängigkeit der SED im MfS von den territorialen Bezirks- und Kreisparteiorganisationen mit ihrer unzulänglichen Arbeit in Zusammenhang gebracht.[141]

Tatsächlich waren die Anleitungsstrukturen seitens des regulären Parteiapparates bis zu dieser Zeit nur rudimentär ausgebildet. Dies wird jedoch weniger auf eine Obstruktionshaltung Zaissers als auf die Dominanz der sowjetischen Besatzungsmacht im Apparat der Staatssicherheit Anfang der fünfziger Jahre zurückzuführen sein. Für Ulbricht war die angebliche "Fraktionstätigkeit" Zaissers der Anlass, mit der Sicherheitskommission des Politbüros und der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen Einrichtungen zu schaffen, über welche die Parteiführung ihren Staatssicherheitsdienst künftig intensiver kontrollieren sollte.[142] Unter Beteiligung der sowjetischen Besatzungsmacht[143] beschloss die SED-Parteiführung in diesem Zusammenhang auch eine Umstrukturierung der Betriebsparteiorganisation im nunmehrigen SfS.[144] Sie enthielt vor allem zwei wesentliche Elemente: Das Politbüro hob die Ämter der "Stellvertreter für politische Arbeit" bzw. "PK-Stellvertreter" ersatzlos auf und befreite damit die Parteiorganisation aus ihrer Einbindung in die dienstliche Hierarchie und dienstliche Unterstellungsverhältnisse. Gleichzeitig wurden die Bezirksleitung VII c aufgelöst, die bis dahin alle Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes umfassende Parteiorganisation dezentralisiert und die Parteigliederungen der SfS-Bezirksverwaltungen und -Kreisdienststellen den territorialen Parteileitungen unterstellt. Sämtliche Anleihen an den Parteiaufbau in militärischen und Polizeiverbänden waren damit getilgt,

---

schließung der 15. Tagung des ZK; Anlage Nr. 2 zum Protokoll des 15. ZK-Plenums; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/121, Bl. 81–112, hier 87 und 105.

139 Ulbricht: Referat auf dem 15. ZK-Plenum; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/119, Bl. 92–141, hier 102.

140 Ebenda, Bl. 109.

141 Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei. Entschließung des 15. ZK-Plenums; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/121, Bl. 81–112, hier 105.

142 Vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 34–36.

143 Vgl. ebenda, S. 58–61; Roger Engelmann: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959. In: Siegfried Suckut und Walter Süß (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 51–72, hier 55–58.

144 Beschluß des Politbüros [zur Durchführung des Beschlusses des Politbüros vom 18.7.1953 zur Eingliederung der Staatssicherheit in das Ministerium des Innern] vom 23.9.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, S. 10, ohne Blattzählung; "Vorlage an das Politbüro betr. Parteiaufbau im SfS". In: Vorlage der Abteilung für Sicherheitsfragen an das Politbüro vom 11.2.1954 betr. "Bestätigung der neuen Politstatute für die verschiedenen Zweige der Volkspolizei". Anlage zum Protokoll der Politbürositzung am 23.2.1954 (Arbeitsprotokoll); SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/336, ohne Blattzählung. Zum Beschluß siehe Reinschriftprotokoll; ebenda, J IV 2/2/349, Bl. 6; "Vorläufige Bestimmungen über den Parteiaufbau im Staatssekretariat für Staatssicherheit", ohne Datum [1954], mit einer Bestimmung der Aufgaben der Parteiorganisation, die in der Politbürovorlage fehlt (künftig: Vorläufige Bestimmungen 1954); BStU, ZA, DSt 102102, o. Pag.

die SED im SfS ähnelte in ihrem Aufbau künftig eher den Betriebsparteiorganisationen in großen Produktionsbetrieben. Die so entstandene Organisationsstruktur entsprach im wesentlichen jener bereits für das Jahr 1989 beschriebenen. Neuere Bestimmungen zum Parteiaufbau, die das Sekretariat des ZK in den Jahren 1968[145] und 1980 beschloss, enthielten Präzisierungen, aber keine wichtigen Neuerungen.

Mit der Auflösung der Bezirksleitung schied ihr bisheriger Erster Sekretär, Otto Walter, aus der Parteiarbeit aus, blieb aber einer der Stellvertreter des Staatssicherheitschefs, nunmehr mit der Verantwortung für die Linien Verwaltung und Wirtschaft, Finanzen und Allgemeines. In den Bezirksverwaltungen wurden bis Mitte 1954 die 14 namentlich bekannten der 16 "PK-Stellvertreter" bzw. Ersten Sekretäre in den SfS-Bezirksverwaltungen ausgewechselt. Die Mehrzahl von ihnen blieb im Staatssicherheitsdienst und besetzte weiterhin höhere oder mittlere Leitungsfunktionen, so dass von einer regelrechten Säuberung nicht gesprochen werden kann, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass die Fluktuation in der Staatssicherheit in den fünfziger Jahren generell hoch war.[146]

3.1.2 Die Kreisparteiorganisation im MfS Berlin

Mit der Auflösung der Bezirksleitung VII c verloren die SED-Organisationen im SfS ihr gemeinsames Dach. Die größte der nunmehr weitgehend unverbunden nebeneinanderstehenden Parteigliederungen in den Dienststellen des Staatssicherheitsdienstes war die Kreisparteiorganisation VII c/1 in seiner Berliner Zentrale.[147] Im Herbst 1953 organisierte sie über ein Fünftel, nämlich 1.737 von insgesamt 8.138 SED-Mitgliedern und Kandidaten im SfS.[148] Die nächst kleinere Gliederung, die die Mitglieder und Kandidaten in der SfS-Bezirksverwaltung Halle und bis zum November 1953 auch der zugehörigen Kreisdienststellen umfasste, war mit 667 Personen weniger als halb so stark.[149] Durch den Wegfall der Bezirksleitung VII c gewann die ihr bislang an Bedeutung nachgeordnete Kreisleitung VII c/1 im SfS Berlin an Gewicht. Jetzt waren es ihre Vertreter und nicht mehr diejenigen der Bezirksleitung, die von allen Parteigliederungen im SfS den engsten Kontakt zum ZK und zur Leitung des Staatssicherheitsdienstes besaßen. Außerdem nahm die Kreisleitung in einigen wenigen Bereichen gegenüber den SED-Organisationen in Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen auch Funktio-

---

145 "Beschluß des Sekretariats des ZK vom 18.12.1968 über den Parteiaufbau in den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit" (künftig: Parteiaufbau Staatssicherheit 1968). In: Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK vom 18.12.1968; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/1481, Bl. 3 und 34–40.

146 Vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 64–67.

147 Nur der der Staatssicherheit angegliederte Sonderbereich Transportpolizei organisierte noch mehr Mitglieder und Kandidaten der SED, nämlich 2.788 am 30.9.1953; vgl. den II. Berichtsbogen zur Organisationsstatistik der Kreisleitung VII c/20 [= Parteiorganisation der Transportpolizei] vom entsprechenden Datum; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/5/1625, Bl. 259 f.

148 SED-Bezirksleitung VII c [im SfS] am 30.9.1953: II. Berichtsbogen zur Organisationsstatistik; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/1625, Bl. 9 f.; SED-Kreisleitung VII c/1 im SfS Berlin am 30.9.1953; ebenda, Bl. 21 f.

149 SED-Kreisleitung VII c/4 [in der BV Halle] vom 30.9.1953: II. Berichtsbogen zur Organisationsstatistik, ebenda, Bl. 57 f.

nen der aufgelösten Bezirksleitung wahr, nämlich bei der Erfassung der Mitglieder und in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre in der Parteischulung.

Der Erste Sekretär der Kreisleitung im MfS Berlin wurde ebenso ausgewechselt wie seine Amtskollegen in den Bezirksverwaltungen. Auf Oberrat[150] Isolde Sobeck, die das Amt ab Herbst 1952 kommissarisch ausgeübt hatte, folgte im Dezember 1953 Major[151] Hermann Steudner, der frühere "PK-Stellvertreter" und Erste Sekretär der Kreisparteiorganisation in der MfS-Bezirksverwaltung Gera. Er wurde im April 1956 durch Oberst Alfred Schönherr abgelöst, der im April 1957 stürzte, weil er in die Auseinandersetzung zwischen dem Minister für Staatssicherheit Ernst Wollweber und Walter Ulbricht geriet.[152] Ab Ende der fünfziger Jahre war die personelle Entwicklung an der Spitze der SED-Kreisleitung durch Kontinuität geprägt. Schönherrs Nachfolger, Oberst[153] Gerhard Heidenreich, führte die SED im MfS Berlin über 20 Jahre lang, bis 1979. Lediglich von April 1965 bis August 1966, als er die Parteihochschule der KPdSU in Moskau besuchte, vertrat ihn der erste Sekretär der Parteiorganisation der Hauptabteilung Personenschutz (HA PS), Oberstleutnant Joachim Hauck.

Heidenreich, geboren 1916, dürfte ein ausgesprochener Mann Ulbrichts gewesen sein. Anfang der fünfziger Jahre war er ein Jahr lang als stellvertretender Leiter der Abteilung Kader im ZK der SED, danach als Stellvertreter "für Organisationsfragen" des Leiters im "Außenpolitischen Nachrichtendienst" (APN) bzw. dessen Nachfolgeinstitution HV A tätig gewesen. Bereits seit 1950 war er Kandidat des ZK, besaß also ein anderes politisches Gewicht als seine Vorgänger Steudner und Schönherr. 1963 stieg er zum Mitglied des ZK auf. Auch Generalmajor Horst Felber, der ihn 1979 als Ersten Sekretär der Kreisleitung ablöste und bis 1989 im Amt blieb, gehörte ab 1981 dem ZK an. Der 1929 geborene Felber hatte es bis zum Abteilungsleiter in der HA II gebracht, bevor er 1970 in die Position eines Zweiten Sekretärs der Kreisleitung wechselte.

Die Organisationsgeschichte der SED-Parteiorganisationen im Staatssicherheitsdienst verlief ab 1954 in ruhigeren Bahnen: Der Parteiaufbau im SfS/MfS Berlin orientierte sich an den Richtlinien für den Aufbau der territorialen Bezirks- und Kreisleitungen: Beispielsweise stand wie bei den territorialen Parteileitungen auch im SfS/MfS Berlin von 1954 bis 1964 kein Sekretariat, sondern ein Büro an der Spitze der Kreisparteiorganisation.[154] Die Größe der gewählten Gre-

---

150 Ab 1953 Oberstleutnant.

151 Ab 1954 Oberstleutnant.

152 Ernst Wollweber: Aus Erinnerungen. Ein Porträt Walter Ulbrichts, dokumentiert von Wilfriede Otto. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32 (1990), S. 350–378, hier 369; vgl. auch Roger Engelmann, Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57 (BF informiert, 1/1995), BStU, Berlin 1995.

153 Ab 1970 Generalmajor.

154 Vgl. Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, beschlossen auf dem IV. Parteitag am 30.3.–6.4.1954 (künftig: Statut der SED 1954), hier Abschnitte 53 und 58. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. V, Berlin (Ost) 1956, S. 90–115, hier 106–108; Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 19.1.1963 (künftig: Statut der SED 1963), Abschnitt 52. In: ebenda, Bd. IX, Berlin (Ost) 1965, S. 295–323, hier 315; Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am

mien entsprach zunächst derjenigen einer territorialen Kreisleitung. 1954 gehörten der SED-Kreisleitung im SfS Berlin 38 Mitglieder und Kandidaten an,[155] während die durchschnittliche Größe für territoriale Kreis- oder Stadtleitungen bei 35 bis 45 Leitungsmitgliedern lag.[156] Später orientierte sich ihre Größe an derjenigen einer kleineren Bezirksleitung: 1986 hatte sie 75 Mitglieder und 15 Kandidaten.[157]

Der personelle und organisatorische Ausbau des SfS/MfS führte zu einer ständigen Vermehrung der Organisationseinheiten der Partei und einer stärkeren vertikalen Untergliederung. So stieg etwa die Anzahl der Grundorganisationen im SfS/MfS Berlin von 64 im Jahre 1955 über 157 im Jahre 1971 und 229 im Jahr 1980 auf schließlich 263 im Jahr 1985.[158] Gleichzeitig wurde die Unterteilung der Grundorganisationen in Abteilungsparteiorganisationen und Parteigruppen immer weiter vorangetrieben. Wo dies nicht ausreichte, wandelten sich große Grundorganisationen in sogenannte "Parteiorganisationen" der Diensteinheiten um, die sich wiederum aus Grundorganisationen, Abteilungsparteiorganisationen und Parteigruppen zusammensetzten. Mit der zunehmenden inneren Differenzierung erwiesen sich die aus den fünfziger Jahren stammenden Bezeichnungen der Partei- und Grundorganisationen als unpraktikabel. 1969 ordnete das Sekretariat der Kreisleitung den inneren Aufbau der Kreisparteiorganisation neu: Die einzelnen Partei- und Grundorganisationen trugen künftig den Namen der Diensteinheit, deren Mitarbeiter sie organisierten.[159] Das Jahr 1971 brachte einen Wechsel in der Benennung aller Parteiorganisationen im MfS: Bis dahin waren die Parteiorganisationen im SfS/MfS Berlin und den SfS/MfS-Bezirksverwaltungen als Parteiorganisationen VII c/1 bis VII c/20 bezeichnet worden. Nunmehr wurden sie mit den Numerierungen 18-00 bis 18-18 belegt.[160]

15.7.1954; BStU, ZA, KL-SED 631, Bl. 37–46, hier 46; Protokoll der Sitzung des Sekretariats der Kreisleitung am 10.3.1964, S. 7; BStU, ZA, KL-SED 673, o. Pag., unerschlossenes Material.

155 "Protokoll Nr. 1 der Sitzung der Wahlkommission [...]" der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im SfS Berlin am 6./7.3.1954; BStU, ZA, KL-SED 815, Bl. 18–20, hier 19 f.

156 Direktive des Zentralkomitees der SED über die Wahlen der Delegierten zum IV. Parteitag und die Neuwahlen der leitenden Parteiorgane (Beschluß der 16. Tagung des ZK vom 17. bis 19.9.1953). In: Neuer Weg (1953), Nr. 18, S. 8.

157 SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 15.2.1986: "Wahlprotokoll der Wahlkommission der 18. Delegiertenkonferenz", S. 2–5; BStU, ZA, KL-SED 637, o. Pag., unerschlossenes Material; Henkel: Staatspartei, S. 28; vgl. auch Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 12.2.1974, wo die Größe der Sekretariate der Bezirksleitungen ausdrücklich als Bezugsgröße für das Sekretariat der Kreisleitung im MfS Berlin erwähnt wird; BStU, ZA, SdM 1039, Bl. 250–253, hier 251.

158 Jeweils ohne die Grundorganisationen des Wachregiments und der HV A gerechnet. Büro der SED-Kreisleitung im SfS Berlin vom 25.4.1955: "Bericht über die Auswertung der Berichtswahlversammlungen in den Grundorganisationen der Kreisleitung VII c/1"; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 4–21, hier 20; Statistik IV. Quartal 1971, ohne Titel, ohne Autor, ohne Datum; BStU, ZA, KL-SED 923, Bl. 1037; Statistik Oktober 1980, ohne Titel, ohne Autor, ohne Datum; ebenda, Bl. 4; "Versammlungen/Teilnahme IV. Quartal 1985", ohne Autor, ohne Datum; ebenda, Bl. 124. Die Jahre 1971 bis 1985 umfassen die Zahlen der GO mit APO.

159 Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 14.1.1969; BStU, ZA, KL-SED 146, Bl. 292 f.; Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung am 28.1.1969; ebenda, Bl. 238–245, hier 245; SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 24.3.1969: "Sekretariatsvorlage. Vorläufige Termine der Delegiertenkonferenzen der Partei- und Grundorganisationen"; ebenda, Bl. 186 f.

160 Hausmitteilung der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen an Honecker vom 4.5.1970; SAPMO-BA, DY 30, IV A 2/12/128, o. Pag.

Die Neuorganisation der Betriebsparteiorganisation im Jahre 1954 hatte zwar die strukturelle Verknüpfung zwischen Parteihierarchie und dienstlicher Hierarchie beseitigt, dafür wurden in der Folgezeit die personellen Verbindungen stärker ausgebaut. Ab 1954 nahm der Erste Sekretär der Kreisleitung an den Sitzungen des Kollegiums, des obersten dienstlichen Beratungsgremiums, teil.[161] Außerdem war er bei deren Besprechungen mit den Leitern der Bezirksverwaltungen anwesend.[162] In den Bezirksverwaltungen bürgerte sich die Teilnahme des Parteisekretärs an den Besprechungen der leitenden Mitarbeiter in den fünfziger Jahren ebenfalls ein.[163] Im Gegenzug war die dienstlichen Leitung in den wichtigen Parteigremien repräsentiert: Dem Büro bzw. Sekretariat der Kreisleitung gehörten zwischen 1952 und 1989 immer ein bis zwei Stellvertreter des Ministers an.[164] In der Kreisleitung waren bereits 1955 alle Hauptabteilungsleiter mit Ausnahme von Oberst Franz Gold, dem Leiter der Hauptabteilung Personenschutz, vertreten sowie drei der Stellvertreter Wollwebers, nämlich Generalleutnant Erich Mielke, Generalmajor Otto Last und Generalmajor Martin Weikert.[165] Auch 1967 war die Führungsebene in der 75köpfigen Kreisleitung mit zehn Hauptabteilungsleitern oder deren Stellvertreter, dem Kommandeur des Wachregiments und seinem Stellvertreter, dem Rektor der JHS, zwei stellvertretenden Ministern und dem Minister selbst üppig repräsentiert.[166] Auf der Ebene der Grundorganisationen setzte sich allmählich ebenfalls der Grundsatz durch, dass entweder der Leiter einer Hauptabteilung bzw. Abteilung oder sein Stellvertreter in die entsprechende Parteileitung gewählt wurde. Die Teilidentität von dienstlichen und Parteileitungsgremien prägte die Parteiarbeit bis 1989. Sie erleichterte die Abstimmung zwischen beiden Hierarchien und verhinderte Konflikte, ermöglichte es aber vor allem der dienstlichen MfS-Leitung, unerwünschte Parteiinitiativen im Keim zu ersticken.

3.1.3 Parteimitglieder und Funktionäre

Von Anfang an hatte es im MfS nur wenige Mitarbeiter gegeben, die nicht der SED angehörten. So erklärte Zaisser bereits im Juni 1952, dass "wir uns in einer Lage befinden, die eine Selten-

---

161 Vgl. Geschäftsordnung für das Kollegium des SfS, bestätigt von der Sicherheitskommission am 6.7.1954; BStU, ZA, SdM 1574; Bl. 3–6, hier 4.

162 Dienstordnung des SfS vom 17.9.1954, S.18; BStU, ZA, DSt 100935.

163 Vgl. Referat vor Mitarbeitern der Abteilungen für Sicherheitsfragen der territorialen Bezirksleitungen vom 4.12.1954, ohne Autor; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/101, Bl. 27–45, hier 32; Abteilung für Sicherheitsfragen, Sektor MfS vom 19.2.1957: Bericht "über den Instrukteureinsatz in der Bezirksverwaltung des MfS Frankfurt (Oder)"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115, Bl. 114–138, hier 117; Abteilung für Sicherheitsfragen, Sektor MfS vom 30.4.1957: Bericht "über den Instrukteureinsatz in der Bezirksverwaltung des MfS Rostock"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115, Bl. 182–205, hier 185.

164 Von 1952 bis 1957 war Otto Last, von 1955 bis mindestens 1979 Bruno Beater, von 1958 bis 1963 Otto Walter, von 1975 bis 1989 Rudi Mittig und in der ersten Hälfte der 80er Jahre kurze Zeit auch einmal Gerhard Neiber als Stellvertreter des Ministers im Büro bzw. Sekretariat vertreten.

165 Protokoll der Sitzung der SED-Kreisleitung im SfS Berlin am 28.1.1955, Redebeitrag Ernst Wollweber; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 667 f., hier 667.

166 "[...] Kreisleitung" vom 8.3.1967, ohne Autor, Titel unvollständig, mit handschriftlichem Vermerk "Sekretariat am 9.3.1968 bestätigt"; BStU, ZA, KL-SED 673, o. Pag., unerschlossenes Material; "Wahlprotokoll der Sitzung der Wahlkommission", Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 19.3.1967; BStU, ZA, KL-SED 933/1, Bl. 72–76, hier 72–74.

heit ist. Bei uns ist die Zahl der Belegschaftsmitglieder und die Zahl der Parteimitglieder gleich. [...] Ich rede nicht von den paar Ausnahmen, die evt. bestehen in bezug auf techn[ische] Kräfte oder diejenigen, die das Alter zum Eintritt in die Partei noch nicht erreicht haben." Diese, so Zaisser in einer Anmerkung, die ein Schlaglicht auf das Selbstverständnis des MfS wirft, seien "sozusagen Parteimitglieder ohne Buch".[167] Im Jahr 1953 waren etwa 92 Prozent,[168] 1959 und 1961 93 Prozent[169] aller MfS-Mitarbeiter SED-Mitglieder oder -Kandidaten. Im Vergleich zur volkseigenen Wirtschaft, wo Ende 1955 lediglich 15,6 Prozent aller Beschäftigten der Staatspartei angehörten,[170] lag dieser Anteil außerordentlich hoch. Ähnlich stark vertreten wie im MfS waren die SED-Mitglieder und -Kandidaten sonst nur noch in wenigen, ebenso unmittelbar an der Herrschaftssicherung beteiligten Funktionärsgruppen. Beispielsweise soll das Offizierskorps der NVA 1956 zu 99,2 Prozent aus Parteimitgliedern bestanden haben, allerdings waren nur 48,2 Prozent aller Unteroffiziere und 7,2 Prozent aller Soldaten in der Staatspartei organisiert.[171] Auch die Staatsanwälte der DDR waren 1951 bereits zu 89 Prozent SED-Angehörige, unter den Richtern lag der Anteil der Parteimitglieder bei 63 Prozent.[172]

Die Werte für die Jahre ab 1971 signalisieren etwas niedrigere Parteizugehörigkeitsanteile als die Angaben für die frühen Jahre. Das ergibt sich unter anderem daraus, dass für diese Jahre auch das Wachregiment "Feliks Dzierzynski" in die Statistik einbezogen wurde. Im MfS konnten Wehrpflichtige eine verlängerte dreijährige Wehrpflicht ableisten. Die kaderpolitischen Anforderungen an solche "Soldaten bzw. Unteroffiziere auf Zeit" waren geringer als an die übrigen MfS-Kader, deshalb befanden sich unter ihnen relativ viele Parteilose.[173] Die Zeitsoldaten verteilten sich auf mehrere Diensteinheiten des MfS, konzentrierten sich aber in besonders hohem Maße im Wachregiment, das 1971 lediglich zu 68 Prozent, 1977 sogar nur noch zu 47 und 1981 zu 48 Prozent aus SED-Mitgliedern und Kandidaten bestand.[174] Einen relativ hohen Anteil von Parteilosen dürften ferner die Zivilbeschäftigten im MfS gehabt haben, da an sie ebenfalls weniger strenge kaderpolitische Anforderungen gestellt wurden.[175] Schließlich mussten junge neu-

---

167 Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, erster Redebeitrag Wilhelm Zaisser; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 504–514, hier 504.

168 Ausgenommen die dem MfS unterstellten militärischen und militärähnlichen Verbände; Jens Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90. In: Hans Ehlert, Torsten Diedrich, Rüdiger Wenzke (Hg.): Im Dienste der Partei. Die bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998 (in Vorbereitung).

169 Ausgenommen das Wachregiment; Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), S. 51.

170 Erich Woitinas und Walter Geder: Die Entwicklung des Parteiaufbaus und der Organisationsstruktur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom IV. bis VI. Parteitag (1954–1963), maschinenschriftliches Manuskript, Berlin 1970, S. 14 f.

171 Forster: NVA, S. 196.

172 Vgl. Heike Amos: Justizverwaltung in der SBZ/DDR. Personalpolitik 1945 bis Anfang der 50er Jahre, Köln u. a. 1996, S. 178.

173 Vgl. Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), S. 28; Gieseke: Ministerium (in Vorbereitung).

174 1971 waren 5.401 von 7.980 Angehörigen des Wachregiments in der SED organisiert, 1977 4.572 von 9.683, 1981 5.101 von 10.539; Personalzahlen bei Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), S. 100 f.; Anzahl Parteimitglieder und Kandidaten nach: Statistik für das IV. Quartal 1971, ohne Titel, ohne Autor, ohne Datum; BStU, ZA, KL-SED 923, Bl. 1037; Abschlußbericht zum Änderungsdienst 1977, ohne Autor, ohne Datum; ebenda, Bl. 488 f.; SED-Kreisleitung im MfS Berlin, ohne Datum: "Quittungsliste Abschlußbericht Änderungsdienst 1981"; ebenda, Bl. 566 f.

175 Vgl. Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), S. 29.

geworbene Berufsoffiziere, soweit sie noch kein SED-Parteibuch besaßen, im allgemeinen erst ein Jahr im MfS arbeiten, bevor sie als Kandidaten in die Partei aufgenommen wurden.[176]

Tabelle 1: Die Anzahl der SED-Mitglieder und -Kandidaten im MfS[177] und ihr prozentualer Anteil an den MfS-Angehörigen[178]

	1953	1959 (ohne WR)	1961 (ohne WR)	1971	1975	1981	1987
absolut	8.138	15.458	17.851	39.270	45.377	61.653	73.996
relativ %	k. A.	93.0	93,3	86,2	76,2	78,5	81,7

Eine Vielzahl haupt- und ehrenamtlicher SED-Funktionäre hielt im MfS die Parteiarbeit in Gang. Die hauptamtlichen Parteiarbeiter waren zum großen Teil in den Apparaten der SED-Kreisleitung im MfS Berlin sowie der SED-Parteiorganisationen in den Bezirksverwaltungen beschäftigt. Bei den statistischen Angaben zu deren personeller Größe muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Zahlenwerte immer auch die Mitarbeiter der Apparate der Massenorganisationen mit einbeziehen, weil sie dienstrechtlich zu den Parteiapparaten gehörten. 1953 besaß die "Hauptabteilung Politkultur" im MfS Berlin knapp über 45,[179] die "Abteilungen Politkultur" in Bezirksverwaltungen jeweils zwischen 5 und 11 Mitarbeiter, den "PK-Stellvertreter" bzw. Ersten Sekretär mit eingerechnet.[180] Alles in allem dürften zu jener Zeit um die 170 MfS-Angehörige als "Politkulturmitarbeiter" beschäftigt gewesen sein. Bei der Umstrukturierung 1953 ging die "Hauptabteilung Politkultur" in den Apparat der SED-Kreisleitung und der Massenorganisationen im MfS Berlin über, allerdings nicht ohne einen beträchtlichen personellen Aderlass. 1954 waren dort lediglich 25 Mitarbeiter beschäftigt, bis 1989 wuchs die Mitarbeiter-

---

176 Einige Bemerkungen zur Kandidatenarbeit innerhalb der Partei" vom 12.4.1983, ohne Autor; KL-SED 934, Bl. 111–117, hier 113; vgl. auch Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), S. 51.

177 Bezirksleitung VII c im MfS vom 30.9.1953: "II. Berichtsbogen zu Organisationsstatistik"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/5/1625, Bl. 9 mit Rückseite. Die getrennt ausgewiesenen Werte für Mitglieder und Kandidaten wurden zusammengerechnet; "Statistischer Quartalsbericht, Bezirk VII c, nach dem Stand vom 31.12.1959"; BStU, ZA, KL-SED 421, Bl. 1125; "Statistischer Bericht zum Jahresende 1961, Bezirk VII c", Stand: 31.12.1961. Für die Jahre 1959 und 1961 wurden von den angegebenen Werten die Anzahl der Mitglieder und Kandidaten im Wachregiment subtrahiert (1959: 1.515, 1961: 2.627); "Statistische Jahresberichte über die Zusammensetzung der Parteiorganisation, Bezirk VII/L" (Wachregiment) zum 31.12.1959; BStU, ZA, KL-SED 421, Bl. 1673; "Statistischer Bericht zum Jahresende 1961, Kreis VII/L" (Wachregiment), Stand 31.12.1961; BStU, ZA, KL-SED 419, Bl. 1431; für die Jahre ab 1971 siehe Statistik für das IV. Quartal 1971, ohne Titel, ohne Autor, ohne Datum; BStU, ZA, KL-SED 923, Bl. 1037; Änderungsmeldungen zu den Personalangaben vom 4.11.1975, 2.11.1981, 4.11.1987; BStU, ZA, KL-SED 923, Bl. 293, 569, 749.

178 Errechnet auf der Basis der angegebenen Mitarbeiterzahlen (bis 1962 ohne Wachregiment, 1987 einschließlich HIM) bei Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), S. 99–101.

179 Vgl. Befehl 97/53 des Ministers vom 4.3.1953 über die Verleihung militärischer Dienstgrade an die MfS-Mitarbeiter (künftig: Befehl 97/53 vom 4.3.1953); BStU, ZA, HA KuSch 1358, Bl. 103–467; hier 105, 109, 143 f. 40 Mitarbeiter lassen sich sicher zuweisen; bei weiteren 6 hochrangigen Mitarbeitern (Günther Becher, Gerhard Stauch, Günther Frost, Joachim Hauck, Karl Früholz, Otto Walter) erfolgte die Zuweisung auf Grund ihrer Kaderkarteikarten (KKK); alle BStU, ZA.

180 Vgl. Befehl 97/53 vom 4.3.1953, Bl. 198, 200, 210 f., 223 f., 234, 236, 252 f., 261 f., 270, 272, 314, 316, 331, 333, 353 f., 366, 368, 380 f., 391, 393, 421, 423, 441 f. und 457 f.

zahl kontinuierlich auf 159 an.[181] Die "Abteilungen Politkultur" in den Bezirksverwaltungen dürften sich 1953 in die Apparate der SED-Parteiorganisationen in den Bezirksverwaltungen verwandelt haben. Sie kamen bis 1989 nicht wesentlich über ihre bereits 1953 erlangte Größe hinaus.

Tabelle 2: Entwicklung der Mitarbeiterzahl der Apparate der Partei (einschließlich der Massenorganisationen) im MfS Berlin und in ausgewählten Bezirksverwaltungen[182]

Apparat	1954	1960	1972	1980	1989
KL-SED im MfS Berlin	25	38	67	99	159
ZPL in der BV Cottbus	k. A.	k. A.	5	5	6
ZPL in der BV Potsdam	k. A.	k. A.	7	16	13
ZPL in der BV Rostock	k. A.	k. A.	11	10	11

Hauptamtliche Parteifunktionäre gab es auch außerhalb der Apparate der SED-Kreisleitung im MfS Berlin und der Zentralen Parteileitungen in den Bezirksverwaltungen. Diese gehörten dienstrechtlich zu den einzelnen Diensteinheiten der Berliner Staatssicherheitszentrale und waren in den dortigen SED-Gliederungen tätig. Anfangs bildeten sie eine Ausnahme. So legten die "vorläufigen Bestimmungen" zum Parteiaufbau im SfS 1954 fest, dass die Sekretäre der Grundorganisationen in den Diensteinheiten ihre Tätigkeit ehrenamtlich zu verrichten hätten. Lediglich die Sekretäre der Grundorganisation in der Hauptabteilung Personenschutz (HA PS) sowie der Parteiorganisation an den SfS-Fachschulen sollten hauptamtlich beschäftigt sein.[183] Als sich die SED-Gliederungen in den Diensteinheiten vergrößerten, wurden auch vermehrt hauptamtliche Parteisekretäre eingesetzt. 1989 dürften alle "Parteiorganisationen" und zumindest die größeren Grundorganisationen in den Diensteinheiten hauptamtliche Erste Sekretäre besessen haben. Eine Reihe der SED-Gliederungen unterhielten auf Diensteinheitenebene sogar einen eigenen Apparat. Meist besaß er kaum eine Handvoll Mitarbeiter. In großen Hauptabteilungen konnte er aber die Parteiapparate in den Bezirksverwaltungen an Personalstärke übertreffen: Der Apparat der Parteiorganisation in der HA PS hatte 1989 etwa 23 Mitarbeiter, die SED-Gliederung der HA III besaß 14 und diejenige der HA I 13 Planstellen.[184] Zumindest in der Hauptabteilung I[185] gab es auch hauptamtliche Sekretäre auf der Ebene der unselbständigen Abteilungen.

---

[181] Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), Mitarbeiterstatistik der Diensteinheiten des MfS Berlin 1954–1989, hintere Umschlagklappe.

[182] Für den Apparat der SED-Kreisleitung vgl. ebenda; für die Apparate der ZPL in den BV siehe Kaderbestandsmeldungen für das MfS vom 27./31.12.1972, 31.12.1980 sowie Oktober 1989; BStU, ZA, HA KuSch, Abt. Plg. 9 (3) und 10 (3), o. Pag., unerschlossenes Material.

[183] Vgl. "Vorläufige Bestimmungen über den Parteiaufbau im Staatssekretariat für Staatssicherheit" aufgrund des Politbürobeschlusses vom 23.2.1954, ohne Autor, ohne Datum, S. 4 und 10; BStU, ZA, DSt 102102. Hauptamtlich tätig waren außerdem die "Politstellvertreter" in den militärischen Verbänden des SfS/MfS und in seinen Sonderbereichen HA I und der späteren HV A.

[184] Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, S. 152, 290 und 217. In den Planstellenzahlen sind auch eventuelle Stellen für hauptamtliche FDJ-Funktionäre enthalten.

[185] Ebenda, S. 217. Die Stellen der 5 GO-Sekretäre sind in der genannten Zahl von 13 Planstellen für den gesamten Apparat der Parteiorganisation enthalten.

Neben den hauptamtlichen Parteifunktionären agierten im MfS unzählige ehrenamtliche Parteiarbeiter. Nur mit ihnen waren die vielfältigen Aktivitäten der SED im MfS zu bewältigen. Daneben dienten die Ehrenämter der Erziehung und der Kontrolle der Mitglieder. Bereits ihre Übernahme war eine Loyalitätsbekundung gegenüber der SED. Die Ausübung der Funktion führte im Idealfall zur stärkeren Identifikation des Mitgliedes mit der Partei, gleichzeitig wurde es auf seine Eignung für spätere hauptamtliche Führungspositionen in Partei oder Staat getestet. Zu den Ehrenämtern zählten unter anderem die Funktionen der Parteigruppenorganisatoren und ihrer Stellvertreter in den SED-Parteigruppen. Im MfS Berlin (einschließlich Wachregiment) existierten 1984 2.004 solcher Gruppen, es waren also allein auf dieser Ebene rund 4.000 Ehrenämter zu vergeben, bei einer Gesamtzahl von 33.051 Mitgliedern und Kandidaten. Dazu kamen 865 Abteilungspartei- und 342 Grundorganisationen,[186] bei denen auf zehn Mitglieder ungefähr ein Leitungsmitglied gekommen sein dürfte.[187] Ferner gab es eine Reihe Ehrenämter ohne Leitungsfunktionen, etwa die Mitarbeit in einer der zahlreichen Kommissionen oder die Tätigkeit als ehrenamtliche Lehrkraft im Parteilehrjahr ("Propagandist"). In welchem Ausmaß MfS-Mitarbeiter als ehrenamtliche Parteifunktionäre tätig waren, lässt die Tatsache erahnen, dass 1985 im "Büro der Leitung" (BdL) von 592 Genossen[188] rund 170, also knapp 29 Prozent, bereits über eine längere Erfahrung in solchen Funktionen verfügten.[189] Es ist daher zu vermuten, dass immer mindestens ein Drittel der Mitgliedschaft gleichzeitig ehrenamtlich aktiv war.

3.1.4 Die Anleitung durch die Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK

Zentrum der Anleitung der Parteiorganisationen im MfS durch den Parteiapparat war ab 1954 die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen mit ihrem Sektor MfS.[190] Bestimmend für die Tätigkeit der Abteilung für Sicherheitsfragen und ihres Sektors MfS war lange Zeit Erich Honecker, der sie zwischen 1956 und 1971 als Sekretär für Sicherheitsfragen anleitete, sich aber auch noch als Generalsekretär intensiv um sie gekümmert zu haben scheint, zumindest in den siebziger Jahren.[191]

---

186 "Statistischer Bericht" für "Kreis 18-01 und 18-00" vom 14.5.1984; BStU, ZA, KL-SED 923, Bl. 99.

187 Vgl. "Wahlordnung des ZK der SED für die Wahlen der leitenden Parteiorgane, für die Wahlen der Delegierten zu den Delegiertenkonferenzen, Parteikonferenzen und zu den Parteitagen. (Beschluß der 15. Tagung des ZK der SED – Oktober 1975)"; BStU, ZA, AKG-Leitung 144, Bl. 25–34, hier 33 f.

188 GO BdL an Abteilung Parteiorgane der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 29.3.1985: "Antrag und Begründung zur Strukturänderung der GO BdL", S. 1; BStU, ZA, KL-SED 582, o. Pag., unerschlossenes Material. Die Zahl errechnet sich aus den Werten für die 8 GO ohne APO und für die einzige GO mit APO.

189 Ebenda, S. 2.

190 Sektorenleiter waren von 1957 bis 1960 Oberst Artur Hofmann, von 1960 bis 1976 Oberstleutnant bzw. Oberst Fritz Renckwitz, von 1976 bis 1987 Oberst bzw. Generalmajor Martin Appelfeller und von 1987 bis 1989 Oberst bzw. Generalmajor Fritz Bengelsdorf. Vgl. zur ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen Süß: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit, S. 8–11; zum Sektor MfS außerdem Kerstin Jackob: Zur Arbeit des Sektors MfS der Abteilung für Sicherheitsfragen im Zentralkomitee der SED in den fünfziger Jahren. In: Zwie-Gespräch 3(1993)11, S. 12–22. Die Unterlagen der Abteilung für Sicherheitsfragen im SAPMO-BA geben vor allem über die fünfziger und sechziger, in begrenztem Maße auch über die siebziger Jahre, Auskunft.

191 Berichte über die Parteiarbeit im MfS gingen in den siebziger Jahren ebenso wie in seinen Jahren als Sekretär für Sicherheitsfragen direkt an Honecker. Außerdem genehmigte er wie früher die Arbeitspläne der Ab-

Wie die anderen Abteilungen hatte die Abteilung für Sicherheitsfragen die Aufgabe, die Durchführung von ZK- und Regierungsbeschlüssen zu kontrollieren, die Kaderarbeit in den von ihr betreuten Institutionen zu überwachen sowie Beschlussvorlagen für die leitenden Parteigremien, in diesem Fall für das Politbüro, das Sekretariat des ZK sowie die Sicherheitskommission bzw. den Nationalen Verteidigungsrat, zu verfassen.[192] Die SED-Parteiarbeit im Ministerium für Staatssicherheit beeinflusste der Sektor MfS auf verschiedene Weise: Erstens bestimmte er deren Rahmenbedingungen mit, indem er federführend die Entwürfe für spezielle normative Bestimmungen gestaltete, die Aufbau und Arbeit der SED im MfS regelten.[193] Zweitens leitete er im Auftrag des Sekretariats des ZK die SED-Kreisparteiorganisation im MfS Berlin an. Drittens wirkte er an der Anleitung der Parteiorganisationen der MfS-Bezirksverwaltungen und -Kreisdienststellen mit, indirekt, indem er die Mitarbeiter für Sicherheitsfragen der Bezirke und Kreise instruierte, und direkt, indem er zumindest in den fünfziger und sechziger Jahren auch Brigadeeinsätze in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen durchführte.

Die Betreuung der SED-Kreisparteiorganisation in der Berliner Staatssicherheitszentrale wurde der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen 1954 anvertraut. Zunächst hat sie sich allerdings nicht sehr intensiv um die Kreisparteiorganisation gekümmert, erst Ende der fünfziger Jahre scheint sie ihre Bemühungen verstärkt zu haben.[194] Die Mitarbeiter ihres Sektors MfS nahmen an Parteiaktivtagungen und Delegiertenkonferenzen sowie spätestens ab 1957 auch an wichtigen Kreisleitungs- und Büro- bzw. Sekretariatssitzungen[195] im MfS Berlin teil. Auch die seit dieser Zeit übliche Anwesenheit des Leiters des Sektors MfS bei den Sitzungen des MfS-Kollegiums dürfte sich auf die Anleitung der Parteiarbeit ausgewirkt haben. Des weiteren erstellte der Sektor MfS der Abteilung für Sicherheitsfragen Berichte über die Parteiveranstaltungen im MfS, in denen er deren Atmosphäre und Qualität beurteilte, und die er dem Sekretär für Sicher-

---

teilung; vgl. z. B. ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen an Honecker vom 15.5.1972: Bericht über die SED-Kreisleitungssitzung im MfS Berlin am 11.5.1972; SAPMO-BA, DY 30, IV B 2/12/126, Bl. 3 f., sowie die Arbeitspläne der Abteilung für Sicherheitsfragen in den siebziger Jahren; SAPMO-BA, DY 30, IV B 2/12/7, passim.

192 "Geschäftsordnung des ZK und seines Apparates". Beschluß des Politbüros vom 15.9.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/323, Bl. 12–25, hier 23; in Auszügen veröffentlicht in: Dierk Hoffmann, Karl-Heinz Schmidt und Peter Skyba (Hg.): Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates. 1949–1961, München, Zürich 1993, S. 184–188, hier 187 f.; vgl. auch Arnold/Modrow: Das große Haus, S.49 f.

193 Vgl. beispielsweise Walter Borning, Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen, an Horst Dohlus, Leiter der Abteilung Parteiorgane, vom 9.10.68, ders. an Heidenreich und an Mielke am 8.10.1968; alle drei Schreiben im Anhang des Schreibens der Hausmitteilung der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen an Honecker vom 15.11.68 zum Entwurf eines neuen Beschlusses über den Parteiaufbau in den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit; SAPMO-BA, DY 30, IV A 2/12/128, o. Pag.

194 Vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 75 f.

195 Die Protokolle des Sekretariats der Kreisleitung sind erst ab Herbst 1957 überliefert. Im November 1957 ist erstmals eine Teilnahme von Artur Hofmann, dem Leiter des Sektors MfS, verzeichnet; Protokoll der Sitzung des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 11.11.1957; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 163–176.

heitsfragen übersandte.[196] Berichte der SED-Kreisleitung versah er mit einem Kommentar, bevor er sie an höhere Stelle weiterreichte.[197]

Schließlich leitete die Abteilung die Parteiorganisationen im MfS über Brigadeeinsätze an, bei denen die Instrukteure die Parteiarbeit vor Ort kontrollierten. Für das MfS Berlin sind solche Einsätze bisher vor allem für die siebziger Jahre belegbar, vereinzelt scheint es sie aber bereits in den fünfziger Jahren gegeben zu haben.[198] Meist galten sie einzelnen Partei- oder Grundorganisationen in den Diensteinheiten.[199] Nur ein einziges Mal, nämlich um die Jahreswende 1968/69, stand nach bisherigem Kenntnisstand die Kreisleitung der SED im MfS Berlin selbst auf dem Prüfstand.[200] Häufiger überprüfte die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen in den fünfziger und sechziger Jahren die Parteiarbeit in den MfS-Bezirksverwaltungen und –Kreisdienststellen, meist in Zusammenarbeit mit den Abteilungen für Sicherheitsfragen der zuständigen territorialen SED-Bezirksleitung. Dabei musste sie immer wieder feststellen, dass die Ersten Sekretäre der territorialen Bezirks- und Kreisleitungen bis in die sechziger Jahre hinein ihre Anleitungsfunktionen gegenüber den Parteiorganisationen in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS nur ungenügend wahrnahmen. Einzelne Parteisekretäre waren gar der Meinung, dies sei nicht ihre Aufgabe, sondern die der SED-Kreisleitung im MfS Berlin.[201]

Im allgemeinen stand bei Brigadeeinsätzen die Parteiarbeit im Mittelpunkt. Die Instrukteurbrigaden nahmen die Arbeit der Parteileitungen, in den Bezirken auch deren Anleitung durch die Ersten Sekretäre der territorialen Parteileitungen, die politische Schulung der Mitarbeiter sowie Disziplin und Moral unter die Lupe. Daneben berücksichtigten sie Fortbildungsaktivitäten der Mitarbeiter sowie die allgemeine Kadersituation. Mitunter überprüfte sie auch die Führungsqualitäten des leitenden Personals. In Einzelfällen schlug sie sogar die Abset-

---

196 Vgl. z. B. ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen vom 14.12.1962: "Information über die Durchführung der zweiten Tagung der Delegiertenkonferenzen der Parteiorganisationen der Nationalen Volksarmee, des Ministeriums des Inneren und des Ministeriums für Staatssicherheit"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/108, Bl. 46–55, hier 52–55; ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen an Honecker vom 15.5.1972 über die SED-Kreisleitungssitzung im MfS Berlin am 11.5.1972; SAPMO-BA, DY 30, IV B 2/12/126, Bl. 3 f.; ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen vom 7.1.1974: "Arbeitsplan der Abteilung für Sicherheitsfragen für das 1. Halbjahr 1974"; SAPMO-BA, DY 30, IV B 2/12/7, Bl. 86–99, hier 95.

197 Vgl. den Redebeitrag Fritz Renckwitz in der Sitzung der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 18.7.1974; BStU, ZA, SdM 1039, Bl. 29–40, hier 37–40.

198 Nachweisbar ist beispielsweise eine Untersuchung in der SfS-Fachschule Potsdam-Eiche im Jahr 1954 gemeinsam mit der SED-Kreisleitung im SfS Berlin; vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 113 f.

199 Vgl. z. B. die Arbeitspläne der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen vom 7.2.1972 für das 1. Halbjahr 1972, vom 6.7.1973 für das 2. Halbjahr 1973, vom 3.1.1977 für das 1. Halbjahr 1977; SAPMO-BA, DY 30, IV B 2/12/7, Bl. 1–19, 71–84, 169–181, hier 14, 80 und 176.

200 Borning an Honecker vom 4.3.1969, mit Anlage: "Information über einige Probleme der Führungstätigkeit der Kreisleitung und ihres Sekretariats und über die Arbeitsweise des Apparates der Kreisleitung der Partei im Ministerium für Staatssicherheit"; SAPMO-BA, DY 30, IV A 2/12/130, o. Pag.

201 Vgl. z. B. Sektor MfS der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen vom 11.10.1957: "Bericht über den Instrukteureinsatz im Arbeitsbereich der Bezirksverwaltung des MfS Karl-Marx-Stadt"; BStU, ZA, SdM 1896, Bl. 543–559, hier 550 und 553 f.; Untersuchungsbericht, ohne Autor, Titel und Datum [nach dem 30.4.1962], beginnend mit den Worten "Die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit...", S. 27 f.; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, o. Pag.

zung von führenden Mitarbeitern vor.[202] Die operative Arbeit durften die Instrukteure der Abteilung für Sicherheitsfragen zumindest bis in die zweite Hälfte der fünfziger Jahre hinein nicht systematisch überprüfen.[203] Ab 1957 bezogen sie jedoch operative Fragen stärker in ihre Untersuchungen mit ein.[204] In Ausnahmefällen kontrollierten sie gemeinsam mit Offizieren des MfS in sogenannten gemischten Brigaden die Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen: Dann nahm die Bewertung der operativen Arbeit einen erheblichen Raum ein.[205]

Die Mitarbeiter des Sektors MfS der Abteilung für Sicherheitsfragen waren Offiziere im besonderen Einsatz des Ministeriums für Staatssicherheit. Ein Unterstellungsverhältnis begründete dies jedoch nicht. Es hinderte die Mitarbeiter auch nicht daran, sich in ihren Brigadeberichten kritisch zur Arbeit des Staatssicherheitsdienstes zu äußern.[206] Darüber hinaus gab es wiederholt Meinungsverschiedenheiten, ja sogar persönliche Auseinandersetzungen[207] zwischen dem Minister für Staatssicherheit und der Abteilung für Sicherheitsfragen.[208] Dies gilt gerade für Entscheidungen über die Parteiarbeit im MfS, in die Mielke einbezogen wurde, obwohl dies in normativen Regelungen nicht vorgesehen war. In solchen Konflikten setzte sich der Minister für Staatssicherheit allerdings vielfach durch, weil er bessere Verbindungen zu den Entscheidungsträgern im ZK, insbesondere zu Erich Honecker besaß. Als beispielsweise der Erste Sekretär der Kreisleitung im MfS Berlin, Gerhard Heidenreich, 1965 für ein Jahr die Parteihochschule der KPdSU in Moskau besuchte, lehnte Mielke den von der Abteilung Sicherheitsfragen vorgeschlagenen und von Honecker bereits bestätigten Kandidaten für die Vertretung "ohne stichhaltige Gründe"[209] ab. Er erwirkte die Berufung des bisherigen Parteisekretärs der HA PS, Joachim Hauck, obwohl die Abteilung für Sicherheitsfragen diesen als ungeeignet einstufte.[210]

---

202 Vgl. Sektor MfS der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen vom 14.8.1959: Bericht über den "Einsatz in der Parteiorganisation der Bezirksverwaltung Gera des MfS und den Grundorganisationen der Kreisdienststellen Gera und Zeulenroda"; BStU, ZA, SdM 1351, Bl. 103–120, hier 117.

203 Eine entsprechende Aussage siehe Sektor MfS der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen: "Bericht über den Instrukteureinsatz in der Bezirksverwaltung Erfurt des MfS vom 29.8.–29.9.1956"; ebenda, Bl. 44–68, hier 65.

204 Engelmann: Diener zweier Herren, S. 70.

205 Vgl. Bericht vom 15.3.1957 "über den Brigadeeinsatz des Ministeriums für Staatssicherheit Berlin zur Überprüfung einiger Hauptfragen der operativen Arbeit in den Bezirksverwaltungen Potsdam und Magdeburg in der Zeit vom 18.2.–2.3.1957"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115, Bl. 139–157; Abteilung für Sicherheitsfragen, Sektor MfS vom 25.1.1961: "Plan für den Brigadeeinsatz in der Bezirksverwaltung Cottbus und den Kreisdienststellen Senftenberg und Weißwasser"; BStU, ZA, SdM 1351, Bl. 95–97; Arbeitsgruppe für Anleitung und Kontrolle des MfS vom 30.1.1961: "Einsatzplan"; ebenda, Bl. 98–101.

206 Siehe dafür neben den bereits genannten Berichten: Abteilung für Sicherheitsfragen vom 7.7.1980: "Bericht über Erfahrungen, Ergebnisse und Aufgaben zu ausgewählten Problemen der Arbeit der Parteiorganisation und der Kaderarbeit in der HA KuSch bei der Durchführung der Kaderarbeit der Partei im MfS"; BStU, ZA, KL-SED 47, Bl. 33–49.

207 Vgl. etwa die Aktennotiz Artur Hofmanns vom 13.7.1959 betr. "die Zusammenarbeit des Sektors MfS mit dem Genossen Mielke"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/119, Bl. 88–90 sowie Borning an Honecker vom 6.7.1967; SAPMO-BA, DY 30, IV A 2/12/128, o. Pag.

208 Vgl. Siegfried Suckut: Generalkontrollbeauftragter der SED oder gewöhnliches Staatsorgan? Probleme der Funktionsbestimmung des MfS in den sechziger Jahren: in: Suckut/Süß (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit, S. 151–167.

209 Hausmitteilung ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen an Honecker vom 9.3.1965; SAPMO-BA, DY 30, IV A 2/12/128, o. Pag.

210 Vgl. Suckut: Generalkontrollbeauftragter, S. 162.

Drei Jahre später, im Jahr 1968, setzte der Minister gegen den Willen der Abteilung für Sicherheitsfragen durch, dass die Anleitung der Parteiorganisationen in den MfS-Bezirksverwaltungen und -Kreisdienststellen weiterhin den Ersten Sekretären der territorialen Parteileitungen vorbehalten blieb, obwohl die Abteilung für Sicherheitsfragen die Verantwortung dafür auf die Sekretariate der territorialen Parteileitungen insgesamt hatte ausdehnen wollen.[211]

3.2 Die Entwicklung einzelner Tätigkeitsfelder

Für die Tätigkeit der Parteiorganisation der SED im MfS existierten nach bisherigem Kenntnisstand nur wenige speziell auf sie zugeschnittene, von außen gesetzte normative Vorgaben. Sie wurden von den führenden Parteigremien beschlossen, konnten aber auch in Form von Befehlen oder Dienstanweisungen vom Minister für Staatssicherheit erlassen werden. Vorgaben mit grundsätzlichem Charakter, die sich auf mehrere Tätigkeitsbereiche und den Gesamtrahmen der SED-Tätigkeit im MfS beziehen, sind bislang lediglich aus den fünfziger Jahren bekannt, in den sechziger Jahren kamen dienstliche Regelungen zur Kompetenz der Parteiorganisation in der Kaderarbeit hinzu. Möglicherweise war dies Ausfluss der Tatsache, dass die Rolle der Parteiorganisation im MfS nicht von Anfang an fixiert war, sondern sich das Zusammenspiel zwischen Parteiorganisation und dienstlichen Instanzen erst langsam entwickelte.

Das erste bekannte Grundsatzdokument zur Tätigkeit der Parteiorganisation stellt der Vorspann der "Vorläufigen Bestimmungen über den Parteiaufbau des Staatssekretariats für Staatssicherheit" von 1954 dar, der als zentrale Aufgabe der SED im SfS die "politisch-ideologische und politisch-moralische Erziehung aller Mitarbeiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit" definierte.[212] Die Direktive der Sicherheitskommission vom Januar 1955 "zur Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisation im SfS" formulierte genauer, auf welche Weise die Parteiorganisation ihren Erziehungsaufgaben nachkommen sollte: Sie regelte die Zusammenarbeit zwischen der Parteiorganisation und den verschiedenen dienstlichen Leitungsebenen des SfS, legte das Vorgehen bei der Auswertung von SED-Beschlüssen im SfS und bei der Anleitung der Grundorganisationen fest. Außerdem wurde auf die Verantwortung der Parteiorganisation für die Kaderarbeit hingewiesen.[213] Eine weitere grundsätzliche Regelung ging von der dienstlichen Leitung des MfS aus: In der Direktive 1/56 regelte Minister Wollweber im einzelnen, welche operativen Sachverhalte in Parteiversammlungen aus Gründen der Konspiration nicht angesprochen

---

211 Vgl. Hausmitteilung ZK-Abteilung Sicherheitsfragen an Honecker am 15.11.1968 zum Entwurf eines neuen Beschlusses über den Parteiaufbau in den Organen des MfS, S. 4; SAPMO-BA, DY 30, IV A 2/12/128, o. Pag.; Parteiaufbau Staatssicherheit 1968, Bl. 36 und 38.

212 Vorläufige Bestimmungen 1954, S. 1–3; BStU, ZA, DSt 102102, o. Pag.

213 Abteilung für Sicherheitsfragen vom 7.12.1954: "Vorlage an die Sicherheitskommission betr. Direktive zur Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisation im SfS" (künftig: Direktive der Sicherheitskommission vom 26.1.1955), mit handschriftlichem Vermerk "Beschlossen am 26.1.55"; BStU, ZA, KL-SED 393, Bl. 1305–1314. Ein entsprechendes Beschlußprotokoll der Sicherheitskommission ist nicht überliefert. Dass die Direktive in Kraft trat, beweist u. a. eine Äußerung Hermann Steudners auf der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 28.1.1955; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 669-672, hier 669.

werden durften.[214] Keines der drei beschriebenen Dokumente ist jemals durch eine neuere Version ersetzt worden. Ende der fünfziger Jahre entwarf die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen eine weitere Aufgabenbeschreibung der SED im MfS, die jedoch nie zur Beschlussreife gelangte.[215] Die bereits erwähnten Bestimmungen zum Parteiaufbau von 1968 und 1980 enthielten keine Bestimmungen mehr über die Aufgaben der SED im MfS, sondern legten nur noch ihren Organisationsaufbau fest.

In allen Arbeitsbereichen lässt sich eine ähnliche Entwicklung beobachten: Die fünfziger Jahre sind von dem Versuch der Parteiorganisation gekennzeichnet, ihre Rolle im Gesamtgefüge des MfS zu finden, ihre Aufgabengebiete im Wechselspiel mit den ihr übergeordneten Parteiinstitutionen und der dienstlichen Leitung des MfS zu definieren. Zeichen dafür sind die eben beschriebenen normativen Vorgaben. Am Ende des Jahrzehnts bekam die Parteiorganisation ihre parteiinternen Arbeitsabläufe besser in den Griff, die Zusammenarbeit mit den dienstlichen Leitungen im MfS stabilisierte sich. In den siebziger und achtziger Jahren agierte sie schließlich in einem durch die allgemeinen Parteibestimmungen, MfS-interne Weisungen, Konventionen und jeweilige persönliche Fähigkeiten der Parteisekretäre abgesteckten Feld, in dem von außen gesetzte spezielle normative Regeln offenbar zunehmend überflüssig wurden. Im folgenden wird die Entwicklung einiger zentraler Tätigkeitsfelder der SED im MfS beschrieben. Die Darstellung konzentriert sich auf die Kreisparteiorganisation in der Berliner Zentrale, vermittelt aber auch Einblicke in die Parteiarbeit in MfS-Bezirksverwaltungen und -Kreisdienststellen, da die beschriebenen normativen Regelungen zur Parteiarbeit auch für die dortigen SED-Gliederungen galten.

3.2.1 Kaderarbeit

Wie bereits erwähnt besaß die Kaderarbeit der SED im MfS Berlin mehrere Aspekte. Die Kreisparteiorganisation hatte ihre Parteiämter zu besetzen, wollte aber auch auf die Kaderarbeit in den Diensteinheiten Einfluss nehmen. Allerdings gestaltete sich Anfang der fünfziger Jahre schon die Besetzung der Parteifunktionen schwierig. Personal war knapp; die operative Arbeit hatte Vorrang vor der Parteiarbeit. Die hauptamtliche Parteiarbeit scheint zumindest teilweise von jenen wahrgenommen worden zu sein, die wegen Misserfolgen in der operativen Arbeit dahin abgeschoben wurden. Die ehrenamtliche Funktionärstätigkeit wurde zudem dadurch behindert, dass einige der dienstlichen Vorgesetzten fürchteten, ein solches Engagement ihrer Untergebenen werde zu Lasten der operativen Arbeit gehen. Zaissers späterer Aussage zufolge hat sich die MfS-Leitung bemüht, solche Probleme zu bekämpfen, dennoch dürfte unter diesen Um-

---

214 Direktive 1/56 des Ministers vom 10.2.1956 "über die Beseitigung von Hemmnissen bei der Entfaltung eines innerparteilichen Lebens durch eine unbehinderte Kritik und Selbstkritik in den Parteiorganisationen der Organe der Staatssicherheit" (künftig: Direktive 1/56); BStU, ZA, DSt 101143.

215 "Entwurf: Beschluß über die Rolle und Hauptaufgaben der Parteiorganisationen im MfS" (künftig: Entwurf über die Aufgaben der Parteiorganisation 1958), ohne Datum [ca. 1958]; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/108, Bl. 1–6; eine Variante mit dem Titel "Beschluß über die Rolle der Partei in den Organen des MfS" (künftig: Variante), ohne Datum; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/103, Bl. 224–230.

ständen für die Betriebsparteiorganisation eine planvolle Kaderpolitik kaum möglich gewesen sein.[216]

Mitte der fünfziger Jahre begann die SED-Kreisleitung im MfS Berlin damit, sich durch systematische Einzelgespräche mit den Parteimitgliedern einen Überblick über ihr Kaderreservoir zu verschaffen.[217] 1958 schlug die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen vor, eine Nomenklatur für die Kreisleitung im MfS Berlin einzurichten.[218] Ihre Anregung wurde jedoch erst umgesetzt, als die SED-Führung im Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖS) einen neuen Anlauf zu einer langfristigen Kaderplanung in der DDR nahm[219] und 1965 einen entsprechenden Beschluss zur Kaderarbeit fasste.[220] Postwendend begann das Sekretariat der Kreisleitung mit dem Entwurf einer eigenen Nomenklaturordnung,[221] die aber erst 1968 beschlossen wurde.[222] Im wesentlichen umfasste sie vier Typen von Stellen: erstens Wahlfunktionen wie diejenigen der Mitglieder und Kandidaten von Sekretariat, Kreisleitung und KPKK sowie eines Teils der Ersten Sekretäre von Partei- und Grundorganisationen in den Diensteinheiten, zweitens nicht wählbare hauptamtliche Parteiämter im Apparat der Kreisleitung und in den Parteiorganisationen der Diensteinheiten, drittens den Vorsitz der ständigen Kommissionen der Kreisleitung und viertens Funktionen außerhalb der Partei, zum Beispiel diejenigen der Sekretäre der FDJ-Kreisleitung und des Vorsitzenden der Betriebsgruppe der DSF.

Die Nomenklaturordnung der Kreisleitung galt nur für solche Funktionen, die nicht bereits in Nomenklaturen höherer Parteileitungen enthalten waren. Sie wies den Parteileitungen der Diensteinheiten die Aufgabe zu, eigene Kadernomenklaturen zu schaffen. Zugleich beschloss das Sekretariat der Kreisleitung die Einrichtung einer Kaderkommission unter dem Vorsitz des zweiten Sekretärs, die in eigener Verantwortung bestimmte Nomenklaturfunktionen bestätigen sollte.[223] In den Jahren 1971,[224] 1974[225] und 1977 wurde die Nomenklaturkaderordnung der

---

216 Vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 53–57.

217 Vgl. ebenda, S. 109 f.

218 Vgl. Entwurf über die Aufgaben der Parteiorganisation 1958, Bl. 5 f.; Variante, Bl. 229.

219 Vgl. Neugebauer: Partei- und Staatsapparat, 163 f.; Rudolf Schwarzenbach: Die Kaderpolitik der SED in der Staatsverwaltung. Ein Beitrag zur Entwicklung des Verhältnisses von Partei und Staat in der DDR (1945–1975), Köln 1976, S. 132 f.

220 Grundsätze über die planmäßige Entwicklung, Ausbildung, Erziehung und Verteilung der Kader [...]. Beschluß des Sekretariats des ZK vom 17.2.1965 (künftig: Grundsätze der Kaderarbeit vom 17.2.1965). In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. X, Berlin (Ost) 1967, S. 300–312.

221 Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 23.3.1965, S. 2 f.; BStU, ZA, KL-SED 673, o. Pag., unerschlossenes Material.

222 Sekretariat der SED-Kreisleitung vom 15.2.1968: "Sekretariatsvorlage. Ordnung zur Arbeit mit der Kadernomenklatur der SED-Kreisleitung VII c/1"; BStU, ZA, KL-SED 129, Bl. 356–358; mit kleinen Änderungen bestätigt in der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 20.2.1968; ebenda, Bl. 348–355, hier 354 f.

223 Ebenda.

224 Der Text der Neufassung liegt bislang nicht vor. Erwähnt wird der Beschluß vom 23.11.1971 u. a. im Bericht des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 15.10.1972 "zum Stand der Arbeit mit den Nomenklaturkadern der SED-Kreisleitung"; BStU, ZA, KL-SED 386, Bl. 251–259, hier 251.

225 SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 21.12.1974: "Ordnung für die Arbeit mit der Kadernomenklatur der SED-KL 18-01 (Beschluß des Sekretariats der Kreisleitung vom 17.12.1974)", (künftig: Kadernomenklaturordnung 1974); BStU, ZA, SdM 1040, Bl. 252–258.

Kreisleitung jeweils in Folge eines entsprechenden ZK-Beschlusses neu gefasst. Soweit die Texte dieser Neufassungen vorliegen, lassen sich weder in den Nomenklaturfunktionen noch in den Verantwortlichkeiten wesentliche Verschiebungen ausmachen. Die Kaderkommission tritt in den Quellen allerdings erst im August 1983 wieder in Erscheinung, als die SED-Kreisleitung ihr erneut die Bestätigung bestimmter Nomenklaturfunktionen zuwies und sie darüber hinaus beauftragte, sich mit Grundsatzfragen der Kaderpolitik auseinanderzusetzen.[226]

Seit Ende der sechziger Jahre hob die SED-Kreisleitung immer wieder die Verbesserungen hervor, die die Einführung der Kadernomenklatur sowie darauf beruhender Kaderprogramme für die parteiinterne Kaderarbeit bedeutet hätten. Der Aufbau einer Kaderreserve für eine langfristige Stellenbesetzungsplanung war jedoch 1974 immer noch nicht abgeschlossen.[227] Erst 1983 erklärte die Kreisleitung, es seien jetzt mit wenigen Ausnahmen in allen Partei- und Grundorganisationen ausreichende Kaderreserven vorhanden.[228]

Hauptverantwortlich für die SED-Kaderarbeit war der Zweite Sekretär. In der bis 1953 bestehenden nichtterritorialen Bezirksleitung im MfS hatte dieses Amt zuerst Oberstleutnant[229] Günther Becher inne. Als er 1953 die Bezirksparteischule besuchte, vertrat ihn wahrscheinlich Major Günther Frost.[230] Zweiter Sekretär der Kreisleitung im MfS Berlin war von 1951 bis 1956 Hauptmann[231] Joachim Hauck, von 1955 bis 1961 Hauptmann[232] Kurt Polenz[233] und von 1961 bis 1969 Major[234] Werner Forster[235]. Ihm folgte Oberstleutnant[236] Horst Felber, der spätere Erste Sekretär der Kreisleitung. Zwischen 1979 und 1989 hatte schließlich Oberstleutnant[237] Rolf Scheffel die Funktion inne.[238]

---

226 2. Sekretär der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 19.8.1983: "Aufgaben der Kaderkommission der SED-Kreisleitung", mit handschriftlichem Vermerk. "So ist es vom Sekretariat am 30.8.83 bestätigt worden"; BStU, ZA, KL-SED 918, o. Pag., unerschlossenes Material.

227 Vgl. Abteilung Parteiorgane des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 16.3.1970: "Stand der Arbeit mit den Nomenklaturkadern der Kreisleitung und der Partei- und Grundorganisationen"; BStU, ZA, KL-SED 129; Bl. 174–182, hier 180; Anlage zur Kadernomenklaturordnung 1974: "Schlußfolgerungen aus den Ergebnissen des Brigadeeinsatzes einer Arbeitsgruppe der SED-Kreisleitung zum Stand der Arbeit mit Nomenklaturkadern in den Leitungen der PO/GO III, VIII, N, IX und XIX; BStU, ZA, SdM 1040, Bl. 259 f., Protokoll der Sitzung der Kreisleitung am 17.12.1974; ebenda, Bl. 243–249, hier 244 f.

228 "Information über die Realisierung des Kaderprogramms des Sekretariats der Kreisleitung, der Kaderprogramme der PO/GO-Leitungen und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit" vom 17.6.1983, ohne Autor; BStU, ZA, KL-SED 224, S. 6 und 8, o. Pag., unerschlossenes Material.

229 Ab 1953.

230 Vgl. "Überblick über die Parteiorganisation im SfS", ohne Autor, ohne Datum [zwischen Juli und September 1953]; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 229–231, hier 229; Hauptabteilung PK an die Hauptabteilung Personal vom 11.10.1952 betr. "Vorschläge für Prämiierung"; BStU, ZA, HA KuSch, Kaderakte Günther Becher, KS 402/75, Bl. 19; "Attestationsblatt" vom 11.2.1953; ebenda, Bl. 18 und 20; "Zusammengefasste Auskunft" ohne Datum; ebenda, Bl. 4–11, hier 5; KKK Günther Frost; BStU, ZA.

231 Ab 1953.

232 Ab 1957 Major.

233 KKK Kurt Polenz; BStU, ZA.

234 Ab 1965 Oberstleutnant.

235 KKK Werner Forster; BStU, ZA.

236 Ab 1973 Oberst.

237 Ab 1983 Oberst.

238 KKK Rolf Scheffel; BStU, ZA.

Eine Einbeziehung der Betriebsparteiorganisation in dienstliche Kaderentscheidungen ist in Einzelfällen bereits für die Amtszeit des ersten Ministers für Staatssicherheit Zaisser belegt. Im Frühjahr 1953 gehörte den drei "Attestierungskommissionen", die den Angehörigen des MfS militärische Dienstgrade verliehen, jeweils ein Vertreter der Parteiorganisation an.[239] Für die bis 1957 währende Amtszeit Ernst Wollwebers lässt sich eine Mitwirkung von Parteifunktionären an einzelnen Kaderentscheidungen in vielfältiger Weise erkennen. Vor allem der Erste Sekretär der Kreisleitung konnte mittels seiner Zugehörigkeit zum Kollegium zu allen dort behandelten Beförderungen und Besetzungen Stellung nehmen.[240] Außerdem saßen Vertreter der Parteiorganisation in verschiedenen Kommissionen, die sich mit Kaderfragen beschäftigten, so in der zeitweiligen Stellenplankommission, die 1954 eingerichtet wurde, um von den Abteilungsleitern eingereichte Stellenplanvorschläge zu prüfen, oder in den Dienststellungs-Attestierungskommissionen von 1955, als alle Offiziere und alle operativen Mitarbeiter einer Beurteilung unterzogen wurden. Den unteren Parteigliederungen gelang es in unterschiedlichem Ausmaß, Mitspracherechte durchzusetzen. Während in der Kreisdienststelle Berlin-Lichtenberg noch 1956 über Attestationen und mindestens teilweise auch Versetzungen ohne den Parteisekretär entschieden wurde, scheinen letztere in der Bezirksverwaltung Dresden in der Parteileitung beraten worden zu sein. Für Mitarbeiter des SfS Berlin sind bereits aus den Jahren 1954 und 1955 Ordensverleihungs- und Prämierungsvorschläge überliefert, die vom zuständigen Ersten Sekretär der Grundorganisation gegengezeichnet wurden. Bis 1956 scheint sich die Einbeziehung der Parteisekretäre in Kaderentscheidungen zumindest im MfS Berlin weitgehend eingebürgert zu haben.[241]

Das Jahr 1957 brachte das Ende des politischen "Tauwetters", das der XX. Parteitag der KPdSU auch in der DDR ausgelöst hatte. Im Kontext der erneuten ideologischen Verhärtung betonte die SED-Parteiführung die "führende Rolle" der Betriebsparteiorganisationen in den Verwaltungen. Es setzte eine erneute Politisierung der Kaderarbeit ein,[242] gleichzeitig wurde im Zusammenhang mit der Ausrichtung der Staatssicherheit auf die Bekämpfung ideologischer Abweichungen nach 1956 die politische Funktion der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit wieder stärker in den Vordergrund gerückt. In dieser Situation hoben SED-Vertreter die Notwendigkeit der Mitwirkung der Parteiorganisation bei Kaderentscheidungen besonders hervor. Im Januar 1958 "empfahl" beispielsweise die SED-Kreisleitung der MfS-Kaderabteilung, vor Versetzungen oder Beförderungen Beurteilungen der Grundorganisationen über den betroffenen Mitarbeiter einzu-

---

239 Dies waren der Erste Sekretär der Bezirksleitung, Otto Walter, und der Zweite Sekretär der Kreisleitung, Joachim Hauck; Befehl 97/53 des Ministers vom 4.3.1953 über die Verleihung militärischer Dienstgrade an die MfS-Mitarbeiter; BStU, ZA, HA KuSch 1358, Bl. 104, 109 und 143.

240 Vgl. z. B. Protokoll der Kollegiumssitzung am 19.10.1954; BStU, ZA, SdM 1901, Bl. 273–289, hier 284–286.

241 Vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 111.

242 Vgl. Schwarzenbach: Kaderpolitik, S. 119 f.

holen. Die Gegenzeichnung dienstlicher Beurteilungen durch Parteisekretäre, bis dahin eher die Ausnahme als die Regel, scheint sich seit Ende der fünfziger Jahre eingebürgert zu haben.[243]

In ihrem Anspruch auf Mitberatung einzelner Kaderentscheidungen konnte sich die Parteiorganisation anfangs kaum auf schriftliche Normierungen stützen. Die Direktive der Sicherheitskommission "zur Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisation" aus dem Jahr 1955 gestand den Parteileitungen lediglich in allgemeiner Form das Recht zu, die Kaderarbeit in Gesprächen mit den dienstlichen Leitungen zu erörtern.[244] Dienstliche Bestimmungen enthielten offenbar erst seit Ende der fünfziger Jahre einzelne Hinweise auf Befugnisse von SED-Funktionären bei Kaderentscheidungen.[245]

Umfassend berücksichtigt wurden die Mitberatungsrechte der SED im MfS in einer dienstlichen Anweisung erstmals 1964. Es ist anzunehmen, dass die "Bestimmungen für die Arbeit mit den Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes"[246] normativ das festschrieben, was bereits vielfach geübte Praxis war. In ihnen wurde die bereits 1959 getroffene Festlegung[247] erneuert, dass die Leiter der Diensteinheiten Anträge auf Ernennungen und Beförderungen mit dem Parteisekretär auf gleicher Ebene zu besprechen hätten, bei Angehörigen in leitenden Dienststellungen galt dies auch für Ablösungen und Versetzungen. Personalbeurteilungen sollten die Vorgesetzten "in engem Zusammenwirken mit der Parteiorganisation" erstellen. Ferner hatten die Parteiorganisationen bei der Festlegung der Perspektiven der Reservekader für die leitenden Dienststellungen mitzureden. Schriftlich fixiert wurde überdies die Mitgliedschaft von Parteifunktionären in den Attestierungskommissionen sowie in den Schulungskommissionen im MfS Berlin und den Bezirksverwaltungen, die die Delegierung von Mitarbeitern auf Fach-, Hoch- und Parteischulen überwachten. Schließlich wurden die Leiter der Diensteinheiten sowie die Kaderabteilungen in allgemeiner Form zu enger Zusammenarbeit mit den SED-Funktionären im MfS verpflichtet.[248] 1965 legte Mielke überdies fest, dass die Vorgesetzten die Parteileitungen in die Erstellung der neu eingeführten "Kaderprogramme"[249] einbinden sollten, welche längerfristige Stellenbesetzungspläne für einzelne Dienststellungen sowie Qualifizierungspläne für die dafür vorgesehenen Kandidaten enthielten.[250] Gleichzeitig verpflichtete der bereits genannte ZK-Beschluss zur Ka-

243 Vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 111 f.

244 Vgl. Direktive der Sicherheitskommission vom 26.1.1955; BStU, ZA, KL-SED 393, Bl. 1305–1314, hier 1309 und 1311.

245 Vgl. z. B. Anordnung 11/59 des Ministers "über die Durchführung von Ernennungen und Beförderungen zu Dienstgraden sowie über die Verleihung von Orden und Medaillen", ohne Datum (künftig: Anordnung 11/59); BStU, ZA, DSt 101258.

246 "Bestimmungen für die Arbeit mit den Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit" vom 31.12.1964 (künftig: Bestimmungen zur Arbeit mit den Angehörigen 1964); BStU, ZA, DSt 102241.

247 Anordnung 11/59, S. 6.

248 Vgl. Bestimmungen zur Arbeit mit den Angehörigen, S. 1, 27, 32, 38, 47, 51, 55–58 und 76.

249 Vgl. Grundsätze der Kaderarbeit vom 17.2.1965. In: Dokumente der SED, Bd. X, Berlin (Ost) 1967, S. 301–303.

250 Dienstanweisung 6/65 des Ministers vom 17.5.1965: "Erarbeitung von Kaderprogrammen im MfS", S. 8; BStU, ZA, DSt 101061.

derarbeit die Parteigliederungen in allen staatlichen Organen, "aktiven Einfluss auf die Auswahl, Erziehung und Qualifizierung der Kader" auszuüben.[251]

Die beschriebenen "Bestimmungen zur Arbeit mit den Angehörigen des MfS" wurden 1969 novelliert, inhaltlich jedoch kaum umgestaltet.[252] In der novellierten Fassung galten sie bis 1989,[253] wenn sie auch in der Folge durch zahlreiche Einzelbestimmungen präzisiert und möglicherweise dadurch in einzelnen Punkten abgewandelt wurden. Es ist aber davon auszugehen, dass sich an den Mitberatungsrechten der Parteifunktionäre bei Kaderentscheidungen im MfS grundsätzlich nichts mehr änderte.

3.2.2 Ideologische und Fachschulung

In der ideologischen Schulung startete die SED im MfS wie alle anderen SED-Gliederungen 1950 mit dem ersten Lehrgang des Parteilehrjahres. Von Sommer 1952 bis Ende 1953 besaß sie zudem eine eigene Bezirksparteischule namens "Felix Dzierzynski". In der bis Herbst 1953 bestehenden Bezirksparteiorganisation war ein hauptamtlicher Sekretär für Propaganda für die gesamte Schulungs- und Propagandaarbeit in der Bezirksparteiorganisation verantwortlich. Im Frühjahr 1953 hatte dieses Amt Oberstleutnant Gerhard Stauch inne, der spätere OibE und Leiter der Zollverwaltung der DDR. Für die Propagandaarbeit in der SED-Kreisleitung im MfS Berlin war zu dieser Zeit Hauptmann Egon Ludwig zuständig.[254]

Mit der Aufteilung der SED-Betriebsparteiorganisation wurde im Herbst 1953 auch die Verantwortung für die ideologische Schulung geteilt. Der Propagandasekretär der SED-Kreisleitung im SfS/MfS Berlin, bis 1955 Hauptmann Günther Weichelt,[255] war nur noch für die Berliner Zentrale verantwortlich. Die täglichen Arbeitsabläufe erledigte dort die Abteilung Propaganda im Apparat der Kreisleitung, die mit unterschiedlichen Bezeichnungen, zuletzt als "Abteilung Agitation und Propaganda", bis 1989 bestand. Für die Mitarbeiter in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des Staatssicherheitsdienstes wurde das Parteilehrjahr durch die territorialen SED-Bezirks- und -Kreisleitungen organisiert. Die Parteischule "Felix Dzierzynski" wurde Ende 1953 in eine Fachschule des MfS umgewandelt,[256] die SED im SfS/MfS ordnete ihre Funktionäre künftig auf die Parteischulen der territorialen Leitungen ab.

Den "vorläufigen Bestimmungen" über den Parteiaufbau vom Frühjahr 1954 zufolge hatte die SED im SfS die Aufgabe, das politische und fachliche Studium ihrer Mitglieder zu kontrollieren

---

251 Grundsätze der Kaderarbeit vom 17.2.1965, S. 310.

252 "Bestimmungen für die Arbeit mit den Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit" vom 1.5.1969; BStU, ZA, DSt 102241.

253 Ersetzt wurden sie erst durch die Ordnung 9/89 "über die Arbeit mit den Angehörigen im MfS (Kaderordnung)", die am 1.11.1989 in Kraft trat; BStU, ZA, DSt 103613.

254 Vgl. Schumann, Parteierziehung, S. 65.

255 KKK Günther Weichelt; BStU, ZA.

256 Vgl. Redebeitrag Werner Engmann auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im SfS Berlin am 6./7.3.1954; BStU, ZA, KL-SED 815, Bl. 95–99, hier 95 f.

und anzuleiten.[257] Der 1955 ergangene Beschluss der Sicherheitskommission "zur Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisation" stufte diese Verantwortung ab: Die Parteiorganisation solle die politische Schulung und Propaganda selbständig organisieren und durchführen, während sie die "fachliche" Schulung durch Erziehung und Kontrolle zu unterstützen habe. Beschlüsse des Staatssekretariats auf beiden Feldern solle das Büro der Kreisleitung vor der Abfassung beraten und Vorschläge an den Staatssekretär geben.[258]

Eine solche Kooperation zwischen Parteileitung und dienstlicher Leitung ist für die Einführung der "marxistisch-leninistischen Schulung" belegt, welche als SfS-spezifische Sonderform des Parteilehrjahres im Sommer 1955 eingeführt wurde. Ulbricht hatte auf dem 15. Plenum 1953 die ideologische Schulung gerügt, weil sie sich in Schulmeisterei und der Nachbetung leerer Formeln erschöpfe. Außerdem prangerte er den "ideologisch und organisatorisch vernachlässigten Zustand"[259] der Betriebsparteiorganisation im Staatssicherheitsdienst an. Daraufhin beauftragte das Politbüro im September 1953 den neuen Staatssicherheitschef Wollweber mit der Umorganisation der ideologischen Schulung. In den folgenden zwei Jahren erarbeiteten die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen, die SED-Kreisleitung im SfS und die dienstliche SfS-Leitung gemeinsam die neue Schulungsform.[260] Sie enthielt drei zentrale Elemente: Durch spezifische Themenstellungen, zu denen die Abteilung Propaganda der Kreisleitung die Lektionen zu erarbeiten hatte, sollten ihre Inhalte stärker auf SfS-Belange zugeschnitten werden. Das lag im Trend der "Verfachlichung" des allgemeinen SED-Parteilehrjahres; allerdings schlug sich in der "marxistisch-leninistischen" Schulung die Hinwendung des SED-Parteilehrjahres zu wirtschaftlichen Themen kaum nieder. Gegenüber dem bisherigen Parteilehrjahr wurde die Durchführung der "marxistisch-leninistischen Schulung" zentralisiert: Während die Zirkel des ersteren für die Mitarbeiter der SfS-Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen durch die territorialen Parteileitungen organisiert worden waren, führte die Kreisleitung im SfS die "marxistisch-leninistische Schulung" nunmehr für die Mitarbeiter aller SfS-Dienststellen durch. Schließlich wurde die ideologische Schulung auf eine dienstliche Grundlage gestellt: Ihre Veranstaltungen fanden jetzt innerhalb der Arbeitszeit statt. Die Teilnahme war für alle Mitarbeiter Pflicht, während das Parteilehrjahr zumindest formal auf Freiwilligkeit beruht hatte. Die dienstlichen Vorgesetzten wurden mit der Kontrolle des politischen Studiums ihrer Untergebenen betraut, und jedes Ausbildungsjahr sollte mit Prüfungen abschließen, deren Ergebnisse in die Personalakte des Mitarbeiters einzutragen waren. Die dienstliche Überwachung des politischen Studiums, übrigens vom

---

257 Vorläufige Bestimmungen, S. 3; BStU, ZA, DSt 102102, o. Pag.

258 Direktive der Sicherheitskommission vom 26.1.1955; BStU, ZA, KL-SED 393, Bl. 1308–1310.

259 Ulbricht: Referat auf dem 15. ZK-Plenum; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/119, Bl. 92–141, hier 102.

260 Die zentralen Beschlüsse und Weisungen zur marxistisch-leninistischen Schulung sind: ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen: "Änderung des gesamten Schulungs- und Ausbildungssystems in den Organen des SfS"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/101, Bl. 59–70, mit handschriftlichem Vermerk: "Beschluß am 4.3.55 in der Sicherheitskom[mission] behandelt und bestätigt"; zum Beschluß des Entwurfs siehe auch Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 4.3.1955; BA-MA, DVW 1/39545, Bl. 4; Befehl 171/55 des Staatssekretärs vom 9.6.1955; BStU, ZA, DSt 100120; Instruktion der SED-Kreisleitung im SfS Berlin vom 11.6.1955 "zur Vorbereitung der marxistisch-leninistischen Schulung in den Organen des SfS"; ebenda.

Propagandasekretär der SED-Kreisleitung, Günther Weichelt, ausdrücklich gefordert, ist als Reaktion darauf zu deuten, dass die Parteileitung es mit ihren eigenen erzieherischen Mitteln nicht verstanden hatte, die Mitarbeiter zum gewünschten Engagement zu motivieren.[261]

Die Reform war lediglich partiell erfolgreich, vor allem, weil die gewünschte Spezialisierung nicht stattgefunden hatte. Die Abteilung Propaganda der Kreisleitung war mit der Erarbeitung des Unterrichtsmaterials überfordert gewesen, zudem, so der neue Propagandasekretär, Hauptmann Werner Forster, sei zuviel Zeit auf die Behandlung der Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED verwandt worden. Überdies scheint es der Kreisleitung nicht gelungen zu sein, die Verwirrung der Mitarbeiter über den vom XX. Parteitag ausgelösten ideologischen Schwenk und das politische "Tauwetter" abzufangen, so dass der Lerneifer der Genossen im ersten Halbjahr 1956 merklich nachließ. Bereits im Sommer 1956 wandelte die SED-Kreisleitung deshalb im Einvernehmen mit der dienstlichen MfS-Leitung die marxistisch-leninistische Schulung wieder in das Parteilehrjahr um. Die Studienpläne wurden stärker den Lehrplänen der allgemeinen Parteischulung angeglichen, ohne mit ihnen identisch zu sein. Die thematische Differenzierung der Kurse blieb erhalten, da sich inzwischen auch in der allgemeinen Parteischulung eine Spezialisierung nach Tätigkeitsgebieten durchgesetzt hatte. Die ideologische Schulung fand immer noch als dienstliche Pflichtveranstaltung statt und wurde auf Intervention Mielkes hin auch weiterhin durch die Kreisleitung zentral organisiert.[262]

Der ideologischen Verhärtung des Regimes im Frühjahr 1957 entsprach eine generelle Umorientierung in der SED-Mitgliederschulung: Im Parteilehrjahr rückte die Behandlung politischer Fragen erneut in den Vordergrund, auch ökonomische Themen wurden vorrangig unter ideologischen Aspekten behandelt. Für die Schulung im MfS besaß der politische Schwenk besondere Bedeutung, hatten dessen Mitarbeiter doch die Aufgabe, die von Ulbricht 1956/57 diagnostizierten "Aufweichungen" und die später sogenannte "politisch-ideologische Diversion" in ihrer beruflichen Tätigkeit aufzuspüren. Für den Staatssicherheitsdienst bedeutete daher die erneute Politisierung des Parteilehrjahres, anders als etwa für Mitarbeiter von Produktionsbetrieben oder der Wirtschaftsverwaltung, keine Entfernung der Schulung von der beruflichen Praxis. Vielmehr wird hier besonders deutlich, dass die ideologische Schulung der Mitarbeiter eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren des MfS im Sinne einer "Ideologiepolizei"[263] darstellte.[264]

Im November 1958 plante das Büro der SED-Kreisleitung erneut eine organisatorische Neugestaltung des Parteilehrjahres im MfS.[265] Ihr Inhalt lässt sich nur erahnen, da der entsprechende Bürobeschluss nicht überliefert ist. Auf jeden Fall reagierte sie damit auf einen vorausgehenden

---

[261] Vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 117–122.

[262] Vgl. ebenda, S. 122–124.

[263] Siegfried Mampel: Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Ideologiepolizei. Zur Bedeutung einer Heilslehre als Mittel zum Griff auf das Bewußtsein für das Totalitarismusmodell, Berlin 1996.

[264] Vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 124 f.

[265] Protokoll der Sitzung des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 17.11.1958 (künftig: Sitzung des Büros der SED-Kreisleitung am 17.11.1958); BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 716–729, hier 719 und 729.

ZK-Beschluss, durch den die ideologische Schulung von der bisher üblichen Zirkelarbeit auf neue Schulungsformen wie Vorträge, Seminare, Aussprachen und Konsultationen verlagert werden sollte.[266] MfS-spezifische Organisationsfragen berührte das Büro zumindest insoweit, als es Mielke vorschlug, jenen Befehl aus dem Jahr 1955 aufzuheben, der das ideologische Studium zur dienstlichen Pflichtveranstaltung erklärt hatte.[267] Ob und wann die Ideen des Büros umgesetzt wurden, lässt sich schwer sagen. Weil die Kreisleitung 1962 dezidiert betonte, dass das Parteilehrjahr "grundsätzlich außerhalb der Arbeitszeit" stattfinde, ist zu vermuten, dass es bis dahin den Charakter der dienstlichen Pflichtveranstaltung verloren hatte.[268] Auch die Verantwortung der SED-Kreisleitung für die Parteischulung in den MfS-Bezirksverwaltungen und -Kreisdienststellen dürfte zwischen 1959[269] und 1968 zugunsten der Anleitung durch die territorialen Parteileitungen gänzlich abgebaut worden sein.[270]

Nicht nur auf das Parteilehrjahr nahm die dienstliche Leitung in den fünfziger Jahren intensiven Einfluss. 1953 forderte der neue Staatssicherheitschef Wollweber von der Kreisleitung auch, dass sie sich mehr als bisher um die "Auswertung" politischer Tagesereignisse und ihrer Umsetzung in Inhalte der politischen Schulung kümmern solle, indem sie selbständig besondere politische Ereignisse, die Politik des "Gegners" und die politischen Auswirkungen operativer Aktionen analysiere. Im September 1954 kam es darüber zu einer Auseinandersetzung zwischen der dienstlichen Leitung des SfS und dem Büro der Kreisleitung, in deren Verlauf letzteres faktisch seine diesbezügliche Unfähigkeit eingestand und signalisierte, dass es sich entsprechenden Vorgaben der Leitung des Staatssicherheitsdienstes unterordnen werde. Die Direktive der Sicherheitskommission "zur Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisation" von 1955 ist auch in diesem Zusammenhang zu interpretieren: Sie schrieb den maßgebenden Einfluss des Staatssicherheitschefs auf die Auswertung politischer Ereignisse in der SED-Kreisparteiorganisation fest. Ihr zufolge sollten der Erste Sekretär der Kreisleitung und der Leiter der Staatssicherheit einmal pro Woche nach einer Vorbesprechung im Büro der Kreisleitung die politische Situation und entsprechende Maßnahmen der Parteiarbeit erörtern. Erst nach diesem Gespräch sollte das Büro Endgültiges beschließen. Für die Auswertung wichtiger Partei- und Regierungsbeschlüsse sah die Direktive ein ähnliches Verfahren vor.[271]

---

266 Vgl. Eckart Förtsch: Parteischulung als System der Kaderbildung in der SBZ (1946–1963), maschinenschriftliche Dissertation, Erlangen-Nürnberg 1964, S. 72; Thekla Kluttig: Parteischulung und Kaderauslese in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1946–1961, Berlin 1997, S. 128–130.

267 Sitzung des Büros der SED-Kreisleitung am 17.11.1958, Bl. 729.

268 SED-Kreisleitung im MfS Berlin, ohne Datum: "Beschluß über das Parteilehrjahr 1962/63"; BStU, ZA, KL-SED 955, Bl. 45–52, hier 47.

269 1959 scheint sie zumindest teilweise noch bestanden zu haben; vgl. Büro der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 18.8.1959: Beschluß "zur Ergänzung des Beschlusses der Kreisleitung zur Durchführung des Parteilehrjahres 1959/60 vom 15. Mai 1959"; BStU, ZA, KL-SED 1964, Bl. 294–299, hier 299.

270 Dafür spricht, dass im Beschluß des Sekretariats des ZK über den Parteiaufbau im MfS aus dem Jahr 1968 von einer Verantwortung der Kreisleitung im MfS Berlin für die Parteischulung in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen nicht mehr die Rede ist; vgl. Parteiaufbau Staatssicherheit 1968; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/1481, Bl. 3 und 34–40.

271 Vgl. Direktive der Sicherheitskommission vom 26.1.1955, Bl. 1306–1308; Schumann: Parteierziehung, S. 126–128.

Die Unterstützung der "fachlichen" Schulung bewegte sich auf mehreren Ebenen. Erstens ging es um die Qualifizierung einzelner Mitarbeiter. Die Parteiorganisation sollte kontrollieren, mit welchem Eifer ihre Mitglieder "fachliche" Studien trieben. Außerdem beanspruchten die Parteileitungen bereits in den fünfziger Jahren, in die Festlegung von "fachlichen" Schulungsmaßnahmen für ihre Mitglieder eingebunden zu werden.[272] Ab den sechziger Jahren wurden ihr im Rahmen der Kaderplanung im MfS solche Funktionen auch in dienstlichen Bestimmungen des MfS zugewiesen.[273] Zweitens beschäftigte sich das Büro der Kreisleitung in den fünfziger und frühen sechziger Jahren mit der politischen Ausrichtung des Unterrichts an den Fach- und Hochschulen des MfS, der dortigen Organisation der Lehre und der Kadersituation. Dabei arbeitete sie mit der Leitung des Ministeriums, der Hauptabteilung Kader und Schulung und auch der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen zusammen.[274] Eher selten veranstaltete die Kreisparteiorganisation drittens eigene Schulungen. Sie galten der beruflichen und Allgemeinbildung sowie einigen rechtlichen Grundlagen der MfS-Arbeit; operative Fragen im engeren Sinne dürften sie nicht berührt haben.[275]

Auf dem VI. Parteitag im Januar 1963 verkündete die SED-Führung das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung .[276] Es ging mit einer besonderen Betonung wissenschaftlichen Fachwissens einher.[277] Auch die SED-Kreisleitung im MfS Berlin versuchte, "fachliche" und politische Schulung enger miteinander zu verknüpfen. Einem Beschluss des Politbüros folgend[278] rief das Büro der Kreisleitung im März 1963 die Ideologische Kommission der Kreisleitung ins Leben,[279] die mindestens bis 1966 bestand. Sie sollte die politische Grundlinie der operativen "Fachschulung" festlegen und mit dem Lehrstoff des Parteilehrjahres verknüpfen; daneben hatte sie Inhalte und Methoden der ideologischen Arbeit zu bestimmen. 1966 wurde sie zu einem Beratungsgremium für das Sekretariat der Kreisleitung zurückgestuft, das vorwiegend

---

272 Vgl. ebenda, S. 109–112.

273 Vgl. z. B. Anweisung Nr. 2/1963 des Ministers vom 13.11.1963: "Grundsätze für die Auswahl und Arbeit mit der Kaderreserve für leitende Mitarbeiter des MfS", S. 4; BStU, ZA, DSt 101432; Bestimmungen zur Kaderarbeit vom 31.12.1964, S. 32 und 47; BStU, ZA, DSt 102241; Dienstanweisung 6/65 des Ministers vom 17.5.1965 zur "Erarbeitung von Kaderprogrammen im MfS", S. 8; BStU, ZA, DSt 101061.

274 Vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 114; "Referat zur Kreisdelegiertenkonferenz im März 1959"; BStU, ZA, KL-SED 933/2, Bl. 394–448, hier 443 f.; SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 21.6.1960: "Maßnahme- und Arbeitsplan der Kreisleitung und des Büros bis Ende 1960" (künftig: Arbeitsplan der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 21.6.1960); BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 437–451, hier 440; Abteilung für Sicherheitsfragen vom 28.6.1961: Bericht über den Brigadeeinsatz an der Hochschule des MfS Potsdam-Eiche; BStU, ZA, SdM 1351, Bl. 180–187.

275 Vgl. z. B. SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 20.2.1963: "Arbeits- und Maßnahmeplan der SED-Kreisleitung VII c/1 und des Büros der Kreisleitung zur Auswertung des VI. Parteitages" (künftig: Arbeitsplan der SED-Kreisleitung vom 20.2.1963); BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 385–408, hier 393.

276 Vgl. Jörg Rösler: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970, Berlin 1991.

277 Vgl. Schwarzenbach: Kaderpolitik, S. 131–133; Dietrich Staritz: Geschichte der DDR, 2. Aufl., Frankfurt (Main) 1996, S. 218–221.

278 Vgl. Arbeitsplan der SED-Kreisleitung vom 20.2.1963, Bl. 396.

279 Büro der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 26.3.1963: "Beschluß über die Aufgaben und Arbeitsweise der Ideologischen Kommission der Kreisleitung und der Lektorate in den PO"; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 1101–1107.

theoretische Probleme diskutieren und Argumentationsgrundlagen erarbeiten sollte.[280] Die Kommission leitete Major[281] Werner Engmann, der von 1961 bis 1976 auch Sekretär für Propaganda und Agitation war. Gleichzeitig beteiligte sich die SED-Kreisparteiorganisation im MfS Berlin an den Vorbereitungen für die Einführung des "einheitlichen sozialistischen Bildungssystems"[282] auch im MfS. Die einzelnen ideologischen und "fachlichen" Schulungsformen sollten aufeinander abgestimmt und an die Schulen außerhalb des Staatssicherheitsdienstes angepasst werden.[283]

Das MfS-eigene politische Schulungssystem wurde seit den sechziger Jahren ausgebaut: Ab 1960 veranstaltete die SED-Kreisleitung im MfS wieder eigene Kreisparteischullehrgänge, weil es ihr nicht mehr gelang, genügend Plätze auf den Schulen der territorialen Kreisleitungen für die MfS-Mitarbeiter zu reservieren.[284] 1965 eröffnete das Politbüro den SED-Gliederungen "zentraler Dienststellen" die Möglichkeit, Fernlehrgänge zu veranstalten, durch die ein Bezirksparteischulabschluss erworben werden konnte.[285] Daraufhin führte die Betriebsparteiorganisation im Staatssicherheitsdienst zum ersten Mal seit 1953 wieder eigene Bezirksparteischulkurse durch.[286] Die Entwicklung mündete 1974 in die Wiedergründung einer eigenen Parteischule der SED-Kreisleitung,[287] die zwei Jahre später den Namen eines früheren Leiters der Hauptabteilung Kader und Schulung "Robert Mühlpforte" erhielt[288]. Bis 1983 wurde sie von Oberst Werner Engmann, danach von Oberst Peter Gräßler geführt. Sie unterstand direkt dem Sekretariat der Kreisleitung, der Sekretär für Agitation und Propaganda[289] leitete sie an.[290] Zunächst veran-

---

280 Abteilung Agitation und Propaganda des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 12.7.1966: "Festlegung über die Weiterführung der Arbeit der Ideologischen Kommission der Kreisleitung, ihre Aufgaben und Arbeitsweise"; BStU, ZA, KL-SED 227, Bl. 426–430. Dies ist gleichzeitig die bislang letzte Erwähnung in den Quellen.

281 ab 1964 Oberstleutnant, ab 1972 Oberst.

282 Vgl. Staritz: DDR, S. 219 f.

283 Vgl. Protokoll der Kollegiumssitzung am 29.10.1963; BStU, ZA, SdM 1902, Bl. 129–137, hier 136; Protokoll der Sitzung des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 17.12.1963, S. 3–9 mit Anlage: Ideologische Kommission der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 9.12.1963: "Die Aufgaben der Kreisparteiorganisation, die sich aus der Bürovorlage der Abteilung Schulung über die Einschätzung des Bildungsniveaus der Mitarbeiter im MfS ergeben"; BStU, ZA, KL-SED 673, o. Pag., unerschlossenes Material.

284 Joachim Hauck: "Bericht über die Durchführung der Aufgabe 1 des Beschlusses der 2. Delegiertenkonferenz am 21.3.1959" in der SED-Kreisleitungssitzung im MfS Berlin am 28.7.1959; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 865–889, hier 885 f.; Arbeitsplan der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 21.6.1960, Bl. 440.

285 Für eine neue Qualität der politisch-ideologischen Arbeit mit den Menschen. Beschluß des Politbüros vom 23.2.1965. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei, Bd. X, Berlin (Ost) 1967, S. 316–328, hier 323; vgl. auch Eckart Förtsch und Rüdiger Mann: Die SED, Stuttgart 1969, S. 89 f.

286 Abteilung Agitation und Propaganda der SED-Kreisleitung vom 3.11.1965: "Konzeption für die Organisierung des Parteischullehrganges auf externer Basis mit dem Abschluß der Bezirksparteischule; BStU, ZA, KL-SED 673, o. Pag.; Abteilung Agitation der SED-Kreisleitung vom 26.8.1966: "Information über die Ergebnisse der Parteischulung 1965/66 und Beschlußfassung zum Parteilehrjahr 1966/67"; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 634–661, hier 642.

287 "Grundsätze für die Arbeit der Parteischule (Beschluß des Sekretariats der Kreisleitung vom 30.7.1974)", (künftig: Grundsätze für die Arbeit der Parteischule); BStU, ZA, SdM 1039, Bl. 8–10.

288 Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 13.4.1976; BStU, ZA, SdM 1040, Bl. 37–42, hier 42.

289 Bis 1980 Oberst Manfred Höhne, bis 1985 Major bzw. Oberstleutnant Manfred Müller und bis 1989 Oberst Karl-Heinz Ecke.

290 Grundsätze für die Arbeit der Parteischule, Bl. 8 und 10.

staltete die Parteischule Kurse der "Kreisschule des Marxismus-Leninismus"[291] und Fernlehrgänge der Bezirksparteischule.[292] Mit dem ersten Bezirksparteischuldirektlehrgang 1983/84[293] wurde sie zur regulären Bezirksparteischule mit vier Lehrstühlen ausgebaut,[294] blieb aber weiterhin vornehmlich für Kader der Kreisparteiorganisation zuständig. Wahrscheinlich zur gleichen Zeit erhielt die Kreisschule des Marxismus-Leninismus eine von der Parteischule getrennte ehrenamtliche Leitung.[295]

3.2.3 Disziplinierung

Die oben erwähnten Einschränkungen der Disziplinierungskompetenz der SED im MfS datierten bereits aus den frühen fünfziger Jahren. Der erste Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, förderte zwar alle jene Disziplinierungsaktivitäten der Partei, die ihm die Effizienz der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit zu erhöhen schienen. So ermutigte er die SED im MfS zur Überwachung der politischen Einstellung und des Privatlebens der Mitarbeiter. Letzteres sollte Sicherheitsrisiken wie unkontrollierte private Kontakte, Schulden oder Alkoholabhängigkeit der MfS-Mitarbeiter ausschalten, die zu Verletzungen der Konspiration oder gar zur Erpressbarkeit führen konnten. Außerdem wies Zaisser der SED im MfS die Aufgabe zu, sich um die Erhaltung der Arbeitsdisziplin und der inneren Ordnung des Staatssicherheitsapparates zu kümmern und beispielsweise gegen Unpünktlichkeit, unvorschriftsmäßige Dienstkleidung oder Trunkenheit im Dienst vorzugehen.[296]

Der Minister bremste jedoch alle jene Bestrebungen der Betriebsparteiorganisation, die ihm die geheimpolizeilich-geheimdienstliche Arbeit zu gefährden schienen. 1952 sprach er der SED im MfS ein eigenständiges Recht zur Untersuchung von Verfehlungen in der operativen Arbeit ab, indem er auf den konspirativen Charakter der Tätigkeit des MfS und das Prinzip der "Einzelleitung" verwies. Er stellte es ins Ermessen der Dienstvorgesetzten zu bestimmen, inwieweit die Parteiorganisation bei der Ahndung dienstlicher Verfehlungen einbezogen werden sollte. Die Parteiorganisation, so erläuterte er, dürfe beispielsweise einen Mitarbeiter, der nicht genügend

---

291 Diese entsprachen den früheren Kreisparteischullehrgängen; vgl. Förtsch/Mann: SED, S. 89.

292 Grundsätze für die Arbeit der Parteischule, Bl. 9; Abteilung Parteiorgane des Apparates der SED-Kreisleitung vom 13.10.1975: "Durchführung von Lehrgängen an der Parteischule der SED-Kreisleitung und Bestätigung des Teilnehmerschlüssels für die Delegierung zu den Lehrgängen für Bezirksparteischüler und der Kreisschule Marxismus/Leninismus. Vorlage für das Sekretariat der Kreisleitung", beschlossen in der Sitzung des Sekretariats der Kreisleitung im MfS Berlin am 4.11.1975; BStU, ZA, KL-SED 600, Bl. 1217–1228 sowie 1286–1292, hier 1217 und 1291.

293 SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 20.8.1983: "Arbeitsplan für den Zeitraum vom 1.8.1983 bis 29.2.1984 (Beschluß des Sekretariats vom 19.7.1983)", S. 8; BStU, ZA, KL-SED 224, o. Pag., unerschlossenes Material.

294 Parteischule "Robert Mühlpforte" der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 10.8.1984: Analyse über die Arbeit der Parteischule 'Robert Mühlpforte' im Studienjahr 1983/84", S. 1; BStU, ZA, KL-SED 582, o. Pag., unerschlossenes Material.

295 Sekretär für Agitation und Propaganda der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 22.8.1984: "Bemerkungen zu TOP 2 der Sitzung des Sekretariats am 21.8.1984 (Analyse der Kreisschule des Marxismus-Leninismus)", S. 1; ebenda.

296 Vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 83 f.

inoffizielle Mitarbeiter führe, nur dann zur Rechenschaft ziehen, wenn der dienstliche Leiter sie damit beauftrage.[297]

Zaissers Nachfolger Ernst Wollweber führte dessen Linie fort. Im Februar 1956 legte er mit der Direktive 1/56 "über die Beseitigung von Hemmnissen bei der Entfaltung eines innerparteilichen Lebens durch eine unbehinderte Kritik und Selbstkritik in den Parteiorganisationen der Organe der Staatssicherheit"[298] erstmals schriftlich Möglichkeiten und Grenzen der Kritik in Parteiversammlungen fest. Eingangs beanstandete Wollweber, dass leitende Mitarbeiter Kritik unterdrückten, indem sie die Behandlung operativer Fragen in Parteiversammlungen verböten und dabei den Begriff "operative Arbeit" sehr weit fassten. Der Minister erklärte demgegenüber, dass Parteimitglieder in Parteiversammlungen unabhängig von ihrem dienstlichen Rang kritisiert werden könnten, für moralische Verfehlungen ebenso wie für Schwächen in der "fachlichen" Arbeit. Sogar "Mängel und Fehler in der operativen Arbeit" sollten grundsätzlich behandelt werden dürfen. Verboten war es jedoch, Namen, Anzahl und Einsatz inoffizieller Mitarbeiter zu erwähnen, ebenso die konspirativen Verbindungen zu ihnen, operative Technik, operative Vorgänge sowie schließlich bevorstehende und laufende operative Maßnahmen. Falls ein Abteilungsleiter meine, durch Kritik werde die Arbeit seiner Abteilung dekonspiriert, habe er die Leitung des MfS sofort zu unterrichten, damit diese den Sachverhalt prüfen könne.[299]

Die Direktive zeigt den Vorrang dienstlicher Belange vor den Disziplinierungskompetenzen der Partei besonders deutlich. Bemerkenswert ist daran zunächst, dass das Verhalten von SED-Mitgliedern auf Parteiversammlungen durch eine dienstliche Anordnung vorgeschrieben wurde, auch wenn diese letztlich durch ein hohes Parteigremium außerhalb des MfS, nämlich der Sicherheitskommission, bestätigt worden war.[300] Ihrem Inhalt nach war die Direktive zweischneidig. Einerseits scheint es Wollwebers Absicht gewesen zu sein, die bis dahin eher lethargische Parteiorganisation stärker in die Kadererziehung im MfS einzubinden. Hintergrund mochten die Vielzahl von alkoholisierten Ausschweifungen, von zweifelhaften Frauenbekanntschaften und anderen moralischen Verfehlungen gewesen sein, die sich die MfS-Mitarbeiter bis in die oberen Ränge hinein zuschulden kommen ließen. Sie führten zur Verletzung konspirativer Grundsätze, zur Vernachlässigung der Dienstobliegenheiten und zur zusätzlichen Schädigung des ohnehin nicht eben positiven Rufs der Staatssicherheit in der Öffentlichkeit. Mit der schriftlichen Bestimmung von erlaubten und verbotenen Diskussionsgegenständen sowie durch die Festlegung eines Instanzenwegs in strittigen Fällen schuf die Direktive eine Berufungsgrundlage für diejenigen, die solche Dinge in der Parteiversammlungen zur Sprache bringen wollten. Sie schränkte die Willkür von Vorgesetzten ein und ermutigte insofern zu Kritik. Andererseits legte Wollweber mit dem Katalog der in Parteiversammlungen verbotenen Diskussionsgegenstände

---

297 Protokoll der Kreisdelegiertenkonferenz der SED im MfS Berlin am 14./15.6.1952, erster Redebeitrag Wilhelm Zaisser; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 504–514, hier 507; vgl. auch Schumann: Parteierziehung, S. 85 f.

298 Direktive 1/56 vom 10.2.1956; BStU, ZA, DSt 101143, o. Pag.

299 Vgl. ebenda, S. 2–4.

300 Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 9.2.1956; BA-MA Freiburg, DVW 1/39550, Bl. 1 f.

die Grenzen der Parteidisziplinierung verbindlich fest. Zudem wies er die Entscheidung darüber, ob eine Kritik dekonspiriere, nicht der SED-Kreisleitung im MfS Berlin, sondern der dienstlichen Leitung des MfS zu. Wie sein Vorgänger Zaisser behielt sich Wollweber vor, den Disziplinierungseifer der Betriebsparteiorganisation immer dann zu zügeln, wenn er die Effizienz der Arbeit der Staatssicherheit zu schädigen drohte.[301]

Auch hinsichtlich der Parteikritik an Vorgesetzten setzten die militärische Struktur des MfS und das Prinzip der Einzelleitung Grenzen: Unter Berufung auf letzteres wollte Zaisser 1953 dienstliche Anordnungen von Vorgesetzten aus der abteilungsöffentlichen Kritik vor den Grundorganisationen ausgenommen wissen.[302] Wollweber ermutigte in seiner Direktive 1/56 zwar zur abteilungsöffentlichen Kritik an Vorgesetzten. Weil er jedoch der dienstlichen MfS-Leitung die Entscheidung darüber vorbehielt, ob eine Kritik dekonspiriere, konnte er diese im Einzelfall beliebig kanalisieren.

Dennoch war die Parteikritik an Vorgesetzten keineswegs bedeutungslos. Es sind eine Reihe von Beispielen belegt, wo sich diese in Einzelgesprächen mit Parteifunktionären oder vor dem Büro der Kreisleitung wegen ihres Führungsstils verantworten mussten.[303] Informationen über ernstliche Führungsschwächen oder dienstliche Verfehlungen eines Vorgesetzten erhielten die Parteileitungen in vielen Fällen durch den ihm gleichgeordneten Parteisekretär. Mitunter hat wohl auch die HA KuSch die SED-Kreisleitung über Probleme informiert. Überdies haben sich manchmal Mitarbeiter wegen des Verhaltens ihrer Vorgesetzten an die Partei gewandt.[304] Dieses auch im SED-Statut verankerte Recht[305] hatte ihnen bereits der erste Minister Zaisser ausdrücklich zugestanden.[306] Wann es sich bei den Hinweisen an die Parteileitungen oder die KPKK um Hilferufe bei persönlichen Konflikten handelte und wann um Denunziationen, ist ohne genaue Betrachtung des Einzelfalls nicht zu entscheiden. Wahrscheinlich ist aber, dass die aktenkundig gewordenen Fälle lediglich die Spitze des Eisbergs darstellten.[307]

---

301 Vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 91–94.

302 Protokoll der SED-Kreisparteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.1.1953, Redebeitrag Wilhelm Zaisser; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 28–36, hier insbesondere 30 f.

303 Vgl. z. B. Protokoll der Sitzung des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 25.11.1957; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 177–189, hier 178 f. sowie 182 f.; Parteiorganisation IV vom 24.11.1962: "Beurteilung über den Genossen Oberst [...]"; BStU, ZA, HA KuSch, KS I 2/84, Bl. 205 f.; ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen vom 25.5.1965: "Bericht über den Brigadeeinsatz in der Hauptabteilung VII"; BStU, ZA, SdM 412, Bl. 150–160, hier 155.

304 Vgl. Schumann, Parteierziehung, S. 99; Jahresberichte der KPKK im MfS über ihre Arbeit in den Jahren 1977–1989; BStU, ZA, KL-SED 504, passim, und KL-SED 510, Bl. 5–69 und 125–135, passim.

305 Vgl. Statut der SED 1950, Abschnitt 3 e). In: Dokumente der SED, Bd. III, Berlin (Ost) 1952, S. 165; Statute der SED 1954, 1963 und 1976, Abschnitte 2 h) und 3 e). In: ebenda, Bd. V, Berlin (Ost) 1956, S. 93 f.; ebenda, Bd. IX, Berlin (Ost) 1965, S. 300–302, Fricke (Hg.): Programm und Statut, S. 111 und 113.

306 Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.1.1953, Redebeitrag Wilhelm Zaisser; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 30 f.; vgl. auch Redebeitrag Erich Mielke auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 14.2.1958; BStU, ZA, KL-SED 82, S. 87–102, hier 100; Befehl 29/66 des Ministers vom 21.10.1966, S. 2; BStU, ZA, DSt 100496.

307 Vgl. die sich häufig wiederholenden Bemerkungen der KPKK, dass sich über die in ihren Berichten geschilderten Fälle hinaus viele Parteimitglieder mit persönlichen Problemen, sei es im privaten oder im dienstlichen Bereich, an sie wenden würden; vgl. KPKK im MfS Berlin vom 1.3.1971: "Erfassung und Ein-

Ganz risikolos war es für den einzelnen nicht, sich mit seinen Problemen an die Parteileitungen oder die KPKK zu wenden. Wenn diese eine Eingabe als ungerechtfertigt ansahen, riskierte der Beschwerdeführende unangenehme Aussprachen oder konnte gar selbst zum Objekt parteierzieherischer Maßnahmen werden. Ein Engagement der Parteileitungen oder der KPKK bei Verfehlungen von Führungskräften darf daher nicht als Vertretung der Basis missverstanden werden, auch wenn sich die SED zumindest teilweise bemüht haben dürfte, Konflikte durch Vermittlung gütlich zu schlichten, ja es in selteneren Fällen sogar zu KPKK-Untersuchungen oder/und Aussprachen bzw. Parteiverfahren gegen Vorgesetzte kam.[308] Insgesamt betrafen in den achtziger Jahren jeweils sieben bis zehn Prozent aller Parteiverfahren pro Jahr im MfS Berlin Angehörige mit den Dienstgraden Major bis Oberst, die in der Regel Mitarbeiter in Leitungsfunktionen waren.[309]

Tabelle 3: Anteil der Angehörigen mit den Dienstgraden Major, Oberstleutnant, Oberst an den Parteiverfahren im MfS Berlin[310]

Anzahl der Parteiverfahren	1981	1982	1984	1985	1987	1988
gesamt	278	360	407	359	311	327
davon Dienstgrade: Major, Oberstleutnant, Oberst – absolut	23	33	28	36	29	29
relativ (%)	8,3	9,2	6,9	10,0	9,3	8,9

Es ist davon auszugehen, dass Maßnahmen gegen Vorgesetzte nur in Abstimmung mit den zuständigen dienstlichen Instanzen eingeleitet werden konnten. Diese hatten über ihre Präsenz in den zuständigen Parteigremien jederzeit die Möglichkeit, in Maßregelungen einzugreifen: Ab 1952 gehörte mindestens ein Stellvertreter des Ministers dem Sekretariat bzw. Büro der Kreisleitung an, lange Zeit war auch der Leiter der Hauptabteilung Kader und Schulung Mitglied dieses Gremiums.[311] In der KPKK war die HA KuSch spätestens seit 1962 durch den Leiter der

schätzung der Eingaben und durchgeführten Untersuchungen"; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 439–441, hier 441; KPKK der SED im MfS Berlin vom 15.12.1977: "Bericht über die Arbeit der KPKK im Jahre 1977" (künftig: KPKK-Bericht 1977); ebenda, Bl. 209; KPKK-Bericht 1978; ebenda, Bl. 165.

308 Vgl. u. a. ebenda, Bl. 164; KPKK-Bericht 1983; ebenda, Bl. 22.

309 Vgl. Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), S. 23.

310 Entnommen den Jahresberichten der KPKK für die angegebenen Jahre; 1981 und 1982 vgl. BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 87 und 54; 1984, 1985 und 1987 vgl. BStU, ZA, KL-SED 510, Bl. 26, 43 und 67; 1988 vgl. BStU, ZA, KL-SED 56, Bl. 120. In der Gesamtzahl der Parteiverfahren sind für 1981, 1984 und 1987 jeweils 3, für 1988 10 in Parteiverfahren ausgesprochene Verwarnungen und Mißbilligungen enthalten, die in Tabelle 4 fehlen, da sie keine Parteistrafen im engeren Sinne darstellen. Bei den Angaben für 1981 sind die für die Diensteinheiten und das Wachregiment getrennt ausgewiesenen Werte zusammengerechnet. Zu berücksichtigen ist, dass in den KPKK-Berichten für die achtziger Jahre keine exakten Berichtszeiträume angegeben sind.

311 1958 wurde Mühlpforte Kandidat des Büros der Kreisleitung. 1964, als das Büro zum Sekretariat umgebildet wurde, war er nicht mehr dabei. Von 1967 bis zu seiner Verrentung im Jahr 1972 gehörte er dem Sekretariat erneut an. In den Jahren 1973 bis 1976 war der KuSch-Leiter Walter Otto Mitglied des Sekretariats, ab 1984 sein Nachfolger Günter Möller; vgl. "Vorstellung der neuen Kreisleitungsmitglieder durch Gen. Hauck [auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz am 3/4.6.1958]"; BStU, ZA, KL-SED 933/2, Bl. 589; "Sekretariatsmitglieder" vom 22.3.1967, ohne Autor; BStU, ZA, KL-SED 933/1, Bl. 5; "Zusammengefasste

Abteilung Disziplinar bzw. den stellvertretenden Hauptabteilungsleiter vertreten.[312] Mitunter führten KPKK und Hauptabteilung Kader und Schulung auch gemeinsam Untersuchungen in den Diensteinheiten durch.[313]

Wie die Zusammenarbeit von dienstlichen und Parteiinstanzen bei der Disziplinierung von Vorgesetzten funktionierte, zeigt ein Beispiel aus dem Jahr 1979. Die KPKK fand heraus, dass ein dienstlicher Leiter ein außereheliches Verhältnis mit einer Untergebenen hatte. Sie gab das Untersuchungsergebnis an den Ersten Sekretär der Kreisleitung weiter, dieser besprach den Fall mit Mielke. Anschließend stellten der Erste Sekretär und der zuständige Stellvertreter des Ministers gemeinsam den Betroffenen zur Rede. Nachdem der Beschuldigte seine Verfehlungen eingestanden hatte, strengte die KPKK gegen ihn und seine Geliebte ein Parteiverfahren an. Dienstlicherseits wurden auf Befehl des Ministers "kadermäßige Veränderungen" eingeleitet, unter denen wohl die Absetzung des Vorgesetzten und/oder die Versetzung seiner Untergebenen zu verstehen sind.[314] Noch deutlicher wird die Dominanz dienstlicher Strukturen in einem anderen Fall: Im August 1989 stellte die KPKK gemeinsam mit der HA KuSch fest, dass leitende Mitarbeiter einer Abteilung ihre dienstliche Stellung ausnutzten, um sich Blumen, Theaterkarten, Geschenkpäckchen und anderes mehr besorgen zu lassen, außerdem, so die KPKK, würden sie private Feiern in den ihnen anvertrauten "Sicherungsobjekten" veranstalten und damit die Konspiration gefährden.[315] Sie leitete das Untersuchungsergebnis an den zuständigen stellvertretenden Minister Neiber weiter. Dieser kam jedoch mit dem Leiter der HA KuSch überein, den Fall nicht weiterzuverfolgen, und veranlasste auch die KPKK, von parteierzieherischen Maßnahmen erst einmal abzusehen.[316]

Insbesondere das letzte Beispiel illustriert, dass die enge Verzahnung von Disziplinar- und Parteiverfahren zur Verwischung der Grenzen zwischen beiden führte, so sehr die Beteiligten darauf achteten, zumindest den Anschein ihrer Selbständigkeit zu wahren. 1987 sah sich der Erste Sekretär der Kreisleitung genötigt, den Leiter der HA KuSch darauf hinzuweisen, dass die schriftlichen Abschlussberichte des Bereichs Disziplinar über Maßnahmen gegen einzelne Mitarbeiter "in Zukunft keine Empfehlungen über parteierzieherische Maßnahmen bzw. Parteistra-

---

Auskunft", Kaderakte Walter Otto; BStU, ZA, HA KuSch, KS 20/89, Bl. 2–13, hier 9; Protokoll der konstituierenden Sitzung der SED-Kreisleitung am 18.2.1984; BStU, ZA, KL-SED 42, Bl. 50–54, hier 52.

312 1962–1972 Major bzw. Oberstleutnant Walter Otto (zuerst Leiter der Abt. Disziplinar, ab 1965 stellvertretender Hauptabteilungsleiter), 1974–1987 Oberstleutnant bzw. Oberst Hans-Joachim Schulze und 1987–1989 Oberst Klaus Fügner als die jeweiligen Leiter der Abteilung bzw. des Bereiches Disziplinar; vgl. die Briefwechsel zwischen der ZPKK und der KPKK im MfS Berlin zwischen 1962 und 1986 wegen der Bestätigung der Mitglieder und Kandidaten der KPKK; BStU, ZA, KL-SED 573, passim; Protokoll der Sitzung der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 1.7.1987; BStU, ZA, KL-SED 42, Bl. 1438.

313 Vgl. KPKK-Bericht 1977, Bl. 206; PKK der SED im MfS Berlin vom 11.9.1989: "Bericht über die Ergebnisse der Untersuchung in der GO [...]"; BStU, ZA, KL-SED 87, Bl. 1058–1068, hier 1058.

314 KPKK-Bericht 1979; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 143.

315 Vgl. PKK der SED im MfS Berlin vom 11.9.1989: "Bericht über die Ergebnisse der Untersuchung in der GO [...]"; BStU, ZA, KL-SED 87, Bl. 1058–1068, hier 1065–1068; Protokoll der Sitzung der PKK im MfS Berlin am 21.11.1989; BStU, ZA, KL-SED 510, Bl. 216–222, hier 219 f.

316 Ebenda; vgl. auch Protokoll der Sitzung der PKK im MfS Berlin am 12.9.1989; BStU, ZA, KL-SED 510, Bl. 290–293, hier 293.

fen oder Ausschlüsse" enthalten dürften.[317] Anfang 1989 musste die KPKK die Grundorganisationen darauf aufmerksam machen, dass es nicht dem Statut entspreche, wenn die dienstlichen Vorgesetzten die Eröffnung eines Parteiverfahrens begründeten.[318] Umgekehrt sind Hinweise auf Einflussnahmen der SED-Kreisparteiorganisation auf das dienstliche Disziplinarwesen überliefert, beispielsweise die bereits erwähnte Einbeziehung des Parteisekretärs in Disziplinarverfahren.[319] Mindestens einmal hat die KPKK auch anlässlich eines Parteiverfahrens die Entlassung eines Mitarbeiters vorgeschlagen.[320] Auf Eingaben von Mitarbeitern hin überprüfte sie überdies manchmal auch die Berechtigung von Disziplinarstrafen. Allerdings ist kaum vorstellbar, dass dies ohne Zusammenarbeit mit der Leitung der Hauptabteilung Kader und Schulung geschehen konnte.[321] Insgesamt jedoch zeichnet sich der Eindruck einer gewissen Unterordnung des Parteistrafenwesens unter das dienstliche Disziplinarwesen ab, zumindest soweit es dienstrechtlich relevante Verfehlungen betraf. Dafür spricht auch das Bekenntnis der KPKK in der Umbruchsphase 1989, dass sie sich in der Vergangenheit zu sehr durch Vorgaben des Ministers oder anderer leitender Kader habe beeinflussen lassen. Diese hätten ihre Eingriffe in das Parteistrafenwesen mit Rücksicht auf das Ansehen des MfS in der Öffentlichkeit, mit "Erfordernissen der inneren Sicherheit" oder mit den bisherigen Verdiensten des zu Bestrafenden begründet.[322] "Dienstliche Entscheidungen", so fasste die Parteikontrollkommission zusammen, "hinderten oftmals die Parteikollektive und auch die PKK an der Wahrnehmung ihrer Verantwortung nach dem Statut."[323]

Die quantitative Entwicklung von Parteistrafen lässt sich für die SED-Kreisparteiorganisation in der Berliner Zentrale des Staatssicherheitsdienstes ab 1959 kontinuierlich verfolgen.[324] Die folgende Tabelle[325] erfasst diejenigen Parteiverfahren, in denen Parteistrafen ("Rüge", "strenge

317 Felber an Möller vom 27.2.1987; BStU, ZA, KL-SED 573, Bl. 693.
318 Vgl. Zur Auswertung der Beratung vom 15.2.1989; BStU, ZA, KL-SED 510, Bl. 873.
319 Vgl. Kapitel 2.2.3.
320 Vgl. "Beschlüsse über die Erteilung und Löschung von Parteiverfahren zur Bestätigung im Sekretariat der Kreisleitung am 17.9.1985", S. 3; BStU, ZA, KL-SED 224, o. Pag., unerschlossenes Material.
321 Vgl. KPKK-Bericht 1981, Bl. 84 f.
322 PKK-Bericht 1989, Bl. 134; vgl. auch Beschluß der PKK der SED im AfNS vom 7.12.1989, ohne Titel; BStU, ZA, KL-SED 582, Bl. 266–268.
323 PKK im MfS Berlin vom 14.11.1989: "Schlußfolgerungen und Aufgaben der PKK nach dem 10. Plenum des ZK der SED." Entwurf zum Beschluß der PKK vom 14.11.1989; BStU, ZA, KL-SED 510, Bl. 156–158, hier 158.
324 Für die Zahlen der Jahre 1956 bis 1958 vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 102–104. Sie lassen sich mit den späteren nur sehr begrenzt vergleichen, weil sie die im Wachregiment Berlin und der HV A erteilten Parteistrafen nicht einbeziehen.
325 Herkunft der Zahlen in Tabelle 4: KPKK der SED im MfS Berlin vom 14.1.1959 [gemeint: 1960]: "Statistik über Parteiverfahren für das Jahr 1959"; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 590; KPKK der SED im MfS Berlin vom 17.1.1961 betr. "Parteiverfahren 1960"; ebenda, Bl. 565; "Statistik über beschlossene Parteistrafen" im Kreis VII c/1 für die Jahre 1961–1971; ebenda, Bl. 911 f., 885 f., 872 f., 858 f., 841 f., 802 f., 957 f., 725 f., 503 f., 430 f., 398 f.; KPKK der SED im MfS Berlin "Analyse der Parteiverfahren" für die Jahre 1972–1976; ebenda, Bl. 348, 314, 288, 255, 222; KPKK-Berichte für die Jahre 1977–1983; ebenda, Bl. 203, 160, 139, 122, 87, 54, 11; KPKK-Berichte für die Jahre 1984, 1985, 1987 und 1989; BStU, ZA KL-SED 510, Bl. 26, 35, 60, 126; KPKK-Bericht 1988; BStU, ZA, KL-SED 56, Bl. 108. Die Gesamtzahl der Strafen wurde aus den für die einzelnen Strafmaße angegebenen Einzelwerten errechnet. Soweit diese getrennt nach Bestrafung durch die Grundorganisation und Bestrafung durch die PKK, getrennt nach Diensteinheiten des

Rüge", "Rückversetzung in den Kandidatenstand" oder "Ausschluss") beschlossen wurden. Die Entfernung von Mitgliedern und Kandidaten aus der SED durch "Streichung" stellte keine Parteistrafe im engeren Sinne dar; sie konnte sowohl mit und ohne Parteiverfahren erfolgen. Für die Betroffenen im MfS hatte sie jedoch ähnliche Konsequenzen wie die höheren Parteistrafen; sie ging wohl in der Regel mit der Entlassung aus dem Staatssicherheitsdienst einher. "Streichungen" wurden deshalb in die folgende Tabelle einbezogen, soweit sie in den Strafenstatistiken der SED-Kreisleitung unter den Parteistrafen aufgelistet und, so ist in diesen Fällen zu vermuten, die "Streichung" in einem Parteiverfahren erfolgte. Die weniger gravierenden, als parteierzieherische Mittel eingesetzten "Kritiken", "Missbilligungen" oder "Verwarnungen"[326] blieben dagegen auch dann unberücksichtigt, wenn sie das Ergebnis eines Parteiverfahrens waren. Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass die Erfassungszeiträume in den Quellen nicht ganz einheitlich sind.[327] Daraus können sich Schwankungen ergeben, die die Genauigkeit beeinträchtigen. Die generellen Tendenzen bleiben von diesen Unschärfen jedoch unberührt.

MfS Berlin und Wachregiment "Feliks Dzierzynski" oder getrennt nach Mitgliedern und Kandidaten angegeben waren, wurden sie zusammengerechnet.

326 Die Aufgliederung folgt dem Statut der SED von 1976, Abschnitte 7 und 8. In: Fricke: Programm und Statut, S. 114 f. Die ebenfalls in die Tabelle aufgenommene Parteistrafe "Rückversetzung in den Kandidatenstand für die Dauer eines Jahres" ist im Statut von 1963 noch aufgeführt; Abschnitt 7. In: Dokumente der SED, Bd. IX, 1965, S. 303. Seit Ende der sechziger Jahre wurde sie offenbar nicht mehr verhängt und wird im Statut von 1976 auch nicht mehr genannt.

327 Die Werte für die Jahre 1961–1968 beziehen sich auf den Zeitraum vom 1.1.–31.12. des jeweiligen Jahres, die Zahlen für 1969 auf den Zeitraum vom 1.1.–15.12. des Jahres, die Werte für 1971 und 1972 auf den Zeitraum vom 15.12. des Vorjahres bis 15.12. des laufenden Jahres. In den Berichten von 1975 und 1976 wird die Zeit vom 1.12. des Vorjahres bis zum 30.11. des laufenden Jahres als Berichtszeitraum genannt. Für die übrigen Jahre fehlen entsprechende Angaben.

Tabelle 4: Übersicht über die in Parteiverfahren verhängten Parteistrafen und Streichungen im MfS Berlin von 1959–1989[328]

Jahr	Strafen					
	Rüge	strenge Rüge	Versetzung in den Kandidatenstand	Streichung[329]	Ausschluss	Gesamt
1959	62	16	8	34	7	127
1960	55	24	9	17	20	125
1961	48	10	9	14	15	96
1962	53	15	9	19	7	103
1963	46	8	5	22	7	88
1964	31	4	3	13	5	56
1965	19	4	1	3	9	36
1966	12	3	3	6	1	25
1967	8	3	–	3	8	22
1968	16	4	–	7	3	30
1969	11	7	–	10	6	34
1970	17	11	–	13	5	46
1971	25	8	–	9	7	49
1972	43	22	–	3	16	84
1973	41	15	–	1	22	79
1974	54	20	–	1	7	82
1975	89	41	–	7	20	157
1976	64	42	–	5	7	118
1977	88	69	–	12	23	192
1978	79	66	–	7	19	171
1979	85	103	–	7	24	219
1980	113	105	–	8	54	280
1981	85	133	–	15	42	275
1982	114	177	–	3	66	360
1983	117	218	–	5	82	422
1984	139	192	–	8	65	404
1985	140	155	–	17	47	359
1986	k. A.	k. A.	k. A	k. A.	k. A.	k. A.
1987	89	161	–	10	48	308
1988	119	154	–	15	29	317
1989	143	124	–	13	72	352

1959 sprach die SED im MfS Berlin in Parteiverfahren 127 Strafen und Streichungen aus. Im Laufe der sechziger Jahre sank die Anzahl der Bestrafungen pro Jahr stark ab. An dem Tiefstpunkt im Jahre 1967 wurden lediglich 22 Strafen bzw. Streichungen verhängt, im Vergleich zu 1959 sind das nur 17,3 Prozent. Ab dem Beginn der siebziger Jahre ist ein lediglich im Jahre 1976 unterbrochener Anstieg der Anzahl der Bestrafungen zu beobachten, der seinen Höhepunkt im Jahr 1983 mit 422 Parteistrafen und in Parteiverfahren ausgesprochenen Streichungen erreichte. Zwischen 1983 und 1988 nahm die Anzahl der Bestrafungen erneut ab, und stieg erst 1989 wieder an.

---

328 Quellenangaben siehe Anm. 325.

329 Die Werte für 1963 und 1964 enthalten 11 bzw. 8 "Streichungen wegen mangelnder politischer Reife", die Werte für 1965: 2, für 1966: 1, für 1967: 1, für 1968: 2, für 1969: 8, für 1970: 7 und für 1971: 6 "Streichungen bei der Aufnahme zum Mitglied", die in den statistischen Bögen getrennt aufgeführt wurden.

Genauer interpretieren lässt sich diese Entwicklung im Zusammenhang mit der Entwicklung der Mitgliederzahlen der Kreisparteiorganisation. 1959 wurden 2,3 Prozent der 5.415 Mitglieder und Kandidaten im Ergebnis von Parteiverfahren bestraft. Für die sechziger Jahre sind die Mitglieder- und Kandidatenzahlen der SED in der Berliner MfS-Zentrale nicht überliefert; es ist jedoch tendenziell von einem Wachstum der Kreisparteiorganisation auszugehen,[330] da der Personalbestand des Ministeriums in dieser Zeit stetig wuchs.[331] Bezogen auf die steigenden Mitgliederzahlen ist der Rückgang der Bestrafungen in den sechziger Jahren wohl noch gravierender, als es die vorliegenden Zahlen vermuten lassen.

Tabelle 5: In Parteiverfahren verhängte Parteistrafen und Streichungen im MfS Berlin im Verhältnis zur Anzahl der SED-Angehörigen[332]

Jahr	SED-Angehörige	Strafen und Streichungen	Strafen und Streichungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der SED-Angehörigen (%)
1959	5.415	127	2,35
1972	18.538	84	0,45
1973	19.513	79	0,40
1974	k. A.	82	k. A.
1975	20.901	157	0,75
1976	22.696	118	0,52
1977	24.598	192	0,78
1978	k. A.	171	k. A.
1979	27.417	219	0,80
1980	k. A	280	k. A.
1981	30.791	275	0,89
1982	k. A.	360	k. A.
1983	33.181	422	1,27
1984	33.051	404	1,22

In den "langen siebziger Jahren" kehrte sich der Trend um. Es ist ein Anstieg der Disziplinierungsmaßnahmen zu beobachten, auch wenn man den Zuwachs der Mitglieder- und Kandidatenzahlen in Rechnung stellt. Waren 1972 noch weniger als 0,5 Prozent aller Mitglieder der Kreisparteiorganisation von einer Parteistrafe oder einer Streichung mittels eines Parteiverfah-

---

330 Einen entsprechenden Hinweis vgl. KPKK im MfS Berlin vom 7.2.1964: "Anlage zur Statistik über durchgeführte Parteiverfahren im Jahre 1963 der Kreisleitung VII c/1. Einschätzung des politisch-moralischen Zustandes der Kreisparteiorganisation VII c/1 für das Jahr 1963; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 869–871, hier 871.

331 Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), S. 40 f.

332 Bei den Mitglieder- und Kandidatenzahlen ergeben sich gewisse Unregelmäßigkeiten dadurch, dass sie nicht jedes Jahr zum gleichen Datum erhoben wurden bzw. bei einigen Quellen das Datum nicht genau feststellbar ist. Auf die generelle, in der Tabelle ausgedrückte Tendenz hat dies jedoch keinen Einfluß; vgl. "Statistische Jahresberichte" der SED-Kreisleitung im MfS Berlin und der PO des Wachregiments (VII L) vom 31.12.1959; BStU, ZA, KL-SED 97, Bl. 647 f. sowie KL-SED 421, Bl. 1673 (Die Zahlen für das Wachregiment wurden mit denen für die übrigen Diensteinheiten des MfS zusammengerechnet.); "Änderungsdienst 2/72, Stand 3.11.1972"; BStU, ZA, KL-SED 923, Bl. 414 f.; "Abschlußbericht zum Änderungsdienst 2/73 (September/Oktober 1973)", ohne Autor, ohne Datum; ebenda, Bl. 474; SED-Kreisleitung im MfS Berlin, Sektor Mitgliederbewegung: "Information [...] zur Versammlungstätigkeit in der Kreisparteiorganisation in den Monaten September, Oktober und November" für die Jahre 1975–1977, Stand jeweils 10.12. des Jahres; BStU, ZA, KL-SED 923, Bl. 912, 930, 195; "Statistischer Bericht" vom 10.12.1979, ohne Autor; ebenda, Bl. 802; SED-Kreisleitung im MfS Berlin, ohne Datum: "Quittungsliste Abschlußbericht Änderungsdienst 1981"; ebenda, Bl. 566 f." Abschlußbericht Änderungsdienst 1983", ohne Autor, ohne Datum; ebenda, Bl. 657; "Statistischer Bericht" vom 14.5.1984; ebenda, Bl. 99. Anzahl der Strafen wie Tabelle 4.

rens betroffen, so stieg dieser Anteil bis 1983 auf fast 1,3 Prozent. Für die zweite Hälfte der achtziger Jahre fehlen Angaben über die Mitglieder- und Kandidatenzahlen im MfS Berlin. Da das Personal im MfS bis 1986 weiter wuchs und lediglich 1987/88 leicht abnahm,[333] ist anzunehmen, dass auch die Anzahl der SED-Angehörigen im MfS nicht wesentlich zurückging. So dürfte der Rückgang der absoluten Anzahl von Strafen und Streichungen auch einem prozentualen Rückgang entsprechen. Insgesamt ist zu berücksichtigen, dass sich selbst die für die siebziger und achtziger Jahre höchste Prozentzahl von Bestrafungen aus dem Jahr 1983 noch weit unter derjenigen von 1959 bewegte. Dies stützt die Annahme, dass sich die in den fünfziger Jahren noch recht undisziplinierte, zuweilen heftig über die Stränge schlagende Mitarbeiterschaft im Laufe der sechziger Jahre in einen innerlich gefestigten, recht stabilen Funktionärskörper verwandelt hatte.[334]

Für den dennoch zu beobachtenden Anstieg der Strafen und Streichungen während der siebziger Jahre zeichnen sich mehrere Ursachen ab. Mitverantwortlich dürfte der kräftige Anstieg der Mitgliederzahlen sein. Durch die personelle Ausweitung des MfS in den siebziger Jahren kamen besonders viele junge Mitglieder zur Kreisparteiorganisation, die sich in die militärische und Parteidisziplin erst einfügen mussten[335] und häufiger auffällig wurden. Tabelle 6 zeigt für die Zeit ab 1974, dass Kandidaten und junge SED-Mitglieder mit einem Parteialter von bis zu fünf Jahren generell einen sehr hohen Anteil der Bestraften stellten, nämlich ein Drittel bis die Hälfte. Überdies wird deutlich, dass die Anzahl der Bestrafungen für Kandidaten oder junge Parteimitglieder ab 1974 schneller stieg als die Gesamtzahl aller im MfS Berlin verhängten Strafen.

---

333 Vgl. Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), S. 40.
334 Vgl. Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), S. 74.
335 Vgl. eine entsprechende Aussage im KPKK-Bericht 1975, Bl. 255.

Tabelle 6: Vergleich der in Parteiverfahren verhängten Strafen und Streichungen, die Kandidaten und Mitglieder mit einem Parteialter von 5 Jahren betreffen, mit der Gesamtzahl der in Parteiverfahren verhängten Strafen und Streichungen[336]

Jahr	Strafen/Streichungen für Kandidaten und Mitglieder bis zu einem Parteialter von 5 Jahren			Strafen/Streichungen insgesamt	
	absolut	relativ	Steigerungs-index (1974=100)	absolut	Steigerungs-index (1974=100)
1974	30	36,6	100	82	100
1976	51	43,2	170	118	144
1977	94	49,0	313	192	234
1979	113	51,4	377	220	268
1980	143	50,4	477	284	346
1981	144	51,8	480	278	339
1982	175	48,6	583	360	439
1988	168	51,4	560	327	399

Eine weitere Ursache für den Anstieg der Bestrafungen dürfte in einem langfristig gewandelten Disziplinierungsverhalten der SED im MfS zu suchen sein. Als 1972 die Anzahl der Parteiverfahren gegenüber dem Vorjahr um fast das Doppelte anstieg, erklärte das die KPKK damit, dass die Grundorganisationen jetzt zunehmend Genossen für Vergehen zur Verantwortung zögen, die bislang lediglich disziplinarisch behandelt worden seien.[337] Der neue Vorsitzende der ZPKK, Erich Mückenberger, bestätigte sie 1973 in ihrem Kurs: Er beklagte, dass die SED ihre Mitglieder in der Vergangenheit vor allem für private moralische Verfehlungen zur Rechenschaft gezogen habe, nur die wenigsten Parteiverfahren hätten mangelnde Arbeitsdisziplin betroffen. Die KPKK im Staatssicherheitsdienst wies er darauf hin, dass sich die Partei auch in einem "militärischen Organ" wie dem MfS darum kümmern müsse, wie Befehle und Anweisungen befolgt würden, da Parteidisziplin, Arbeitsmoral und militärische Disziplin nicht voneinander zu trennen seien.[338] Folgerichtig erklärte die KPKK 1975, dass nunmehr als Grundsatz gelte, dass sich die Mitglieder bei jedem Disziplinverstoß auch vor der Partei verantworten müssten.[339]

Zwar ist in Rechnung zu stellen, dass die KPKK gegenüber den Adressaten ihrer Berichte, dem Sekretariat der Kreisleitung und der ZPKK, sehr viel besser aussah, wenn sie einen Anstieg von

---

336 KPKK der SED im MfS Berlin: "Analyse der Parteiverfahren" 1974, 1976 und 1977; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 289, 228 f. und 211; Berichte der KPKK über ihre Arbeit in den Jahren 1979–1982 und 1988; ebenda, Bl. 150, 123, 88, 56; BStU, ZA, KL-SED 56, Bl. 121. Sofern die Parteistrafen in den Quellen nach Wachregiment und Diensteinheiten im MfS Berlin oder/und nach "Mitgliedern mit einem Parteialter von bis zu 5 Jahren" und "Kandidaten" getrennt aufgeführt sind, wurden die Werte für die Tabelle zusammengerechnet. Die teilweise höhere Gesamtstrafenanzahl im Vergleich zur Tabelle 4 ergibt sich daraus, dass hier die in Parteiverfahren beschlossenen parteierzieherischen Maßnahmen ("Verwarnungen", "Mißbilligungen") nicht herausgerechnet werden konnten (1979: 1, 1980: 4, 1981: 3 und 1988: 10). Sie verändern das Gesamtbild jedoch nur unwesentlich. Zur Quellenangabe für die Anzahl der Gesamtstrafen vgl. Anm. 325.

337 KPKK-Bericht 1972; KL-SED 504, Bl. 348.

338 "Beratung der KPKK: Aus dem Referat des Genossen Erich Mückenberger." Anlage 1 vom 21.3.1973 zum Protokoll der Sitzung des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 3.4.1973, S. 12; BStU, ZA, KL-SED 231, o. Pag., unerschlossenes Material. Die KPKK hat diese Aussage in den folgenden Jahren getreulich wiederholt; vgl. KPKK-Berichte 1974 und 1975; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 290 und 254.

339 KPKK-Bericht 1975, Bl. 254.

Verfahren mit "gewachsener Konsequenz und Konkretheit in der Parteierziehungsarbeit"[340] begründen konnte, als wenn sie zugeben musste, dass die Parteimitglieder mehr Verfehlungen begingen als früher. Die Annahme, dass der beschriebene Anstieg der Disziplinierungsmaßnahmen von einer konsequenteren Reaktion der Partei auf dienstliche Vergehen mit verursacht wurde, wird aber auch dadurch gestützt, dass sich Sekretariat der Kreisleitung und KPKK seit Anfang der siebziger Jahre erkennbar bemühten, die Zusammenarbeit zwischen den dienstlichen und den Parteidisziplinierungsinstanzen zu verbessern. Immer wieder forderte das Sekretariat die Leiter der Diensteinheiten auf, die Parteisekretäre von dienstlichen Erziehungsmaßnahmen zu unterrichten bzw. solche mit ihnen abzustimmen, ausgehend von dem Selbstverständnis, dass politische und "fachliche" Erziehung eine Einheit bilden würden und sich deshalb Disziplinar- und nachfolgende Parteistrafe in ihrer Höhe ungefähr entsprechen müssten.[341] Dass die Abteilung Disziplinar der HA KuSch bereits Mitte der siebziger Jahre in die Durchführung von Parteiverfahren stark involviert war, bezeugt der Dank, den das Sekretariat Anfang 1976 ausdrücklich auch an sie richtete, für "die umfangreiche Kleinarbeit bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Parteiverfahren und der erfolgreichen Klärung vieler parteierzieherischer Fragen in den PO/GO".[342]

Bei der Verteilung der Parteistrafen auf einzelne Diensteinheiten lassen sich kaum Besonderheiten erkennen. Lediglich das Wachregiment "Feliks Dzierzynski" lag mit seinem hohen Anteil junger Zeitsoldaten[343] deutlich über dem Durchschnitt. 1975 wurden 56 Angehörige des Wachregiments in Parteiverfahren mit Parteistrafen oder Streichungen belegt, 1981 waren es 81. Das entsprach jeweils 1,46 bzw. 1,59 Prozent der Mitglieder und Kandidaten, während in der Kreisparteiorganisation insgesamt lediglich 0,75 bzw. 0,89 Prozent der SED-Angehörigen bestraft wurden.[344]

Ebenso wie im dienstlichen Disziplinarwesen spielten bei Parteiverfahren Vergehen, die mit dem übermäßigen Genuss von Alkohol zusammenhingen, eine wesentliche Rolle. Betrunkene Mitarbeiter verursachten beispielsweise Verkehrsunfälle, randalierten in der Öffentlichkeit oder

---

340 KPKK-Bericht 1977; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 204.

341 Vgl. KPKK-Bericht 1972, Bl. 362; Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 8.1.1974; BStU, ZA, SdM 1039, Bl. 265–269, hier 266 f.; Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 7.1.1975; BStU, ZA, SdM 1040, Bl. 235–241, hier 236–238.

342 Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 6.1.1976; BStU, ZA, SdM 1040, Bl. 69–73, hier 71.

343 Dies spiegelt sich beispielsweise in der Anzahl der Kandidaten unter den SED-Angehörigen wider: 1972 waren von insgesamt 1.297 Kandidaten im MfS Berlin 946 in der Parteiorganisation des Wachregiments registriert, 1975 gehörten dem Wachregiment 710 von insgesamt 1.129 Kandidaten der Kreisparteiorganisation an; siehe "Anzahl der Kandidaten in der Kreisparteiorganisation" im MfS Berlin (Stand vom 30.6.1972), ohne Autor, ohne Datum; BStU, ZA, KL-SED 24, Bl. 239 f.; "Anzahl der Kandidaten" im MfS Berlin (Stand vom 28.11.1975), ohne Autor, ohne Datum; ebenda, Bl. 274.

344 Für die Angaben zu den Parteistrafen im Wachregiment siehe KPKK-Bericht 1975, Bl. 255; KPKK-Bericht 1981, Bl. 90; die Zahlen wurden aus den Angaben für die einzelnen Strafmaße zusammengerechnet (nur "Rügen", "strenge Rügen", "Streichungen" und "Ausschlüsse"). Die absolute Zahl der SED-Angehörigen im Wachregiment betrug 1975 3.825 und 1981 5.101; siehe Abschlußbericht zum Änderungsdienst 1975, ohne Autor, ohne Datum; BStU, ZA, KL-SED 923, Bl. 344 f. und 488 f.; SED-Kreisleitung, ohne Datum: "Quittungsliste Abschlußbericht Änderungsdienst 1981"; BStU, ZA, KL-SED 923, Bl. 566 f.

dekonspirierten sich, indem sie mit ihrer MfS-Zugehörigkeit prahlten oder dienstliche Unterlagen verloren. Das zweite Problem, gegen das dienstliche und Parteidisziplinierungsinstanzen vergeblich ankämpften, waren unkontrollierte Frauenbekanntschaften und außereheliche Intimkontakte der MfS-Angehörigen. Einen dritten Schwerpunkt bildeten Diebstahl, Korruption und Unterschlagung.[345] Verfehlungen mit politischen Ursachen im engeren Sinne von solchen Vergehen zu trennen, ist problematisch. Im Selbstverständnis der SED bestimmte das politische Bewusstsein eines Mitgliedes jede einzelne seiner Handlungen, ob im Partei-, im Arbeits- oder im Privatleben. Verfehlungen hatten in dieser Sichtweise immer "politisch-ideologische" Gründe,[346] die im Parteiverfahren sorgfältig freigelegt werden mussten. Die von der ZPKK vorgegebene Einteilung von Delikten, mit deren Hilfe die KPKK im MfS Berlin ihre Berichte häufig strukturierte, ist aus diesem Grunde wenig aufschlussreich. Viele ihrer, mit den Jahren überdies wechselnden Rubriken versammeln politische, moralische, dienst- oder strafrechtliche Bestrafungsgründe unter derselben Überschrift.[347]

Mit aller Vorsicht lässt sich dennoch sagen, dass in den für die Zeit ab 1956 vorliegenden Berichten der KPKK politische Abweichungen von der Parteilinie lange Zeit eine geringe Rolle spielten, obwohl Mielke die SED-Betriebsparteiorganisation 1962 auch dienstlicherseits in die Überwachung der ideologischen Einstellung des Personals einband. Die Dienstanweisung 5/62 beauftragte die Leiter der Diensteinheiten, gemeinsam mit ihrem Parteisekretär sowie einem KuSch-Mitarbeiter, in periodischen Abständen das politische Bewusstsein sowie die Einsatzbereitschaft ihrer Diensteinheit zu analysieren.[348] Die SED-Kreisleitung flankierte die DA 5/62 mit einem entsprechenden Beschluss,[349] in welchem sie eine Intensivierung der Propaganda ankündigte, vor allem aber auf die Notwendigkeit schärferer Disziplinierung und genauerer Ergründung der ideologischen Ursachen von Verfehlungen abhob. Wenn diese Aktion überhaupt Wirkung zeigte, dann höchstens eine kurzfristige: 1962 stieg die Anzahl der Parteistrafen und Streichungen gegenüber 1961 von 96 auf 103 an, um dann im Verlauf der sechziger Jahre kontinuierlich abzufallen. Auch so einschneidende politische Ereignisse wie der "Prager Frühling"

---

345 Vgl. die Berichte der KPKK aus den Jahren 1956–1989; BStU, ZA, KL-SED 504, passim und KL-SED 510, Bl. 5–69 und 125–135.

346 Besonders deutlich wird dies in den siebziger Jahren; vgl. z. B. KPKK-Bericht 1975, S. 257 f.; KPKK-Bericht 1977, Bl. 204; KPKK-Bericht 1979; Bl. 140.

347 Eine Auflistung der wichtigsten Kategorien der achtziger Jahre bei Wilfriede Otto: Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung. In: Thomas Klein, Wilfriede Otto und Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), 2 Bde., Frankfurt (Oder) 1996, S. 137–561, hier 506–509; zur Schwierigkeit der Trennung zwischen Parteiverfahren aus politischen und solchen aus anderen Gründen auch Thomas Klein: Parteisäuberungen und Widerstand in der SED. Die innerbürokratische Logik von Repression und Disziplinierung. In: ebenda, S. 9–135, hier 114 f.

348 Dienstanweisung 5/62 des Ministers vom 26.4.1962, S. 5; BStU, ZA, DSt 101040; Hauptabteilung Kader und Schulung: Ergänzung zur Dienstanweisung 5/62 vom 13.11.1963; ebenda; Instruktion des Ministers zur Dienstanweisung 5/62 vom 17.2.1964, S. 2 und 5; ebenda.

349 Büro der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 2.4.1962: "Beschluß. Aufgaben und Maßnahmen zur Verstärkung einer größeren Wirksamkeit der Parteierziehung unserer Kader"; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 1108–1115; Zur Entstehung vgl. Protokoll der Kollegiumssitzung am 19.3.1962; BStU, ZA, SdM 1559, Bl. 107–139; Protokoll der Sitzung des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 2.4.1962, S. 2–5; BStU, ZA, KL-SED 673, o. Pag., unerschlossenes Material.

und der Einmarsch der UdSSR in die CSSR 1968[350] ließen das Disziplinargeschehen in der Kreisparteiorganisation relativ unberührt: Lediglich zwei Genossen wurden in diesem Zusammenhang Rügen erteilt, zudem wurde ein Unteroffizier des Wachregiments nach einer parteierzieherischen Auseinandersetzung entlassen.[351]

Mitte der siebziger Jahre meinte die KPKK Anzeichen für "Aufweichungen" im MfS Berlin wahrzunehmen, auch wenn sie dem Kaderbestand insgesamt weiterhin politisch-ideologische Geschlossenheit bescheinigte. Sieben Verfahren im Jahre 1974, die ein "Verlassen das Klassenstandpunktes in politisch-ideologischer Hinsicht und daraus resultierendes prinzipienloses Verhalten"[352] zum Gegenstand hatten, wertete das Sekretariat der Kreisleitung als "ein ernstes Signal"[353]. Mit Beginn der achtziger Jahre notierten die Parteioberen im MfS Symptome einer schleichenden Erosion des Kaderbestandes. Manche Parteimitglieder seien durch die ideologische Arbeit gar nicht mehr zu erreichen, bilanzierte das Sekretariat der Kreisleitung 1983, sie würden zuerst einzelnen gegnerischen Argumenten Glauben schenken und schließlich feindliche Grundhaltungen übernehmen: "Der Gegner arbeitet eben in den letzten Jahren verstärkt mit verfeinerten psychologischen Methoden und sorgfältig verbreiteten Argumenten".[354] 1985 hatten den Schilderungen der KPKK zufolge 25 Prozent der Parteiverfahren "politisch prinzipienloses Verhalten, Verlassen der Positionen der Partei, des Klassenstandpunktes und kapitulantenhaftes Verhalten" zum Gegenstand,[355] das entsprach etwa 90 der knapp 360 Verfahren.

Als Quelle ideologischer Abweichungen identifizierte die KPKK den Empfang westlicher Rundfunk- und Fernsehsender, Freizeitbekanntschaften mit als "feindlich-negativ" angesehenen Personen, Westbeziehungen im Freundeskreis oder familiären Umfeld der Mitarbeiter sowie schließlich deren eigene Kontakte zu Personen aus der Bundesrepublik und dem westlichen Ausland. Die Bereitschaft, sich militärischer Disziplin und den konspirativen Erfordernissen der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit unterzuordnen, nahm den KPKK-Berichten zufolge ab. Ältere Mitarbeiter, so die Kontrollkommission, hätten es in den siebziger Jahren vielfach zu einem gewissen Wohlstand gebracht, den sie jetzt befreit von den Anstrengungen des Dienstes im MfS mit seinen vielen Überstunden und unregelmäßigen Arbeitszeiten genießen wollten.[356] Die Jüngeren scheinen Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheit, wie sie sich in der

---

350 Vgl. Monika Tantzscher: "Maßnahme Donau und Einsatz Genesung". Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten, BStU, Berlin 1994.

351 KPKK im MfS Berlin an ZPKK vom 15.11.1968: "Einschätzung über aufgetretene Erscheinungen und Auseinandersetzungen mit Parteimitgliedern im Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR"; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 761–764; KPKK im MfS Berlin vom 21.1.1969: "Analyse der Parteiverfahren im II. Halbjahr 1968; ebenda, Bl. 722–724, hier 724. Zum Zustand der Gesamtpartei nach dem "Prager Frühling" vgl. Otto: Visionen, S. 374 f.

352 KPKK-Bericht 1974; Bl. 291 f.

353 Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 7.1.1975; BStU, ZA, SdM 1040, Bl. 237.

354 KPKK der SED im MfS Berlin vom 13.12.1983: "Zusammengefasste Probleme aus der Diskussion des Sekretariats zum Arbeitsbericht der KPKK"; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 37–41, hier 37; vgl. auch KPKK-Bericht 1981, Bl. 82.

355 KPKK-Bericht 1985, Bl. 38.

356 Vgl. z. B. KPKK-Bericht 1983, Bl. 13; KPKK-Bericht 1984, Bl. 13 f.; KPKK-Bericht 1985, Bl. 39.

Unterordnung von Freizeitverhalten und Partnerwahl unter tschekistische Erfordernisse zeigten, immer weniger akzeptiert zu haben.[357] Einige Genossen, so musste die KPKK bereits 1981 feststellen, suchten sich den Anforderungen des Dienstes zu entziehen, manche von ihnen stellten Entlassungsgesuche. In Einzelfällen würden sogar Disziplinarverstöße begangen, um eine Entpflichtung zu erreichen.[358] Als bewusste, politisch motivierte Handlungen wird man dies lediglich in einem Teil der Fälle deuten können.[359] Vielmehr dürften darin, wenn in den Erklärungsversuchen der KPKK ein wahrer Kern liegt, Auswirkungen des von Honecker seit Anfang der siebziger Jahre praktizierten "Konsumsozialismus"[360] zu suchen sein, der die Bevölkerung durch soziale und materielle Errungenschaften ruhigzustellen suchte und von den meisten Menschen lediglich formalisierte Zustimmungserklärungen zum Regime verlangte.

Während der Amtszeit des Generalsekretärs der KPdSU, Michael Gorbatschow, durch dessen Reformkurs die SED-Parteiführung und die Leitung des MfS zunehmend irritiert wurden, setzten sich die beschriebenen Trends fort; zudem kam es 1988/89 aus der Sicht der KPKK zu beunruhigenden Vorfällen: Offiziersschüler machten sich auf einer FDJ-Versammlung über das Verbot der sowjetischen Zeitschrift "Sputnik" lustig.[361] Fünf weitere MfS-Mitarbeiter, darunter zwei langjährige Parteimitglieder, protestierten beim ZK gegen die Streichung der Zeitung von der Postvertriebsliste.[362] Im Frühjahr 1989 entdeckte die KPKK, dass sich neun MfS-Mitarbeiter bei den "Brotvögeln" engagierten, einem ursprünglich von ehemaligen Zeitsoldaten des Wachregiments "Feliks Dzierzynski" gegründeten losen Zusammenschluss von Jugendlichen, dessen Aktivitäten teilweise als potentiell regimefeindlich eingestuft wurden.[363] Am Ende des ersten Halbjahres 1989 rechnete die Parteikontrollkommission für das laufende Jahr mit einer Verdoppelung der Anzahl der Parteiverfahren und mit einer Vervierfachung der Ausschlüsse gegenüber dem Vorjahr.[364] Tatsächlich hatten bis dahin bereits 197 Mitarbeiter in Par-

---

357 Vgl. KPKK-Bericht 1983, Bl. 13; KPKK-Bericht 1984, Bl. 14 f.; KPKK-Bericht 1985, Bl. 38 f.; PKK-Bericht 1988, Bl. 109; Protokoll der Sitzung der PKK im MfS Berlin am 30.5.1989; BStU, ZA, KL-SED 510, Bl. 480–485, hier 480–483.

358 KPKK-Bericht 1981, Bl. 82; vgl. auch KPKK-Bericht 1983, Bl. 13; KPKK-Bericht 1984, Bl. 14 f.; "Ausführungen des Vorsitzenden der PKK zur Sekretariatssitzung am 13.12.1988"; BStU, ZA, KL-SED 56, Bl. 98–105, hier 100 f.

359 Vgl. den Hinweis auf solche Fälle im KPKK-Bericht 1985, Bl. 38.

360 Staritz: DDR, S. 281.

361 PKK im MfS Berlin vom 28.12.1988: Bericht zum unparteilichen Verhalten von Parteimitgliedern im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Singebewegung und im dritten Offizierslehrgang der Hochschule des MfS; BStU, ZA, KL-SED 493, o. Pag., unerschlossenes Material.

362 Sitzung der PKK im MfS Berlin am 3.1.1989; BStU, ZA, KL-SED 510, Bl. 769–777, hier 776 f. PKK der SED im MfS Berlin vom 19.1.1989: "Ergebnisse der Bearbeitung von Schreiben, die von Angehörigen des MfS im Zusammenhang mit der Nichtauslieferung der Zeitschrift 'Sputnik' 10/88 an das ZK der SED gerichtet wurden"; BStU, ZA, KL-SED 1066, Bl. 217–228. Zum Sputnik-Verbot und den Reaktionen in der SED siehe auch Werner: Politisch überzeugend, S. 476–479.

363 PKK der SED im MfS Berlin vom 25.5.1989: "Bericht über das Ergebnis der Untersuchungen zum Wirken von Angehörigen des MfS in der Gruppierung 'Brotvögel'"; BStU, ZA, KL-SED 510, Bl. 469–479.

364 Protokoll der PKK-Sitzung der SED im MfS Berlin am 11.7.1989; BStU; ZA, KL-SED 510, Bl. 354–360, hier 354.

teiverfahren Strafen oder Streichungen erhalten, das entsprach bereits 62 Prozent der Anzahl von 1988.[365]

Die Besorgnis von KPKK und Sekretariat über den politisch-ideologischen Zustand des MfS-Kaderbestandes hatte, zumindest in den achtziger Jahren, sicher auch reale Hintergründe. Doch es muss offenbleiben, inwieweit die KPKK-Berichte seit Mitte der siebziger Jahre auch Ausdruck einer gesteigerten Sensibilität für politische Schwächen der Mitarbeiter sind. Um ihre internationale Anerkennung besorgt, hatte sich die DDR Anfang der siebziger Jahre mehr und mehr geöffnet. Die Entspannungspolitik, die staatliche Anerkennung, die zu einem Anstieg der deutsch-deutschen und internationalen Kontakte führte, sowie die Unterzeichnung des Abkommens von Helsinki 1975[366] verschärften aus der Sicht der MfS-Leitung die Sicherheitslage.[367] Möglicherweise hat das dadurch erhöhte Sicherheitsbedürfnis auch die Institutionen, die für die innere Überwachung des Geheimapparats und ihrer Mitarbeiter zuständig waren, zu schärferer Beobachtung veranlasst. Festzuhalten bleibt jedenfalls, dass es sich bei den politisch auffälligen Parteimitgliedern im MfS Berlin stets um eine verschwindend geringe Anzahl von Personen im Vergleich zur Gesamtzahl der Mitarbeiter gehandelt hat, trotz aller Erosionserscheinungen, die sich im Personalbestand der Staatssicherheit in der zweiten Hälfte der achtziger Jahren bemerkbar machten.[368] Insgesamt wurden jährlich nie viel mehr als ein Prozent der SED-Mitglieder und -Kandidaten im MfS Berlin durch regelrechte Parteistrafen belangt oder in Parteiverfahren mit Streichungen belegt; weitere ein bis höchstens zwei Prozent dürften Abmahnungen unterhalb der Grenze zur Parteistrafe erhalten haben.[369] Von diesen Disziplinierungen war wiederum nur ein Teil im engeren Sinne politisch relevant. Die große Masse der MfS-Kader hat sich, nach den Berichten der KPKK zu urteilen, bis in den Herbst 1989 hinein politisch konform zur SED-Führung verhalten, was auch immer an latenter Unzufriedenheit vorhanden gewesen sein mag.

---

365 SED-Kreisleitung im MfS vom 20.6.1989: "Information über Parteiverfahren, Parteiaustritte und Streichungen von Mitgliedern und Kandidaten im 1. Halbjahr 1989 (Erfassungszeitraum 1.12.1988–31.5.1989)"; BStU, ZA, KL-SED 510, Bl. 404–407, hier 406. Berücksichtigt wurden nur "Rügen", "strenge Rügen", "Ausschlüsse" und "Streichungen im Verfahren".

366 Vgl. Peter Bender: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München 1996, S. 99–109 und 179–195.

367 Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Einleitung. In: ders. (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996, S. 11–154, hier 52–55; für den Bereich der Wirtschaft siehe Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch, Teil III/10), BStU, Berlin 1997, S. 51 f., 63–66 und 69–72.

368 Gieseke: Hauptamtliche (MfS-Handbuch, IV/1), S. 82.

369 1984 wurden außerhalb von Parteiverfahren 286 "Verwarnungen" und 229 "Mißbilligungen" ausgesprochen, dazu kamen 3 Parteiverfahren, die mit "Verwarnungen" endeten. Insgesamt waren dies 518 Abmahnungen; das entsprach etwa 1,6 % aller SED-Mitglieder und Kandidaten im MfS. 1985 wurden 565 SED-Angehörige mit "Verwarnungen" oder "Mißbilligungen" belangt. Für 1988 sind die Zahlen nicht eindeutig (vgl. Anm. 68), nach Angaben der KPKK verhängten die PO/GO über 477 SED-Angehörige außerhalb von Parteiverfahren "Verwarnungen"und "Mißbilligungen"; 10 weitere wurden in Parteiverfahren ausgesprochen; KPKK-Bericht 1984, Bl. 9; KPKK-Bericht 1985, Bl. 35; PKK-Bericht 1988, Bl. 87 und 109.

3.3 Zum Verhältnis zwischen Parteileitung und dienstlicher Leitung

Der Überblick über die Arbeitsfelder der Kaderarbeit, der Schulung und der Disziplinierung verdeutlichte, dass das Verhältnis zwischen Parteileitung und dienstlicher Leitung einen wesentlichen Schlüssel zur Bewertung der Bedeutung der SED im MfS darstellt. Zu Beginn der fünfziger Jahre war die Parteiorganisation über ihre Spitzenfunktionäre, die "Stellvertreter für politische Arbeit" oder "PK-Stellvertreter", der dienstlichen MfS-Leitung formell unterstellt. Als diese Unterstellung 1953 beseitigt wurde, hätte das der Ausgangspunkt für eine direktere und intensivere Anleitung durch den Parteiapparat sowie für eine größere Unabhängigkeit der Betriebsparteiorganisation von der dienstlichen Leitung sein können. Tatsächlich ging aber die Entwicklung in eine entgegengesetzte Richtung. Erstens wurde die strukturelle Verbindung von Parteiämtern und dienstlichen Funktionen in der Folgezeit durch personelle Verknüpfungen ersetzt. Sie ermöglichten eine informelle Abstimmung zwischen den Hierarchien. Vor allem aber konnte sie die dienstliche Leitung dazu benutzen, unerwünschte Parteiaktivitäten zu verhindern.[370]

Zweitens legte der neue Staatssicherheitschef Wollweber in Zusammenarbeit mit dem ZK bis 1957 die Spielräume der Betriebsparteiorganisation in einer Weise fest, dass ihre bisherige formelle Unterstellung unter die dienstliche MfS-Leitung durch eine faktische Unterordnung ersetzt wurde. Wie sein Vorgänger Zaisser bestand er unter Berufung auf konspirative Regeln und das Prinzip der "Einzelleitung" auf dem Primat dienstlicher vor Parteibelangen. Demgemäß trug der dienstliche Vorgesetzte die alleinige Verantwortung für Entscheidungen in seinem Arbeitsbereich, unbeeinträchtigt durch die Kompetenzen des jeweiligen Parteisekretärs.[371] Mit der bereits erwähnten Direktive 1/56 legte der Minister die Disziplinierungskompetenzen der Betriebsparteiorganisation in einer Weise fest, dass es letztlich immer der dienstlichen Leitung vorbehalten blieb zu prüfen, ob eine Parteikritik konspirative Regeln verletzte. Darüber hinaus griff die dienstliche Leitung unter Berufung auf den politischen Charakter der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes die ureigensten Kompetenzbereiche der Betriebsparteiorganisation ein. Dies zeigt die bestimmende Rolle des Ministers bei der "Auswertung" politischer Ereignisse und Vorgaben der SED-Parteiführung in der Betriebsparteiorganisation ebenso wie die Umwandlung des formal freiwilligen SED-Parteilehrjahres in die dienstlich überwachte Pflichtveranstaltung der "marxistisch-leninistischen Schulung" für das Jahr 1955/56.

Die SED-Kreisleitung im MfS Berlin akzeptierte ihre Unterordnung unter die dienstliche Leitung. 1955 erklärte ihr Erster Sekretär Hermann Steudner, "dass die Leitung des Staatssekretariats mit den Mitgliedern des ZK, Gen[ossen] Wollweber und Gen[ossen] Mielke an der Spitze, für die gesamte Arbeit des Staatssekretariats die Verantwortung trägt und deshalb auch von ihrer

370 Vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 145 f.

371 Vgl. z. B. Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.1.1953, Redebeitrag Wilhelm Zaisser; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 28–36, hier 33; Protokoll der SED-Kreisleitung im SfS Berlin am 7.1.1955, Redebeitrag Erich Mielke; BStU, ZA, KL-SED 631, Bl. 75.

Seite Hinweise und Empfehlungen als Orientierung in der Arbeit der Parteiorganisation anzusehen sind"[372]. Das galt nicht nur für die fünfziger Jahre, wie unter anderem aus den im vorigen Kapitel beschriebenen willfährigen Reaktionen der KPKK auf Hinweise von dienstlicher Seite hervorgeht. Es zeigt sich auch am Verhalten des Ersten Sekretärs der Kreisleitung im Kollegium, dem höchsten dienstlichen Beratungsgremium des MfS. Ebenso wie die übrigen Kollegiumsmitglieder ordnete er sich der Autorität des Ministers unter, der die Sitzungen leitete, ihre Ergebnisse jeweils zusammenfasste und gemäß dem Einzelleitungsprinzip verantwortete. Die Abhängigkeit der SED-Parteileitung von der dienstlichen Leitung im MfS erhellt überdies eine Bemerkung des KPKK-Vorsitzenden Schindler vom November 1989, die die Untätigkeit der Kreisleitung in der Erosionsphase des MfS erklären sollte: "Es gibt keine fachliche Führung des MfS, keine Wirkungen des Kollegiums. Da es keine fachliche Führung gibt, gibt es in der Kreisleitung keine Konzeption, mit der man vor das Kollektiv treten kann."[373]

Im Rahmen der faktischen Unterordnung der Parteileitung unter die dienstliche Leitung spielte sich im Verlauf der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die Zusammenarbeit zwischen beiden Hierarchien ein. Die Parteileitungen erhielten das Recht auf regelmäßige Gespräche mit den dienstlichen Leitungen, die sich insbesondere mit die Erziehung der Mitarbeiter zu Arbeitsmoral und Disziplin, ihrer politischen und "fachlichen" Schulung, der Kaderarbeit sowie der Arbeit der Parteiorganisation beschäftigen sollten; auch "Mängel und Schwächen" in der Arbeit des Staatssicherheitsdienstes konnten zur Sprache kommen.[374] Ein weiteres Feld der Zusammenarbeit waren Untersuchungen oder Kontrolleinsätze der SED-Kreisleitung in den Partei- und Grundorganisationen. Es spricht alles dafür, dass der Betriebsparteiorganisation dabei auch diejenigen Gebiete der "fachlichen" Arbeit ins Blickfeld gerieten, die sonst ebenfalls von der Parteiarbeit berührt wurden. In der Regel dürften die Einsätze in Absprache mit der dienstlichen Leitung stattgefunden haben; manchmal gab es auch gemeinsame Aktionen von dienstlicher und Parteiseite.[375] Ferner hatte die SED im MfS die Aufgabe, dienstliche Aufgaben und Anweisungen ihren Mitgliedern mit ideologischen Argumenten zu erläutern und sie so von deren Notwendigkeit zu überzeugen.[376]

Die weitgehendste Mitwirkungsmöglichkeit an Leitungsentscheidungen erhielt die SED im MfS mit der Direktive "zur Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisation" vom Januar 1955. Ihr zufolge sollte das Büro bzw. Sekretariat der SED-Kreisleitung in die Vorbereitung "wichtiger

372 Rechenschaftsbericht der SED-Kreisleitung auf der Kreisdelegiertenkonferenz im SfS Berlin am 21./22.5.1955; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 1041.

373 Protokoll der Sitzung der PKK im MfS am 13.11.1989; BStU, ZA, KL-SED 510, Bl. 216–222, hier 219.

374 Direktive der Sicherheitskommission vom 26.1.1955; BStU, ZA, KL-SED 393, Bl. 1306–1309 und 1311.

375 Vgl. ebenda, Bl. 1312; Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 30.11.1965, S. 1–4; BStU, ZA, KL-SED 673, o. Pag., unerschlossenes Material; Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 10.7.1984, S. 2–6, mit Anlage: SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 28.6.1984: "Bericht über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe des Sekretariats der SED-Kreisleitung in der PO I, GO 115, Grenzkommando Süd"; BStU, ZA, KL-SED 582, o. Pag., unerschlossenes Material; siehe auch Kapitel 2.2.2 und 3.2.3.

376 Vgl. Schumann: Parteierziehung, S. 141 f.; siehe auch Kapitel 2.3.

und grundsätzlicher Befehle" der Leitung des Staatssicherheitsdienstes einbezogen werden, insbesondere dann, wenn sich diese Befehle auf "Fragen der inneren Ordnung, der Festigung der Disziplin, der Arbeitsorganisation, der fachlichen und politischen Ausbildung u. a." bezogen.[377] Wie alle anderen der SED im MfS zugestandenen Mitwirkungsrechte an "fachlichen" Entscheidungen handelte es sich dabei um ein Mitberatungsrecht, ein regelrechtes Vetorecht war durch das Einzelleitungsprinzip ausgeschlossen.

Eine Umsetzung dieser Bestimmung lässt sich bislang nur an wenigen Beispielen nachweisen. Ein koordiniertes Vorgehen beider Leitungen ist bei der Umwandlung des Parteilehrjahres in die "marxistisch-leninistische Schulung" 1955 belegt, die aber die Parteiarbeit und nicht die geheimpolizeilich-geheimdienstliche Arbeit betraf. 1962 arbeiteten dienstliche und Parteileitung bei der Erstellung der Dienstanweisung 5/62[378] zur Kadererziehung zusammen.[379] Allerdings ist unklar, ob auch der Entwurf der Anweisung im Büro der Kreisleitung diskutiert wurde oder lediglich der sie flankierende Beschluss[380] der SED-Leitung im MfS Berlin.[381] Sicher ist schließlich, dass die Vorlage der "Neuererordnung"[382] von 1975 mit den Mitgliedern des Sekretariats der SED-Kreisleitung abgestimmt wurde.[383]

Insgesamt unterschieden sich die Mitwirkungsmöglichkeiten der SED-Funktionäre in "fachlichen" Fragen je nach Arbeitsgebiet des MfS. Wie die bisherige Darstellung verdeutlichte, lagen sie an den Schnittpunkten zwischen geheimpolizeilich-geheimdienstlicher Arbeit und politisch-ideologischer Kadererziehung. Vor allem betrafen sie die Kaderarbeit, die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter und ihre Arbeitsdisziplin, ferner den Führungsstil von Vorgesetzten sowie die Arbeitsorganisation im Apparat. Mit der eigentlichen operativen Arbeit im engeren Sinne hatten die Parteisekretäre dagegen wenig zu tun, auch wenn sie über Dienstbesprechungen und Gespräche mit den dienstlichen Vorgesetzten gewisse Einblicke erhielten. Bereits in den fünfziger Jahren lag es im Ermessen der Dienstvorgesetzten, wieviel sie dem ihnen gleichgeordneten Parteisekretär an operativen Informationen anvertrauten.[384] Es ist davon auszugehen, dass dies auch für die späteren Jahre galt. Laufende operative Aktionen wurden in Sekretariats- oder Kreisleitungssitzungen nicht behandelt. Berichte von Parteisekretären oder Leitern operativer

---

377 Direktive der Sicherheitskommission vom 26.1.1955, Bl. 1308.

378 Dienstanweisung 5/62 des Ministers vom 26.4.1962; BStU, ZA, DSt 101040.

379 Vgl. auch Kapitel 3.3.3.

380 Büro der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 2.4.1962: "Beschluß. Aufgaben und Maßnahmen zur Verstärkung einer größeren Wirksamkeit der Parteierziehung unserer Kader"; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 1108–1115.

381 In der Kollegiumssitzung am 19.3.1962 verwies Heidenreich auf eine Bürositzung vom selben Tage, die sich mit "Fragen der Erziehung" beschäftigt habe; vgl. Protokoll der Kollegiumssitzung am 19.3.1962; BStU, ZA, SdM 1559, Bl. 107–139; Protokoll der Sitzung des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 2.4.1962, S. 2–5; BStU, ZA, KL-SED 673, o. Pag., unerschlossenes Material.

382 Vgl. Kapitel 2.3.

383 ZBfN an Minister vom 31.3.1975 betr. "Vorlage der Ordnung über die Neuererbewegung (Neuererordnung)"; "Ordnung über die Neuererbewegung im MfS (Neuererordnung)" vom 30.4.1975; beides BStU, ZA, DSt 101495.

384 Vgl. z. B. Direktive der Sicherheitskommission vom 26.1.1955; BStU, ZA, KL-SED 393, insbes. Bl. 1307; siehe auch Schumann: Parteierziehung, S. 135 und 139.

oder operativ-technischer Hauptabteilungen vor dem Sekretariat der Kreisleitung haben die operative Arbeit offenbar höchstens von ihrer strategisch-taktischen, nicht aber von ihrer technischen Seite her behandelt.[385] Auch hat der letzte SED-Parteisekretär im MfS Berlin, Generalmajor Horst Felber, nach 1989 eine Einmischung der Parteiorganisation in die eigentliche operative Arbeit bestritten.[386]

---

385 Vgl. etwa "Bericht der Leitung der Grundorganisation XX über Ergebnisse und Erfahrungen bei der politisch-ideologischen Befähigung und Mobilisierung der Genossen zur Aufklärung und wirksamen Bekämpfung der Pläne und Absichten des Feindes gegen die Jugendpolitik unserer Partei (Bericht vor dem Sekretariat der Kreisleitung am 23.4.1985)"; BStU, ZA, KL-SED 582, o. Pag., unerschlossenes Material; Bericht der PO A vom 19.8.1986; BStU, ZA, KL-SED 583, o. Pag., unerschlossenes Material; zur Behandlung operativer Fragen in Parteiveranstaltungen siehe auch Schumann: Parteierziehung, S. 129–134.

386 Vgl. Karl Wilhelm Fricke: MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit, Köln 1991, S. 17 f.

4 Die Auflösung

Die Krise des SED-Regimes näherte sich ihrem finalen Stadium, als im Verlauf des Jahres 1989 die Ausreiseströme anschwollen und immer weniger beherrschbar wurden. Im Land selbst bildeten sich aus kleineren, meist unter dem Dach der Kirche entstandenen oppositionellen Gruppierungen fester gefügte politische Gruppen und Initiativen wie vor allem das "Neue Forum", deren Resonanz weit über die Opposition hinausreichte. Ab September 1989 gingen immer mehr Bürger auf die Straße, um demokratische Rechte einzufordern. Auf die Proteste gegen die Feiern zum vierzigsten Jahrestag der DDR-Gründung am 7. Oktober reagierte das SED-Regime noch mit brutaler Härte: Tausende wurden kurzzeitig inhaftiert und zum Teil misshandelt. Doch die Bürger demonstrierten weiter, die Fluchtbewegung nach Westen schwoll weiter an, Hilfe aus Moskau konnte die SED-Führung angesichts von "Perestrojka" und "Glasnost" nicht erwarten. Mitte Oktober 1989 wurde Generalsekretär Erich Honecker durch Egon Krenz ersetzt. Auch die von Krenz initiierte "Wende" und erste Ansätze eines Dialogs mit den Anhängern der Bürgerbewegung konnten das Regime nicht retten. Am 9. November fiel die Berliner Mauer, bis zum Dezember 1989 verlor die SED ihre führende Rolle im Staat und entging auf ihrem Sonderparteitag Mitte des Monats nur knapp ihrer Auflösung.[387]

Das MfS überlebte den Niedergang der Partei nicht, der es jahrzehntelang als "Schild und Schwert" treu gedient hatte. Da halfen auch die Umbenennung in ein Amt für Nationale Sicherheit, interne Umorganisierung und personelle Verkleinerungen nichts. Angesichts anhaltender Bürgerproteste sah sich die Regierung Modrow gezwungen, die Auflösung des AfNS zu veranlassen und überdies am 13. Januar zuzusichern, dass bis zu den für Mai 1990 geplanten Wahlen keine neuen nachrichtendienstlichen Institutionen mehr gebildet würden. Das Ende des Staatssicherheitsdienstes der DDR war besiegelt.[388]

In der Auflösung der SED im MfS verknüpften sich der Niedergang der Staatspartei und die Erosion des Staatssicherheitsdienstes: Im Herbst 1989 war die SED-Kreisleitung doppelt desorientiert, da sie weder von der Parteiführung noch, wie gewohnt, von der dienstlichen MfS-Leitung Handlungsanweisungen erhielt.[389] So verschob sie nach der gewaltsamen Auflösung der Demonstrationen am 7. Oktober die längst fällige Kreisleitungssitzung immer wieder,[390] obwohl die Genossen in den Grundorganisationen ihr "Sprachlosigkeit" vorwarfen und "konkre-

---

387 Vgl. u. a. Patrick Moreau: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn, Berlin 1992, S. 16–81; Gregor Gysi und Thomas Falkner: Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED, Berlin 1990; Konrad H. Jarausch: Die unverhoffte Einheit. 1989–1990, Frankfurt (Main) 1995, S. 29–119; Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Auflösung des SED-Staates, Opladen 1996.

388 Vgl. David Gill und Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991, S. 177–293; Anne Worst: Das Ende eines Geheimdienstes. Oder: Wie lebendig ist die Stasi?, Berlin 1991; Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989 (BF informiert 5/1994), Berlin, BStU 1994, S. 28–43; Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar, Köln, Wien 1996, S. 29–152.

389 Vgl. die bereits in Kapitel 3.3 erwähnte Äußerung des PKK-Vorsitzenden Schindler in der Sitzung der PKK im MfS am 13.11.1989; BStU, ZA, KL-SED 510, Bl. 216–222, hier 219.

390 Ebenda, Bl. 219.

te Informationen" zur politischen Lage vermissten.[391] Das Sekretariat vermochte es lediglich, sich in einem Brief an Volkskammerpräsident Günter Maleuda von der berüchtigten Rede zu distanzieren, die Mielke nach seinem Rücktritt als Minister am 13. November in der Volkskammer gehalten hatte.[392]

In den folgenden Tagen wurde das MfS in ein Amt für Nationale Sicherheit umgewandelt, neuer Leiter war Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, bislang einer von Mielkes Stellvertretern.[393] In dieser Situation traf sich die Kreisleitung endlich zu einer Sitzung. Die AfNS-Funktionäre berichteten über geballten Unmut an der Parteibasis: Kritik am Sicherheitskonzept des Staatssicherheitsdienstes, Fragen nach der Verantwortlichkeit der Leiter und Funktionäre für die entstandene Situation und Diskussionen über Befehle zeigten die Auflösungserscheinungen im Staatssicherheitsdienst ebenso wie das Verlangen vieler Tschekisten, sich in Westdeutschland das an jeden DDR-Bürger auszuzahlende Begrüßungsgeld von 100,- DM abzuholen. Angesichts dieser Berichte herrschte in der Kreisleitung Ratlosigkeit; der Wille der Genossen zur personellen, inhaltlichen und organisatorischen Umgestaltung der Parteiarbeit hielt sich jedoch in engen Grenzen: Ein Rücktritt der gesamten Kreisleitung, wie er in mehreren Grundorganisationen gefordert worden war, lehnten sie ab, lediglich das Sekretariat trat, wie das Politbüro wenige Tage zuvor, geschlossen zurück. Den bisherigen ersten Sekretär Horst Felber ersetzte allerdings kein neues Gesicht, sondern lediglich der bisherige zweite Sekretär Rolf Scheffel; der Vorsitzende der PKK, Johannes Schindler, wurde sogar in seinem Amt bestätigt.[394]

Auch die auf der Sitzung verabschiedeten Thesen zu den aktuellen Aufgaben der Parteiarbeit enthielten überwiegend auf der alten Linie liegende Aussagen: Zwar forderte die Kreisleitung, Korruption und Funktionsmissbrauch durch leitende Mitarbeiter schnellstens aufzuklären; sie beauftragte den zweiten Sekretär mit der Reorganisation des Parteiapparates und sprach sich für eine Überprüfung aller Parteiverfahren aus, die wegen eines Verstoßes gegen die Parteilinie oder den demokratischen Zentralismus eingeleitet worden waren. Als vorrangige Aufgabe sah sie jedoch an, "die politisch-ideologische Geschlossenheit der Kollektive wieder zu stabilisieren". Die Mitarbeiter sollten wieder vom Wert der Arbeit des MfS überzeugt und so gegen die dem Amt negativ gegenüberstehende öffentliche Meinung immunisiert werden.[395] Eine ähnliche Losung hatte der neue AfNS-Leiter Schwanitz auf einer Dienstbesprechung am 15. November ausgegeben.[396] Von den 1.340 Parteiverfahren der Jahre 1986 bis 1989 wurden nach Aussage

---

391 Abteilung Parteiorgane des Apparates der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 9.11.1989: "Auszüge aus den Monatsberichten der PO/GO Oktober 1989 zur Arbeit der SED-Kreisleitung und der Tätigkeit des MfS und im MfS"; BStU, ZA, KL-SED 1072, Bl. 287–296, hier 287 f.

392 Vgl. Süß: Entmachtung, S. 22.

393 Ebenda, S. 23–28.

394 Protokoll der Sitzung der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 18.11.1989 (künftig: SED-Kreisleitungssitzung am 18.11.1989); BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 782–804 und 832–849 sowie die Analyse dieser Sitzung bei Süß: Entmachtung, S. 43–47.

395 "Arbeitsthesen der Kreisleitung zu den aktuellen Aufgaben in der Parteiarbeit. Beschluß der Kreisleitung vom 18.11.1989" (künftig: Arbeitsthesen der SED-Kreisleitung vom 18.11.1989); BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 805–820, hier 813 und 817–820.

396 Vgl. Süß: Entmachtung, S. 26.

des PKK-Vorsitzenden Schindler zu dieser Zeit gerade einmal 30 auf eine Revision der Strafe hin geprüft.[397]

Auf die von Schwanitz in der Dienstbesprechung geäußerte Erwartung, dass es unter der neuen Regierung Modrow zu einer "Entflechtung zwischen Partei und Staat" kommen werde,[398] gingen die Kreisleitungsmitglieder nur am Rande ein. Über die künftige Rolle einer SED-Parteiorganisation in einem von einer echten Mehrparteienkoalition geführten Dienst herrschte Ratlosigkeit. Besonders deutlich kommt sie in einem von unbekannter Hand verfassten Papier zum Ausdruck: Der Verfasser stellte die Frage, ob es künftig überhaupt eine "amtsbezogene Parteiorganisation" geben könne, weil die konsequenteste Form der Trennung zwischen Partei und Staat eine Organisation der AfNS-Mitarbeiter in den Parteiorganisationen in ihren Wohngebieten bedinge. Sein Unbehagen bei dieser Idee ist deutlich spürbar: Das könne nicht richtig sein, so seine beschwörende Anmerkung, "wir müssten doch alles tun, um in den 'Betrieben' zu bleiben, um dort als Kommunisten zu wirken."[399]

Der Fortgang der Diskussionen in der SED-Betriebsparteiorganisation[400] spiegelt sich in einem auf den 5. Dezember datierten Entwurf zur Neugestaltung der Parteiarbeit im AfNS wider, für den die Abteilung Parteiorgane verantwortlich zeichnete. In ihm mischten sich einige neue Ideen mit alten Kontinuitäten: Die Verfasser des Entwurfs behaupteten, es könne künftig nicht mehr Aufgabe der Betriebsparteiorganisation sein, die Mitarbeiter zur Erfüllung der "tschekistischen Aufgaben" zu mobilisieren. Im Widerspruch dazu beharrten sie unter anderem darauf, dass die Kommunisten im Amt weiterhin die Verantwortung für die Vermittlung eines klaren Feindbildes trügen. Die Abteilung Parteiorgane sprach sich einerseits für eine Beendigung der organisierten Zusammenarbeit zwischen Parteileitungen und dienstlichen Leitungen aus und forderte, dass Vorgesetzte keine Parteiämter mehr bekleiden sollten. Andererseits wollte sie der SED das Recht erhalten, staatliche Leitungsentscheidungen in Frage zu stellen, wenn sie gegen rechtliche Bestimmungen verstießen oder die Partei diskriminierten. Außerdem plädierte sie dafür, der SED im AfNS ihren Einfluss auf Kaderentscheidungen zu belassen.[401] Zu einer konsequenten Trennung von Parteiräson und AfNS-Tätigkeit konnten sich die SED-Funktionäre in

---

397 Kreisleitungssitzung am 18.11.1989, Bl. 832–834.

398 "Hinweise für die Dienstbesprechung am 15.11.1989", S. 1–23, hier 4; BStU, ZA, ZAIG 8682, zitiert nach Süß: Entmachtung, S. 26.

399 "Worauf jetzt die Arbeit im Sekretariat konzentrieren?" vom 22.11.1989, ohne Autor; BStU, ZA, KL-SED 1072, Bl. 11–21, hier 18, vgl. auch Bl. 12.

400 Vgl. auch Scheffel an Rammelt am 30.11.1989 mit Anlage: Diskussionsentwurf über den Aufbau und die Organisationsstrukturen der SED im Amt für Nationale Sicherheit; BStU, ZA, KL-SED 595, Bl. 329–333; Protokoll der Delegiertenkonferenz der "Wahlgemeinschaft" von Grundorganisationen am 2.12.1989, insbesondere die Redebeiträge der Genossen Kraft, Pfüller, Schmökel, Tittel sowie des Ersten Sekretärs Rolf Scheffel; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 866–932, hier Bl. 892–894, 910, 922; BStU, ZA, KL-SED 595, Bl. 309–314.

401 Abteilung Parteiorgane des Apparates der SED-Parteiorganisation im AfNS Berlin vom 5.12.1989: "Vorschläge, Überlegungen, Hinweise zur Gestaltung der Parteiarbeit im AfNS"; BStU, ZA, KL-SED 594, Bl. 1406–1423, hier insbes. 1408 f. und 1416–1420.

der Staatssicherheit nicht durchringen, weil sie die Notwendigkeit ihrer eigenen Existenz sonst hätten verneinen müssen.

Angesichts der sich überschlagenden Ereignisse waren die beschriebenen Pläne bereits Makulatur, ehe sie niedergeschrieben wurden. Am ersten Dezember hatte die Volkskammer den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung gestrichen. Durch diesen Rechtsakt wurde offenkundig, dass die machtpolitischen Voraussetzungen für die Tätigkeit der SED-Betriebsparteiorganisationen im Staatsapparat entfallen waren. Folgerichtig sprach sich der neue Vorsitzende der nunmehrigen SED-PDS, Gregor Gysi, Mitte Dezember dafür aus, die Parteiorganisationen "in den staatlichen Organen und den Einheiten der bewaffneten Kräfte" abzuschaffen und deren Mitarbeiter statt dessen in den territorialen SED-PDS-Gliederungen zu organisieren.[402] Das Schicksal der Betriebsparteiorganisation im AfNS war besiegelt, unabhängig von der weiteren Zukunft des Staatssicherheitsdienstes. Bis Jahresanfang 1990 sollten alle Parteigliederungen im früheren MfS aufgelöst werden,[403] der Apparat der SED-Kreisleitung wurde bis Mitte Januar abgewickelt.[404] Die SED-Betriebsparteiorganisation, die fast vierzig Jahre lang dazu beigetragen hatte, dass der Repressionsapparat im Sinne der politischen Führung funktionierte, hörte auf zu existieren.

---

402 Gregor Gysi: Wir kämpfen für die DDR, für soziale Sicherheit, für Stabilität und Frieden. In: Neues Deutschland vom 18.12.1989, S. 3–6, hier 3.

403 "Grobkonzeption für die Beratung mit den Parteisekretären am 21.12.1989", undatiert, ohne Autor; BStU, ZA, KL-SED 12, Bl. 895 f.

404 "Zwischenbericht des Regierungsbeauftragten zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit vor dem Runden Tisch am 15. Januar 1990"; BA, Außenstelle Berlin-Lichterfelde, C-20 I/3-2892, Bl. 59–69, hier 60.

Abkürzungsverzeichnis

Abt. Plg.	Abteilung Planung
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
APN	Außenpolitischer Nachrichtendienst
APO	Abteilungsparteiorganisation
BA	Bundesarchiv
BdL	Büro der Leitung
BPKK	Bezirksparteikontrollkommission
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
DSF	Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DSt	Dokumentenstelle
DVdI	Deutsche Verwaltung des Innern
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GO	Grundorganisation
HA	Hauptabteilung
HA KuSch	Hauptabteilung Kader und Schulung
HA PK	Hauptabteilung Politkultur
HA PS	Hauptabteilung Personenschutz
HIM	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung)
JHS	Juristische Hochschule
KDK	Kreisdelegiertenkonferenz
KGB	Komitet gossudarstwennoi besopasnosti (russ.): Komitee für Staatssicherheit
KKK	Kaderkarteikarte
KL-SED	Kreisleitung der SED
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands

KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPKK	Kreisparteikontrollkommission
KZ	Konzentrationslager
MA	Militärarchiv
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NÖS	Neues Ökonomisches System der Volkswirtschaft
NVA	Nationale Volksarmee
PK	Politkultur
PKK	Parteikontrollkommission
PO	Parteiorganisation
SAPMO-BA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit
VRD	Verwaltung Rückwärtige Dienste
ZA	Zentralarchiv
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZBfN	Zentrales Büro für Neuerungswesen
ZK	Zentralkomitee
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission
ZPL	Zentrale Parteileitung

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung

Lieferbare Titel aus den Publikationsreihen der Abteilung:

Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden (MfS-Handbuch)

Herausgegeben von Klaus-Dietmar Henke (bis Januar 1997), Siegfried Suckut, Ehrhart Neubert (seit April 1997), Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, 32 Teillieferungen

Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, Teil V/1, 403 S., Berlin 1995, Schutzgebühr 20,– DM

Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil IV/1, 107 S., Berlin 1995, Schutzgebühr 10,– DM

Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe: Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, Teil III/17, 52 S., Berlin 1995, Schutzgebühr 10,– DM

Tobias Wunschik: Die Hauptabteilung XXII: "Terrorabwehr", Teil III/16, 56 S., Berlin 1995, Schutzgebühr 5,– DM

Günter Förster: Die Juristische Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil III/6, 42 S., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,– DM

Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, Teil III/10, 130 S., Berlin 1997, Schutzgebühr 10,– DM

Hanna Labrenz-Weiß: Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr, Teil III/7, 79 S., Berlin 1998, Schutzgebühr 10,– DM

Silke Schumann: Die Parteiorganisation der SED im MfS, Teil III/20, 89 S., Berlin 1998, Schutzgebühr 10,– DM

Jens Gieseke (Hrsg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989, Teil V/4, 84 S., Berlin 1998, Schutzgebühr 10,– DM

Dokumente (Reihe A)

MfS und Leistungssport. Ein Recherchebericht, 209 S., Berlin 1994, Schutzgebühr 10,– DM

Günter Förster: Die Dissertationen an der "Juristischen Hochschule" des MfS. Eine annotierte Bibliographie, 143 S., 2. Auflage, Berlin 1997, Schutzgebühr 10,– DM

Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, 349 S., 2. Auflage, Berlin 1997, Schutzgebühr 10,– DM

Analysen und Berichte (Reihe B)

Thomas Auerbach unter Mitarbeit von Wolf-Dieter Sailer: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, 154 S., 2. Auflage, Berlin 1997, Schutzgebühr 10,– DM

Aus der Veranstaltungsreihe des Bundesbeauftragten:

Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit (öffentliche Veranstaltung am 26. Oktober 1995), 129 S., 2. Auflage, Berlin 1998, Schutzgebühr 10,– DM

Bodo Wegmann und Monika Tantzscher: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems, 104 S., Berlin 1996, Schutzgebühr 10,– DM

Walter Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, 106 S., unveränderter Nachdruck, Berlin 1996, Schutzgebühr 10,– DM

BF informiert

Jürgen Fuchs: Unter Nutzung der Angst. Die "leise Form" des Terrors – Zersetzungsmaßnahmen des MfS, 40 S., (2/1994), 2. Auflage, Berlin 1997, Schutzgebühr 3,– DM

Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (3/1994), Schutzgebühr 5,– DM

Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, 75 S., (5/1994), Schutzgebühr 5,– DM

Jens Gieseke: Doktoren der Tschekistik. Die Promovenden der "Juristischen Hochschule" des MfS, 29 S., (6/1994), Schutzgebühr 5,– DM

Clemens Vollnhals: Das Ministerium für Staatssicherheit, 24 S., Berlin 1994, Schutzgebühr 3,– DM

Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57, 81 S., (1/1995), Schutzgebühr 10,– DM

Andreas Niemann und Walter Süß: "Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden". MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg 1989. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1), 71 S., (12/1996), 2. Auflage, Berlin 1997, Schutzgebühr 5,– DM

Hans-Peter Löhn: "Unsere Nerven lagen allmählich blank". MfS und SED im Bezirk Halle. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2), 62 S., (13/1996), 2. Auflage, Berlin 1997, Schutzgebühr 5,– DM

Stephan Fingerle und Jens Gieseke: Partisanen des Kalten Krieges. Die Untergrundtruppe der Nationalen Volksarmee 1957 bis 1962 und ihre Übernahme durch die Staatssicherheit, 70 S., (14/1996), Schutzgebühr 5,– DM

Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, zusammengestellt von Hildegard von Zastrow, 124 S., (15/1996), 2., erw. Auflage, Schutzgebühr 5,– DM

Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, 125 S., 3., erw. Auflage, Berlin 1997

Clemens Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, 43 S., (16/1997), 2. Auflage, Berlin 1997, Schutzgebühr 5,– DM

Walter Süß: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, 36 S., (17/1997), 2. Auflage, Berlin 1998, Schutzgebühr 5,– DM

Tobias Wunschik: Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer "Sektion DDR" durch das MfS, 45 S., (18/1997), 2. Auflage, Berlin 1998, Schutzgebühr 5,– DM

Holger Horsch: "Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?" MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3), 59 S., (19/1997), 2. Auflage, Berlin 1998, Schutzgebühr 5,– DM

Volker Höffer: "Der Gegner hat Kraft". MfS und SED im Bezirk Rostock. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4), 63 S., (20/1997), Schutzgebühr 5,– DM

Bestellungen sind zu richten an:

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
Postfach 218
10106 Berlin

Über den Buchhandel zu beziehen:
Analysen und Dokumente
Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten im Ch. Links Verlag, Berlin

(Redaktion: Klaus-Dietmar Henke (bis Januar 1997), Siegfried Suckut, Ehrhart Neubert (seit April 1997), Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann)

Band 1: Klaus-Dietmar Henke, Roger Engelmann (Hrsg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, 244 S., 2. Auflage, Berlin 1996, 30,– DM

Band 2: Karl Wilhelm Fricke: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Mit einem Vorwort von Joachim Gauck, 256 S., 3., durchges., erw. Auflage, Berlin 1996, 34,– DM

Band 3: Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, 544 S., 2., durchges. Auflage, Berlin 1996, 40,– DM

Band 4: Matthias Braun: Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Kulturministerium gegen Heiner Müllers "Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande" im Oktober 1961, 165 S., 2., durchges. Auflage, Berlin 1996, 24,– DM

Band 5: Siegfried Suckut (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur "politisch-operativen Arbeit", 472 S., 2., durchges. Auflage, Berlin 1996, 40,– DM

Band 6: Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, 888 S., Berlin 1996, 68,– DM

Band 7: Clemens Vollnhals (Hrsg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, 464 S., 2., durchges. Auflage, Berlin 1997, 48,– DM

Band 8: Siegfried Suckut und Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, 351 S., Berlin 1997, 38,– DM

Band 9: Silke Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre, 218 S., Berlin 1997, 20,– DM

Band 11: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: "Konzentrierte Schläge". Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, 359 S., Berlin 1998, 38,– DM

Band 12: Reinhard Buthmann: Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms. Mit einem Vorwort von Walter Süß, 256 S., Berlin 1997, 25,– DM